



Landtag von Baden-Württemberg

19. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 5. Februar 1997 • Haus des Landtags

Beginn: 10.05 Uhr

Schluß: 13.53 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1259	Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen (zur Geschäftsordnung)	1288
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Haas	1259	Abg. Maurer SPD (zur Geschäftsordnung)	1289
Überweisung des Schreibens des Ministerpräsidenten vom 15. Januar 1997 betr. Mitgliedschaft des Finanzministers im Aufsichtsrat der neugegründeten Badenwerk Betriebs Aktiengesellschaft i.G. an den Ständigen Ausschuß	1259	Abg. Pfister FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	1289
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 – Drucksachen 12/980, 12/981	1259	Abg. Dr. Schlierer REP (zur Geschäftsordnung)	1289
Antrag Drucksache 12/994		Ministerpräsident Teufel	1289
Abg. Oettinger CDU	1259	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes – Drucksache 12/816	
Abg. Brechtken SPD	1263	Beschlußeempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/977	1290
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	1266	Antrag Drucksache 12/999	
Abg. Kiel FDP/DVP	1270	Abg. Heinz CDU	1290
Abg. Rapp REP	1272	Abg. Fischer SPD	1290
Minister Mayer-Vorfelder	1275	Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen	1291
Minister Dr. Döring	1281	Abg. Veigel FDP/DVP	1291
Abg. Drexler SPD	1283	Abg. Wilhelm REP	1292
Beschluß	1284	Minister Dr. Schäuble	1292
Abg. Krisch REP (zur Abstimmung)	1286	Beschluß	1292
Abg. Drexler SPD (zur Geschäftsordnung)	1287	3. a) Beschlußeempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Thomas Meyer-Falk, Stuttgart, vom 25. März 1996 – Drucksache 12/888	1293
Abg. Oettinger CDU (zur Geschäftsordnung)	1287	Beschluß	1293

b) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Günter Deckert, Bruchsal, vom 2. April 1996 – Drucksache 12/889	1293	Abg. Heiler SPD	1295
Beschluß	1293	Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen	1296
c) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Dr. Dieter Salomon, MdL, Freiburg, vom 9. Mai 1996 – Drucksache 12/890	1293	Abg. Kiesswetter FDP/DVP	1298
Beschluß	1293	Abg. Dr. Schlierer REP	1299
d) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Henning K. Oppermann, Edingen-Neckarhausen, vom 15. Mai 1996 – Drucksache 12/891	1293	Minister Mayer-Vorfelder	1300
Beschluß	1293	Abg. Birzele SPD (persönliche Erklärung)	1301
e) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Alexander Schoch, Waldkirch, vom 29. März 1996 – Drucksache 12/892	1293	Beschluß	1301
Beschluß	1294	5. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 10. Oktober 1996 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1994 durch den Landtag – Drucksachen 12/550, 12/845	1302
f) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Horst Kolb, Simonswald, vom 22. April 1996 – Drucksache 12/893	1294	Beschluß	1302
Beschluß	1294	6. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 2. Dezember 1996 – Zustimmung des Landtags zur Veräußerung des Grundstücks Flst. Nr. 807/3 der Gemarkung Baden-Baden durch SKH Markgraf Max von Baden – Drucksachen 12/795, 12/839	1302
g) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Rudi Alenberger, Bruchsal, vom 9. April 1996 – Drucksache 12/894	1294	Beschluß	1302
Beschluß	1294	7. Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/603, 12/880, 12/881, 12/882, 12/883, 12/884	1302
h) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Michael Obert, Karlsruhe, vom 15. Mai 1996 – Drucksache 12/895	1294	Abg. Haasis CDU	1302
Beschluß	1294	Beschluß	1302
4. Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 27. November 1996 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 12/670, 12/773	1294	8. Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/774	1302
Antrag Drucksache 12/995		Beschluß	1302
Abg. Stächele CDU	1294	9. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. August 1996 – Beteiligung baden-württembergischer Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen an den Forschungs- und Technologieprogrammen der Europäischen Union – Drucksachen 12/327, 12/685	1302
		Beschluß	1302
		Nächste Sitzung	1302

Protokoll

über die 19. Sitzung vom 5. Februar 1997

Beginn: 10.05 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 19. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

K r a n k sind gemeldet die Herren Abg. Weinmann und Seltenreich.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Alfred Haas hat heute Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, lieber Kollege Haas, sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg in der politischen Arbeit.

(Beifall)

Im **E i n g a n g** befindet sich ein Schreiben des Ministerpräsidenten vom 15. Januar 1997 betr. Mitgliedschaft des Finanzministers im Aufsichtsrat der neugegründeten Badenwerk Betriebs Aktiengesellschaft iG. Ich schlage vor, dieses Schreiben an den Ständigen Ausschuß zu überweisen. – Sie stimmen dem zu.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 – Drucksachen 12/980, 12/981

Für die Dritte Beratung des Haushalts 1997 hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt ein nach Fraktionsstärke gestaffelter Redezeitenzuschlag.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Oettinger das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, Herr Präsident, eingangs dem Glückwunsch an den Kollegen Haas einen zweiten Glückwunsch anfügen: Unser Kollege Repnik hat heute Silberhochzeit.

(Heiterkeit und Beifall)

25 Jahre, dies ist in dieser Gesellschaft nicht mehr alltäglich. Deswegen: Glück auf für die nächsten Jahre!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat in der Haushaltspolitik das Etappenziel erreicht. Die Koalition hat

durch konsequente und sachgerechte Arbeit trotz schwieriger Rahmenbedingungen die Verschuldung plangemäß gesenkt und damit Baden-Württemberg im Plan gehalten. Wir sind mit unserem Haushalt auf der Höhe der Zeit, und unser Haushalt ist zeitnah an Entwicklungen, die andere Länder noch nicht eingearbeitet haben, angepaßt.

Wir in Baden-Württemberg haben in unserem Haushalt bereits die Steuerschätzung vom November 1996 verarbeitet. Wir in Baden-Württemberg haben auch das Jahressteuergesetz 1997 verarbeitet. Wir in Baden-Württemberg haben den Fehlbetrag 1995 wettgemacht und plangemäß ausgeglichen. Wir in Baden-Württemberg haben die Rentensteigerungsbeträge und die Tarifierhöhungen bereits im Haushalt enthalten. Kurzum: Baden-Württemberg ist nicht nur bei der Nettokreditfinanzierungsquote erstmals vor Bayern auf Platz eins aller Bundesländer, sondern wir sind auch weiter in der Umsetzung und Einarbeitung von Zahlen, die auf andere erst noch zukommen werden.

Gestatten Sie mir aber, keinen langen Rückblick zu halten, sondern Ausblick und Perspektive zu nennen.

Die CDU-Fraktion im Landtag erwartet keine Entlastung und keine Erleichterung für das laufende Haushaltsjahr und auch nicht im Ausblick auf den Doppelhaushalt 1998/99. Wer Entwarnung gibt, tut dies zu früh. Die Haushaltsjahre des ganzen Jahrzehnts bleiben zumindest gleich schwierig. Wir haben ein Etappenziel erreicht, eine Etappe liegt hinter uns, aber das Ziel liegt noch weit vor uns.

Wir warten die Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres ab. Wir hoffen nicht auf Besserung, sondern sind für alles gewappnet. Wir warten den Rechnungsabschluß des Jahres 1996 ab und sind bereit, gegebenenfalls auch im Rechnungsabschluß 1996 einen negativen Wert für den Haushalt 1998 zugrunde zu legen. Wir warten die große Einkommensteuerreform ab.

Wenn die Einkommensteuerreform vorgezogen wird – in Teilen, Kollege Pfister, oder ganz, Kollege Maurer –, sind alle Länder davon betroffen. Sind wir uns eigentlich darüber im klaren, daß eine vorgezogene Einkommensteuerreform schon im nächsten Jahr strukturell 1,2 bis 1,8 Milliarden DM Defizit bedeutet? Wenn ein Land dafür gewappnet ist, dann Baden-Württemberg. Was es für uns heißt, wird man sehen. Aber all diese Fakten machen deutlich, daß die Haushaltspolitik heute mit der dritten Lesung nicht beendet ist. Es geht ab morgen weiter und erst los.

Wir werden Haushaltsentscheidungen dieses Haushaltsjahres, die strukturell fortwirken, haben. Wir haben aber auch

(Oettinger)

Kürzungen und Einsparungen, die einmalig sind, die im nächsten Jahr nicht mehr wirken, für die wir im nächsten Ersatz brauchen, wenn die Kreditquote eingehalten werden soll.

Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel vorgenommen: globale Minderausgabe herunter. Wir wollen mit dem Nachtragshaushalt eine Halbierung und Konkretisierung der globalen Minderausgabe erreichen. Wir wollen im nächsten Jahr erstmals die globale Minderausgabe dort haben, wo sie hingehört: bei deutlich unter 300 Millionen DM.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist recht!)

Eine Vielzahl von Haushaltstiteln hat bisher nur die rechnerische Zielmarke. Wir brauchen die materielle Umsetzung. Die kommt in den nächsten Wochen.

Ich möchte das Hohe Haus einmal mit wenigen Stichworten auf die Arbeitsherausforderungen, auf die Hausaufgaben, die sich aus dem Haushalt ergeben, aufmerksam machen.

Wir haben erstens das Langzeitarbeitslosenprogramm gestrafft gehalten und brauchen dafür neue Richtlinien. Wir haben die Zuschüsse für erneuerbare Energien von 5 auf 10 Millionen DM verdoppelt und brauchen dafür qualifizierte Fördergrundlagen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Mit Mühe und Not!)

Wir haben die Zuschüsse für die Weiterbildung gekürzt und müssen jetzt in die Strukturreform. Wir haben die Sportförderung gekürzt und eine erste Entlastung für das nächste Jahr vorgesehen. Wir brauchen eine Aussage, in welche Zielgruppen die Gelder in Zukunft gehen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben die Zuschüsse für die Schülerbeförderung gekürzt, wollen aber in der Förderung drinbleiben. Wir brauchen ab dem nächsten Jahr neue Richtlinien im Benehmen mit den Kommunen und den Trägern.

Wir bekommen vom Bund die Beamtenteilzeit und müssen für die Einstellung unserer Beamten und Lehrer entscheiden, ob wir sie uns zunutze machen.

Wir müssen die Gebührenordnung des Notarwesens anpassen.

Wir müssen die Vermessungsverwaltung von dem unseligen Streit zwischen freiberuflichen und staatlichen Vermessungsingenieuren lösen.

Wir brauchen eine neue Regelung bei der Asylunterbringung.

Wir haben eine Hochschulstrukturkommission. Daraus muß eine Reform werden, die die Universitäten nach vorne bringt.

Meine Damen und Herren, generell gilt: In den letzten Tagen war viel von Strukturreform die Rede. Allein die Ankündigung macht es nicht aus, Strukturreform ist erst in der konkreten Wahrheit für die Betroffenen greifbar.

Wenn man in der Kunstpolitik in die Strukturen gehen will, heißt dies konkret: Schließen wir eine Musikhochschule, oder verkleinern wir alle Musikhochschulen? Wenn wir bei den Bühnen und bei den Orchestern nicht mehr mit dem Rasenmäher kürzen wollen, müssen wir im ersten Halbjahr dieses Jahres sagen und entscheiden, wo konkret gestrichen werden soll, damit andere Bereiche in Zukunft ungekürzt ihre Qualität halten können.

Wir haben uns vorgenommen, die Förderprogramme für den Mittelstand in Baden-Württemberg strukturell zu überarbeiten. Wir brauchen eine Neuordnung der Energiestiftung. Wir brauchen eine Reform der Juristenausbildung.

Das war eine unvollständige Aufzählung vieler Stichworte, die aber deutlich machen, daß mit der Haushaltsentscheidung zwar die rechnerischen Zahlen feststehen, die materielle Umsetzung aber erst noch bevorsteht. CDU und FDP/DVP werden mit hohem Arbeitstempo im ersten Halbjahr dieses Jahres ihre Hausaufgaben machen und damit beweisen, daß die materielle Gestaltung den Zahlen folgt und damit die Zahlen erst einhaltbar werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Nach Überzeugung der CDU-Fraktion brauchen wir zwei strukturelle Gesetze. Wir brauchen noch im ersten Halbjahr 1997 ein zweites Haushaltsstrukturgesetz, und wir brauchen ein zweites Kommunalentlastungsgesetz, um den ersten Sprung durch einen zweiten, größeren zu ergänzen

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Dr. Repnik CDU: So ist es!)

und damit die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen weiter auf eine faire Grundlage zu stellen.

Herr Kollege Pfister, ich greife bewußt Ihre Wortmeldung auf. Natürlich brauchen wir in diesem Jahr eine Neuordnung der Finanzbeziehungen mit den Kommunen. Dazu erwarte ich einen Ratschlag von der FAG-Kommission. Dazu dient ein Kommunalentlastungsgesetz. Dazu brauchen wir eine Bilanzierung der Lastenverteilung der letzten Jahre. Auf der Grundlage sind wir dialogbereit. Wir sollten nicht von vornherein Festes versprechen, sondern wir sollten die Zahlen erheben und dann im Dialog mit den Kommunen entscheiden, was für den Haushalt des Landes und was für die Haushalte der Kommunen zumutbar ist. Ich unterstütze in diesem Zusammenhang ausdrücklich die von Erwin Teufel in der letzten Woche hier im Landtag getroffenen Aussagen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir haben einige Aufgaben, die die Dimension eines Haushalts überschreiten und die den Landtag beschäftigen müssen. Ich will sie kurz nennen.

Mir macht weiterhin die langfristige Personalkostenentwicklung Sorge. Der Haushalt des Landes ist zu weit mehr als 40 % durch zwingende Personalausgaben geprägt. Wenn man die indirekten Personalausgaben hinzuzählt und die Landesbetriebe dazunimmt und wenn wir die Förderprogramme hinzunehmen, die fast nur in Personalkosten

(Oettinger)

fließen – zum Beispiel bei Musikschulen, in der Weiterbildung, bei den Privatschulen, bei den Kindergärten und in vielen anderen Bereichen –, dann ist klar: Das Land hat ein Personalkostenproblem. Wer dieses Problem nicht deckelt und nicht mindert, der wird die Haushaltsprobleme der Zukunft nicht lösen können. Deswegen fordern wir ganz konkret für die nächsten Wochen eine Beratung über ein langfristiges Personalstellenkonzept.

Uns ist völlig klar, daß wir in diesem Jahrzehnt nicht viel mehr als Stellenneutralität schaffen können. Der Plan, bis zum Jahr 2000 4 000 Stellen zu streichen, ist schon ehrgeizig genug. Ein Korridor für junge, qualifizierte Beamtenanwärter wird auch in Zukunft offenbleiben müssen. Genauso klar ist aber, daß wir schon jetzt einen realen Stellenabbau bis zum Jahr 2006 beraten und beschließen können, um so aufzuzeigen, daß in der langfristigen Haushaltspolitik die Marge der Personalkosten nicht mehr nur nach oben gedeckelt, sondern sogar nach unten geführt werden kann.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich sagen, daß die Erhöhung des Pensionseintrittsalters eine Möglichkeit dafür bietet. Ich frage mich ganz offen: Wenn Beamte nicht mehr mit 62 Jahren, sondern frühestens mit 63 Jahren die volle Pension bekommen sollen, ist es dann gerechtfertigt, daß Polizeibeamte weiterhin mit 60 Jahren in Pension gehen?

Ich wiederhole meinen Gedanken, Herr Finanzminister, und bitte Sie nachdrücklich: Sorgen Sie für ein zweites Sparpaket des Bundes und der Länder für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Es darf doch wohl nicht wahr sein, daß der geringste Einsparbetrag in unserer Haushaltsarbeit notgedrungen im Personalbereich erzielt worden ist. Anderen Ländern steht das Wasser näher am Hals als uns. Wir sollten doch erreichen, daß dieser Kostenblock in anderen Ländern genauso dringlich gesehen wird und daß danach konkrete Einsparvorschläge gemacht werden.

Die zweite große Sorge machen uns die Pensionslasten, meine Damen und Herren. Gestatten Sie mir dafür, hier wenige Zahlen einzuführen. Die Pensionslasten sind in den letzten sechs Jahren – ich rede von den Pensionen für Beamte, Richter sowie Witwen und Witwer derselben – in Baden-Württemberg um 38 % gestiegen. Die Pensionslast hat sich in Baden-Württemberg von 2,4 Milliarden DM im Jahr 1990 auf 3,3 Milliarden DM im Jahr 1996 erhöht. Die allgemeinen Personalkosten sind um 15 % gestiegen, die allgemeinen Sachmittelausgaben sind um 10 % gestiegen, und die Pensionslasten sind um 38 % gestiegen. Wer glaubt, daß dieser Sprengsatz aus dem Landtag und aus der Haushaltspolitik herausgehalten werden kann, der täuscht sich eminent.

Die Prognose geht weiter. 38 % Steigerung hatten wir in den letzten sechs Jahren bis heute. Die nächsten 38 % Steigerung haben wir in den nächsten vier Jahren erreicht, die dritten 38 % bereits nach weiteren drei Jahren. Das heißt, wir haben im Jahr 2003 mehr als das Doppelte der Pensionslasten des Jahres 1990.

(Abg. Deuschle REP: Eine einfache Rechnung!)

Ich will deutlich machen: Politik ist nicht nur Tagesgeschäft. Politik hat die Aufgabe, wenn Zahlen und Entwicklungen absehbar sind, langfristig dagegenzusteuern und zu handeln.

(Hört, hört! bei der SPD)

Wir wollen die Regierung ausdrücklich bitten, im Benehmen mit anderen Landesregierungen den Kanther-Bericht zur Grundlage der Senkung von Pensionslasten zu nehmen. Ich sage das bewußt als Angebot: Vermutlich werden wir mehr als Kanther machen müssen, um die Betroffenheit der Länder beim Thema Pensionen und Personalkosten in der Zukunft in Schach und in Proportionen halten zu können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann kommt ein zweiter Gedanke hinzu: In noch stärkerem Maß steigen derzeit die Leistungen für die Zusatzversorgungskassen. Die Leistungen für die Zusatzversorgung sind von 180 Millionen DM im Jahr 1990 auf jetzt 260 Millionen DM gestiegen. 80 Millionen DM allein in sechs Jahren! Die Kurve wird sich dramatisch nach oben entwickeln.

Wissen wir eigentlich, was mit der Rentenreform auf uns zukommen wird? Es mag ausgehen, wie es will, aber klar ist: Die durchschnittliche Rente muß von 70 % des Nettogehalts herunter auf nahe 63 oder 64 %.

(Unruhe bei der SPD)

Wie auch immer, wir stehen dazu, weil wir glauben, daß nur so der Generationenvertrag zwischen Jungen und Alten gehalten werden kann.

Sozialdemokraten haben leicht reden. Sie haben keine Jungen in ihren Reihen. Für ihre Alten ist eine Rentenreform allemal Gift.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die Christlich Demokratische Union will Versöhnung von Jung und Alt auf Dauer

(Zuruf der Abg. Helga Solinger SPD)

und eine Festigung des Generationenvertrags. Deswegen werden wir die Vorschläge der Rentenkommission des Bundes zur Grundlage nehmen,

(Abg. Helga Solinger SPD: Peinlich!)

um eine dauerhaft gerechte Lastenverteilung zu erreichen.

Aber die Auswirkung für die Länder kommt. Wir sichern derzeit den Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes 90,5 % des Nettogehalts. Die Aufstockung auf 90,5 % zahlen wir über unsere Zusatzkassen, die Versorgungswerke des Bundes, der Länder, der Sparkassen und der Kommunen. Wenn dies tarifrechtlich abgesichert ist und wenn wir die Durchschnittsrente von 70 auf 63 % senken, entsteht von heute auf morgen ein Deckungsloch von 7 %.

Daraus erwächst die Vermutung, Herr Finanzminister, daß die Rentenversicherungsbeiträge und die Finanzausschüsse

(Oettinger)

für die Versorgungswerke exorbitant steigen werden. Wir halten auf Dauer Pensionslasten und Rentenlasten, die den durchschnittlichen Haushaltsanstieg übersteigen, nicht aus und bieten deswegen Beratung und Entscheidung hier im Landtag im ersten Halbjahr 1997 zu all diesen Fragen ausdrücklich an.

In vielen Bereichen sind wir dabei, Personal zu reduzieren. Wir haben in den letzten Jahren bei Fachbehörden Personalkosten und Personalstellen heruntergeführt. Ich mache deshalb den Vorschlag, parallel zur Stellenentwicklung auch ein Gebäudebewirtschaftungskonzept zu erarbeiten. Uns fällt im Haushalt auf, daß die Sachmittelausgaben für den Unterhalt von Gebäuden, für Miete und Leasing weiter gestiegen sind. Da paßt doch auf Dauer etwas nicht zusammen: weniger Beamte, Angestellte und Arbeiter einerseits, aber steigender Raumbedarf und steigende Raumkosten andererseits. Wir sollten die Kosten für die Anmietung von Gebäuden für Behörden des Landes einmal kritisch unter die Lupe nehmen und daraus ein Kostensenkungskonzept für die Zukunft entwickeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir wollen bis zur Jahresmitte im Einvernehmen mit der Regierung und dem Koalitionspartner FDP/DVP eine Aussage zur Messe Stuttgart treffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Das Land Baden-Württemberg wird sich im Frühjahr erklären, und wir werden dafür sorgen, daß wir im Rahmen unseres Leistungsvermögens ein fairer Partner für Stadt und Region werden. An uns soll die Messe nicht scheitern. Aber das Land ist zu schwach, um sie allein zu tragen, allein zu finanzieren oder 50 % und mehr zu übernehmen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU – Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das war gerade ein bißchen schnell formuliert!)

Wir machen der Messe und der Stadt Stuttgart ein faires Angebot. Dieses Angebot kommt im Frühjahr dieses Jahres. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Kuhn, stehen wir zur Messe.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen (Daumen, Zeigefinger und Mittelfinger aneinanderreibend): Hier!)

Im Gegensatz zu einigen bröckelnden Sozialdemokraten werden wir bei der Messe stehenbleiben. Das Angebot dazu kommt im Frühjahr auf den Tisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wenn der Herr Döring mal ein Konzept macht! Schafft er ja nicht!)

Lassen Sie mich noch wenige Sätze zur Beteiligungspolitik und zu Investitionen für die Zukunft sagen. Wir stehen bereit, um im Nachtrag 1997 die Privatisierungserlöse aus

dem Verkauf der LEG an die Landeskreditbank unmittelbar in Zukunftsprojekte umzusetzen. Wir halten die vorgeschlagenen Projekte für tragfähig. Wir glauben, daß die Schwerpunkte Forschung und Entwicklung, Hochschule und Innovation richtig sind. Deswegen wird der Nachtragshaushalt von der Umsetzung der Zukunftsoffensive beherrscht sein müssen.

Wir begrüßen die auf dem Weg befindliche Fusion von Badenwerk und EVS. Wir wollen zwischen den Fraktionen von CDU und FDP/DVP ergebnisoffen beraten, was wir in der fusionierten Energieunternehmung geschäftspolitisch auf Dauer zu suchen haben.

Natürlich ist Privatisierung dabei ein wichtiges Wort. Aber, meine Damen und Herren, der Vergleich mit Bayern muß konkret gezogen werden, damit er richtig wird. Bayern hielt 100 % am Bayernwerk und hat daraus eine Privatisierung vorgenommen. Bayern hält an der großen Viag mit einer Bilanzsumme von 60 Milliarden DM weiterhin 26 % direkt und 4 % indirekt. Das heißt, Bayern steht nach der Privatisierung bei der Viag mit einem Anteil von 30 % genau dort, wo wir vor der Privatisierung stehen.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Wir haben, wenn es gutgeht, bei EVS und Badenwerk nach der Fusion einen Anteil von 30 % und stehen damit genau dort, wo sich Bayern nach dem Verkauf heute befindet. Bayern denkt aber nicht daran, aus dem Bayernwerk und der Viag auszusteigen. Bayern betreibt weiterhin Industriepolitik. Gestern wurde dem Viag-Konsortium der Zuschlag für E 2 erteilt. Glauben wir im Ernst, daß Viag diesen Zuschlag ohne den Rückhalt der bayrischen Politik erhalten hätte? Nie und nimmer.

Gleichzeitig lese ich: Bayerische Landesbank. Der Staat Bayern – vom Kollegen Maurer als Vorbild erwähnt – legt ein, stockt auf.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Bayern legt – je eine Hälfte von den Sparkassen und vom Freistaat – zur Erhöhung des Kapitals der Bayerischen Landesbank von 1,3 auf 2,5 Milliarden DM in vier Tranchen 1,2 Milliarden DM auf den Tisch. Dies hat mit Privatisierung nichts zu tun. Deswegen will ich die Privatisierung nicht nur im Lichte der Frage „Wie komme ich an Geld?“ betrachten und sie schon gar nicht im Lichte der Frage „Wie stopfe ich Haushaltslöcher?“ diskutieren. Vielmehr will ich vergleichen: Wie halten wir Baden-Württemberg neben und mit Bayern fit? Da ist allemal eine sehr differenzierte Betrachtung angesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dann stoßen sich zwei Vorschläge im Raum. Entweder wir gehen erneut in Investitionen, wenn wir Erlöse aus Privatisierung haben, oder wir nehmen eine langfristige Schuldenrückführung, eine Entschuldung des Haushalts, vor und haben einen geringen Spielraum, aber diesen auf Dauer. Ich sage dazu für meine Fraktion ausdrücklich ergebnisoffene Beratung zu.

(Oettinger)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat Platz eins erreicht. Erstmals in der Nachkriegszeit liegen wir hinsichtlich der Kreditfinanzierungsquote vor unserem Nachbarland Bayern. Wir machen weniger Schulden als der andere Partner im föderalen Bundesstaat. Diesen Platz eins werden wir verteidigen.

Unser Ziel wird es sein, auch mit dem Doppelhaushalt 1998/99 vorn zu bleiben. Bei Zins und Tilgung wird eine Trendumkehr benötigt. Wir sind auf gutem Weg, die Trendumkehr zu erreichen. Zins und Tilgung dürfen im Haushalt auf Dauer nicht steigende, sondern nur sinkende Bedeutung haben. Dies ist in Wahrheit Zukunftspolitik.

Deswegen bin ich guter Hoffnung, daß die neunziger Jahre, die Jahre der Regierungen von Erwin Teufel in der Alleinverantwortung der CDU, die Jahre der großen Koalition unter Führung von Erwin Teufel und die Jahre der bürgerlichen Koalition von CDU und FDP/DVP, einmal als ein Jahrzehnt der richtigen Kursbestimmung zur Vorbereitung auf ein neues Jahrtausend in die Landesgeschichte

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen –
Heiterkeit des Abg. Brechtken SPD)

eingehen werden. Dieser Haushalt ist dafür ein entscheidendes Etappenziel. Wir haben diesen Haushalt durch Mut und unpopuläre Entscheidungen erreicht. Zu diesem Haushalt haben weder Rot noch Grün irgendeine Alternative zu bieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Oje!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind eine Chance, unterschiedliche Konzepte für die Gestaltung der Politik eines Landes darzulegen. Herr Kollege Oettinger, Haushaltsplanberatungen zeichnen sich normalerweise dadurch aus, daß man konkrete Entscheidungen trifft und sie in Haushaltsbeschlüsse gießt, und nicht dadurch, daß man hier ein Bündel von offenen Fragen: „Man sollte, man würde, man müßte, und wir werden offen sein“ vorlegt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es doch in der Hand gehabt, einen Haushalt vorzulegen – so, wie wir es verlangt haben –, der die globalen Minderausgaben auf Null herunterfährt, um sie endlich wieder als Instrument für die Steuerung während des Jahres zu haben. Sie haben in verschiedenen Bereichen doch die Chance gehabt, hier all das, was Sie nun als Fragen gestellt haben, konkret vorzulegen.

Uns hilft es nicht weiter, wenn wir uns in diesen Haushaltsplanberatungen – das war in den letzten drei Tagen sehr deutlich der Fall – gegenseitig mit allen möglichen Statistiken traktieren nach dem Motto: Da gibt es noch ein Bundesland, in dem es in dem Bereich noch viel schlechter ist. Die anderen sind dann in der Versuchung, ihre Statistik vorzulegen, nach der ein Bundesland mehr ausgibt. Dies führt uns doch nicht weiter. Wir haben die Aufgabe hier im

Land, und hier haben wir konkret Alternativen zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Permanent werden die Dinge hier immer dann, wenn die Frage wirklich zur Entscheidung kommt, auf eine andere Ebene verschoben, und dann findet hier kein Ringen mehr um Lösungen statt, sondern dann wird sozusagen eine Platte der gegenseitigen Verweisung auf andere abgespielt, und es wird hier nicht entschieden, und es wird hier keine Alternative sichtbar.

Ich bin übrigens dankbar dafür, Herr Finanzminister, daß dieses Ringen um Alternativen in der Debatte am Freitag zum gesamten Finanzbereich ein Stück weit erfolgt ist, auch durch Ihre Rede. Ich meine, manches Kabinettsmitglied könnte sich an dem, was Sie am Freitag geleistet haben – auch der Ministerpräsident, wenn ich an seine Rede denke –, ein Beispiel nehmen. Denn dies ist ein Beispiel einer Auseinandersetzung um die Sache.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Lassen Sie mich mit einem Konsens beginnen – ich meine, es ist wichtig, auch das hier festzustellen –: Alle Fraktionen dieses Hauses haben bei ihren Haushaltskonzepten das Limit des Haushalts eingehalten, und zwar in der Überzeugung, daß eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung nicht vertretbar wäre, sondern es genau richtig ist, sie gemäß dem Mittelfristigen Finanzplan schrittweise herunterzufahren. Dazu stehen wir. Das ist übrigens eine Politik, die wir in der großen Koalition in diesem Haus mit unserer Mitverantwortung konsequent begonnen haben.

(Beifall bei der SPD)

In der Tat: Es geht übrigens nicht um die Frage von Schulden. Auch ich halte das für einen großen Irrtum. Schulden sind nichts Schlechtes. Schulden sind ein notwendiges Finanzinstrument und werden erst dann zum Problem, wenn die Belastungen aus Zins und Tilgung den laufenden Haushalt so belasten, daß keine Beweglichkeit mehr vorhanden ist. Ich sage das ganz bewußt, weil es da einige – auch ideologische – Überlegungen gibt. Wir haben in diesem Land bei einem Haushaltsvolumen von rund 62 Milliarden DM heute eine Zins- und Tilgungsbelastung von 12 Milliarden DM, also fast ein Fünftel des Haushaltsvolumens, und dies ist nicht vertretbar und kann nicht weiter erhöht werden.

(Beifall des Abg. Moser SPD)

Deshalb haben wir uns an das Limit gehalten, und jeden Ausgabevorschlag, jede Alternative, die wir vorgeschlagen haben, hat die SPD durch Umschichtungen, durch andere Einnahmestrukturen oder durch Minderausgaben an anderer Stelle finanziert und entsprechende Vorschläge vorgelegt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die
Grünen: Oder durch Erhöhung der globalen Min-
derausgabe!)

Übrigens: Daß wir heute umsteuern müssen, liegt natürlich auch an den Schuldenaufnahmen der achtziger Jahre, als

(Brechtken)

Sie allein regiert haben und in einer Zeit, als man in diesem Land jährliche Steuermehreinnahmen von 6, 7, 8 % hatte, die Nettoneuverschuldung erhöht haben. Dies ist heute das Problem. Die Spielräume haben wir heute nicht mehr.

(Abg. Zeller SPD: Das waren die Schuldenmacher!)

Lassen Sie mich folgende Fragen stellen: Wird dieser Haushalt den Herausforderungen, vor denen wir stehen, gerecht? Welche Alternativen gibt es?

Ich meine, die erste Herausforderung ist die Arbeitslosigkeit vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung. Die zweite Herausforderung ist die Sicherung des Sozialsystems, insbesondere des Rentensystems.

Übrigens, Herr Kollege Oettinger, zum Thema Renten: Ich halte die Sicherung der Renten für eine staatspolitisch zentrale Aufgabe. Mich wundert schon, wie locker man gelegentlich über die Frage der Absenkung des Rentenniveaus spricht und sagt, wie schnell man das herunterfahren muß, und zwar vor dem Hintergrund, daß man vor kurzem beim Jahressteuergesetz die Vermögensteuer auf Privatvermögen – ich rede nur von Privatvermögen – in dieser Gesellschaft schlicht und ergreifend abgeschafft hat.

(Beifall bei der SPD)

Das Eigentum der Rentner, die ein Leben lang gearbeitet haben, stellt man in Frage, aber auf der anderen Seite werden Vermögensmillionäre bei der privaten Vermögensteuer entlastet.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

– Renten sind Eigentumsrechte. Schauen Sie sich mal die Verfassungslage daraufhin an, was Renten sind.

(Abg. Oettinger CDU: Pure Neidkampagne!)

– Das hat mit Neidkampagne überhaupt nichts zu tun.

(Zurufe der Abg. Oettinger und Seimetz CDU)

– Wenn Sie soziale Gerechtigkeit mit Neid verwechseln, Herr Oettinger, dann sind Sie weit weg von den Grundsätzen der katholischen Soziallehre oder Ihrem Ahlener Programm oder den Grundsätzen, die Sie in Ihrer Partei gehabt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die dritte Herausforderung ist für mich das Thema „Ökologie und Sicherung der Lebensgrundlagen“, was ja letztlich immer eine Frage der Veränderung im Bereich der Umwandlungsprozesse für Energie ist.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Thema Globalisierung machen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es meiner Ansicht nach keinen Grund, vor der Globalisierung Angst zu haben. Wir sind globalisiert. Die Bundesrepublik Deutschland hat, bezogen auf einen Arbeitnehmer, ein Drittel mehr Exporte als etwa Japan, und Baden-Württemberg hat hier noch deutlichere Zahlen aufzuweisen, weil wir das Exportland Nummer eins sind. Wir

profitieren von der Globalisierung, und deshalb ist dieser Prozeß für uns eine Chance.

(Abg. Rapp REP: Wo denn?)

– Daß Sie das nicht verstehen, ist mir schon klar.

Es gibt beim Thema Globalisierung zwei Mißverständnisse. Das sage ich vor allem in Richtung FDP. Globalisierung darf nicht dafür mißbraucht werden, um Argumente für den Kahlschlag im Sozialsystem zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir leben von diesem Sozialsystem.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das will doch niemand!)

– Ja, wenn ich mir die Worte von Herrn Westerwelle anhöre, dann wird mir doch angst und bange, in welcher Weise hier mit einem Verständnis des Yuppies über die Sozialsysteme diskutiert wird, in welcher Weise auch in der aktuellen Auseinandersetzung die Axt an diese Grundsysteme gelegt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Was sagt der? Was meinen Sie jetzt, Herr Kollege? Konkret!)

Das zweite Mißverständnis besteht darin, zu glauben, wir könnten der Globalisierung entgehen, indem wir einfach fordern, es müsse globale Regelungen geben. Diese Regelungen brauchen wir natürlich, aber wir müssen selbstverständlich auf diese Globalisierung reagieren. Deshalb dazu einige wenige Bemerkungen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Erstens: Wir haben unter dem Aspekt Globalisierung ein Kostenproblem – dazu müssen wir uns bekennen –, aber wir haben kein Problem der Lohnkosten im Sinne der ausbezahlten Löhne, sondern wir haben ein Problem der Lohnnebenkosten.

Deshalb ist die ökologische Steuerreform, die wir auch modellhaft vorgerechnet haben, mit einer Mehrbelastung des ökologisch unvernünftigen Verbrauchs und der Bereitschaft, Verbrauchsteuern darauf zu erhöhen und sie zu 100 % zur Senkung der Lohnnebenkosten zurückzugeben, ein richtiger Ansatz, weil damit gleichzeitig ökologische Belange mit der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb durch Senkung der Lohnnebenkosten verbunden werden. Dies ist eine vernünftige Antwort auf die angesprochene Problematik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das sichert übrigens auch unser Rentensystem, weil es an dieser Stelle entlastet und endlich der Verbrauch in die Sicherung unserer Sozialversicherungssysteme einbezogen wird. Dies ist ein Grundansatz, den wir in der Bundesrepublik brauchen. Diesbezüglich sind wir von anderen Ländern weit entfernt. Schauen wir etwa nach Österreich, was dort in verschiedenen Bereichen des Verbrauchsteuersystems geschieht. Davon könnten wir eine ganze Menge lernen.

(Brechtken)

(Zuruf von der FDP/DVP: Oje! – Abg. Haasis CDU: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer!)

– Auch die Erhöhung dieser Steuer ist für mich zu diesem Zweck nicht tabu. Aber, Herr Kollege Haasis, was machen Sie denn im Augenblick? Sie führen eine Diskussion über die Senkung der Spitzensteuersätze,

(Abg. Haasis CDU: Die ist beschlossen!)

möglicherweise durch Erhöhung der Mehrwertsteuer, und Sie sichern in Ihrer Diskussion nicht das System der Sozialversicherung durch Senkung der Lohnnebenkosten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Das ist doch ein Quatsch!)

Herr Ministerpräsident, da wir über Belastungen reden: Wir wollen heute auch eine Antwort, wie dies von Herrn Oettinger und auch Herrn Pfister in der Sitzung am letzten Donnerstag zugesagt worden ist. Es wurde versprochen, der Ministerpräsident werde heute zu dem Thema Vignette eine klare Position beziehen, er werde heute darüber Auskunft geben, wie die Regierung angesichts der widersprüchlichen Aussagen, die uns vorliegen, dazu steht. Wir erwarten dazu eine Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Wir sind gespannt!)

Als zweites Stichwort nenne ich das Thema Flexibilität. Wenn wir heute die Globalisierung bewältigen wollen, brauchen wir mehr Flexibilität. Das heißt Jahresarbeitszeiten, atmende Fabrik und vor allem Maschinenlaufzeiten rund um die Uhr. Was aber machen Sie in Ihren Steuervorschlägen? Genau diejenigen Arbeitnehmer, die flexibel sind, die bereit sind, Nacharbeit zu leisten, die bereit sind, Sonntagsarbeit zu erbringen, belasten Sie stärker. Sie sind nämlich die Geprellten dieser Steuerreform, weil sie unter dem Strich allenfalls keine Mehrbelastung, aber in vielen Teilen höhere Belastung erfahren werden. Sie bestrafen mit Ihren Vorschlägen die Flexibilität und reden von der Globalisierung und der globalisierten Herausforderung.

(Beifall bei der SPD)

Das dritte Stichwort ist die Kaufkraft.

(Abg. Haasis CDU: Konkreter! Wir reden über den Haushalt des Landes!)

Wir haben heute – davon bin ich überzeugt – keine Chance, noch mit alten Konjunkturprogrammen globaler Nachfragesteuerung angesichts der Globalisierung sozusagen die Konjunktur anzuwerfen. Diese Chance haben wir nicht mehr.

Wir haben aber eine andere Möglichkeit und Chance, nämlich diejenige, genau in den Mittelschichten, in denen Konsumbedarf vorhanden ist, die steuerlich und vor allem durch die Kopplung von Steuern und Sozialabgaben in starkem Umfang belastet sind, durch Entlastungen Kaufkraft zu schöpfen und damit auch Konjunktur durch Binnennachfrage anzustoßen.

Genau diese Gruppe wird in Ihren Steuerreformvorschlägen meiner Ansicht nach zu stark belastet. Sie wird nicht entlastet. Sie denken an andere Bereiche. Dies ist auch

konjunkturell unter dem Aspekt der Globalisierung, wodurch wir dringend diese Stärkung der Binnennachfrage brauchen, ein zentraler Fehler, den Sie machen.

(Abg. Oettinger CDU: Zum Thema, Herr Kollege!)

– Ich bin beim Thema, Herr Kollege Oettinger.

Das gleiche gilt für die Familien. Wer belastet denn jetzt genau diese Mittelschicht, die Familien mit Kindern? Sie belasten sie doch in diesem Haushalt. Sie erhöhen die Schülerbeförderungskosten, Sie streichen die Zuschüsse für die Jugendmusikschulen, Sie streichen die Zuschüsse für die Volkshochschulen. Das belastet doch alles die Leute mit höheren Gebühren. Sie nehmen den Kommunen das Geld weg und versündigen sich gegen einen Grundkonsens, den wir bisher in diesem Hause hatten, den Grundkonsens der Partnerschaft mit den Kommunen. Dies hat letztlich zur Folge, daß die Kommunen ihre Gebühren erhöhen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch die Politik, die Sie machen. Dazu haben wir auf Punkt und Komma Alternativen vorgelegt.

Nehmen Sie als weiteres Stichwort Innovation. Sie reden hier von offenen Fragen der Innovation. Seit 1990 sinken die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bundesweit. Das Land Baden-Württemberg war bis 1996 eine Ausnahme. Wir hatten die Ausgaben gehalten. Jetzt beginnen Sie in dieser neuen Regierung mit Streichungen. Das CI-Programm ist weg, die Innovationszuschüsse in anderen Bereichen sind weg. Sie streichen diese Zuschüsse, und Sie vertragen sich jetzt auf „Erwin 2“, indem Sie sagen, irgendwann im Nachtrag komme noch etwas Zusätzliches.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist kein Trost, Herr Kollege!)

Nein, Sie streichen jetzt die Innovationsmittel. Das halten wir für verhängnisvoll. Deshalb ist die Frage der Innovationsförderung für unsere Haushaltspolitik so wichtig. Deswegen haben wir dazu Alternativen vorgelegt, und zwar solide finanzierte Alternativen.

(Abg. Haasis CDU: Oje! – Abg. Seimetz CDU: Etwas ganz Neues!)

Wir müssen endlich dazu kommen, wenigstens die Kontinuität in der Innovationsförderung – mehr verlangen wir ja gar nicht – zu erreichen.

Das gleiche, Herr Kollege – ich darf noch einen Satz aufgreifen –, gilt für die Infrastruktur. Sie waren vorhin bei der falschen Baustelle. Niemand von uns will die Landeskreditbank als wichtiges Finanzinstrument des Landes privatisieren.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Wir wollten aber zum Beispiel eine andere Bankenstruktur in dieser Region. Darum haben wir gekämpft. Sie haben das verhindert. Es wäre wichtig gewesen, Banken- und Finanzdienstleistungsstrukturen zu verändern.

(Abg. Oettinger CDU: Eine uralte Kamelle!)

(Brechtken)

– Das ist keine uralte Kamelle, das ist ein Thema, das wieder auf den Tisch muß. Wenn wir künftig im Dienstleistungsbereich den Wegfall im Bereich der Produktion ausgleichen wollen, brauchen wir diese neue Bankenstruktur in diesem Land. Wir brauchen die Messe, und dazu müssen wir privatisieren.

Wir haben aber Bankenbeteiligungen – nicht die Landeskreditbank –, von denen wir uns sehr wohl trennen können. Da gibt es auch bei uns Probleme; ich spreche das an. Aber es ist doch völlig legitim, daß man hier entsprechend privatisiert, um die Mittel dafür zu schöpfen, die Infrastruktur ausbauen zu können. Dazu haben wir in diesen Haushaltsberatungen Vorschläge vorgelegt. Mit den Erlösen aus den Privatisierungen wollen wir nicht in den Konsum gehen, sondern durch entsprechende Investitionen in die Infrastruktur die langfristigen Grundlagen sichern.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, das Thema Bildung. Wenn es um Globalisierung geht – das treibt uns ja alle um; das nehme ich Ihnen ab; das kann man sicherlich für jeden hier sagen –, haben wir im internationalen Wettbewerb doch eine große Chance – das war immer unsere Stärke –, nämlich die, die Ressource Mensch einzusetzen. Unsere Ressource sind die Menschen, die kreativ sind und neue Produkte entwickeln. Dazu brauchen wir die Bildung.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Wenn gerade an dieser Stelle die FDP/DVP einen Zuruf macht, dann muß ich mich schon sehr wundern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das war ein positiver Zuruf!)

Sie waren bisher die Partei, die für die Öffnung der Bildungschancen war.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das war ein positiver Zuruf! Regen Sie sich nicht so auf!)

– Entschuldigung, dann nehme ich das zurück. Dann habe ich das mißverstanden.

(Abg. Seimetz CDU: Das stand so nicht im Konzept! – Abg. Zeller SPD: Aber es gilt trotzdem für die FDP/DVP!)

– Für die FDP/DVP gilt es, was Sie hier im Haushalt gemacht haben, lieber Kollege. Zum ersten Mal baut dieses Land konsequent Barrieren für die Bildung auf. Die Kürzung der Zuschüsse zu der Schülerbeförderungskostenerstattung ist ein Stück dieser Barrieren. Gehen Sie einmal in den ländlichen Raum. Sie fangen eine Diskussion über die Frage der Studiengebühren an. In diesen Bereich steigen Sie jetzt sanft ein. Sie reformieren nicht, sondern Sie bauen Barrieren auf. Dies halte ich für verhängnisvoll für dieses Land.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Falsch!)

– Das ist nicht falsch. Reden Sie einmal mit den Betroffenen.

Frau Kultusministerin, wir diskutieren darüber, ob man in acht oder in neun Jahren zum Abitur gelangen soll, aber wir diskutieren viel zu wenig über die Frage, welche Aufgabe die Schule in der Vermittlung von Sozialkompetenz hat. Diese Frage wird die Zukunft bestimmen. Ich behaupte, wir werden künftig viel weniger über zentrale Prüfungen, viel weniger über Leistungskriterien diskutieren, sondern über die Frage diskutieren, wie wir es in unserem Schulsystem schaffen, jungen Menschen, deren Umgebung zunehmend zerbricht – denken Sie an die Scheidungsraten, an die kleinen Familiengruppen usw. –, die Sozialkompetenz zu vermitteln, damit sie eine Chance haben, künftig die Herausforderungen im Arbeitsleben zu bestehen. Dies ist die zentrale Frage. Wir sind im Augenblick dabei, hier im internationalen Vergleich deutlich zurückzufallen. Das wird sich langfristig negativ auswirken. Dies wäre eine Antwort auf die Herausforderung durch die Globalisierung.

Sie bauen Barrieren auf und reformieren nicht intern die Schule, so wie wir es mit unseren Initiativen für eine offene Schule bis hin zur notwendigen Ausstattung mit Lehrpersonal, das dazugehört, vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht hier um Alternativen. Wir haben welche vorgelegt. Wir werden heute nur noch einen Antrag bringen, nämlich den zur Schülerbeförderung. Er steht sozusagen als Teil für das Ganze.

Wir müssen hier streiten, aber eines will ich sagen, und damit will ich abschließen: Wir sind auch bereit zur Zusammenarbeit. Wir sind auch bereit, hier etwa die Frage der langfristigen Sicherung in unseren Pensionsrückstellungen zu diskutieren. Wir sind bereit, dabei zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Streiten wir hier also über die Fragen des Landes, diskutieren wir über die Alternativen, seien wir dann aber auch fähig, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Dinge zu verändern.

In diesem Sinne haben wir entsprechende Vorschläge vorgelegt.

(Abg. Haasis CDU: Es ist aber Zeit, daß die kommen!)

Deshalb bitte ich noch einmal, dem alternativen Antrag insbesondere bei der Schülerbeförderung zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn etwas über zukünftige Haushaltsrisiken sagen, weil es mich wenig befriedigt hat, wie Herr Oettinger mit dem Problem „Einkommensteuertarifreform auf Bundesebene“ und den Haushaltsrisiken, die daraus für das Land Baden-Württemberg erwachsen können, umgeht.

Die ganzen Zahlenwerke der Absenkung der Nettoneuverschuldung in der mittelfristigen Finanzplanung, die Sie vorgelegt haben, sind ja Makulatur, wenn es in Bonn so kommt, daß die Deckungslücken zwischen 1,4 und 2 Milliarden DM – je nach Nettoentlastungseffekt – realisiert

(Kuhn)

werden. Ich meine schon, daß sich dieses Parlament vergewärtigen muß, daß die zukünftigen Sparrunden, wenn wir ab 1998 oder 1999 wirklich 1,5 Milliarden DM weniger haben, nicht mehr wie in der Vergangenheit stattfinden können, weil es immer schwieriger wird, jetzt noch durch Rotstiftsparen zu sparen.

Bisher liegt in Bonn eine Deckungslücke von 43,8 Milliarden DM auf dem Tisch. 30 Milliarden DM sollen Nettoentlastungseffekt sein, der Rest muß durch eine Verbrauchsteuer – von vielen wird die Mehrwertsteuer genannt – gedeckt werden.

Ich finde, daß sich das Argument „Wir nehmen das einfach hin und schauen mal, was daraus wird“ mit dem, wie Sie sonst Sparpolitik begründen, Herr Oettinger und Herr Finanzminister, nicht vereinbaren läßt. Wenn es wirklich so wäre, daß wir in Bonn eine Entlastung haben, dann finde ich, daß die Mittel, die zusätzlich über Wachstum hereinkommen, auch zur Schuldendeckung auf Bundesebene verwendet werden müssen. Ich will ganz deutlich sagen: Wir glauben nicht, daß ein Entlastungsvolumen von 30 Milliarden DM heute überhaupt verantwortlich ist.

Ich möchte zu diesem Thema ein Zitat aus dem „Focus“ von vorletzter Woche bringen. Dort heißt es:

Bei der gegenwärtigen Haushaltslage kann niemand eine Nettoentlastung von 40 bis 50 Milliarden DM ankündigen, ohne damit die nächste Steuererhöhung schon zu programmieren. Alles andere als strikte Aufkommensneutralität bei der Einkommensteuerreform ist somit politischer Unfug.

Dieses waren die Worte unseres früheren Ministerpräsidenten, die Worte von Herrn Späth.

Ich finde, daß man diese Argumentation, der wir uns anschließen, wirklich ernst nehmen muß. Wer bei der Bundespolitik, wo sich das Waigelsche Haushaltsloch zweimal im Jahr erneut auftut, nun hergeht und sagt: „Wir machen eine Einkommensteuerreform mit 30 Milliarden DM Entlastungseffekt“, der programmiert die neue Verschuldung oder die nächste Steuererhöhung heute gleich mit, denn soviel Hoffnungen können Sie selbst ernsthaft nicht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will noch einmal deutlich sagen, daß wir die Finanzierung der Einkommensteuerreform durch eine Mehrwertsteuererhöhung für pervers halten, für eine politische Perversion, weil alle, auch Menschen, die keine Einkommen haben, über ihren Kauf am Ladentisch die Entlastung der Arbeitsplatzbesitzer und Vermögensbesitzer finanzieren müssen. Etwas anderes wäre die Finanzierung der Senkung der Lohnnebenkosten aus der Mehrwertsteuer, wobei ich für meine Fraktion deutlich sagen will, daß eine wirkliche Ökosteuer die richtigere Finanzquelle dafür wäre.

Aber wir müssen verstehen, Herr Wirtschaftsminister, daß gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht die Lohnkosten das Hauptproblem sind, sondern die hohen Lohnzusatzkosten. Wenn nicht gleichzeitig zur Einkommensteuerreform ein deutliches Signal kommt, wird aus der ganzen Geschichte kein positiver Effekt entstehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Uns stört, daß in Bonn mit der Einkommensteuerreform keine familienpolitische Komponente verbunden wird. Es ist schon interessant, daß man noch immer das Ehegattensplitting in voller Höhe im Steuerrecht belassen will und nicht hergeht und das fördert, was man nach Auffassung meiner Fraktion wirklich fördern sollte, nämlich Familien und Lebensgemeinschaften mit Kindern. Hier ist die soziale Schiefelage der Bundesregierung und der FDP meines Erachtens deutlich zu sehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Steuerpolitik wird immer über Blockadehaltung geredet – eine beliebte Argumentationsfigur bei der CDU. Aber ich kenne keine größere Blockadehaltung als die der CDU und der FDP beim Thema „ökologische Steuerreform“. Nach Auffassung der Grünen ist es einfach absurd, daß wir das, was wir dringend brauchen, nämlich Arbeit, durch Steuern und Abgaben belasten und das, was wir nicht haben wollen, nämlich Umweltzerstörung, zum Nulltarif durchgehen lassen. Dies muß sich ändern, andernfalls wird dieses Gebilde in Bonn keine große Steuerreform sein können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Rentenreform, die ja genauso tagespolitisches Zentralthema ist: Wenn man im Rentensystem der Gegenwart bleibt, ist den Blümschen Vorschlägen vieles abzugewinnen. Wir müssen aber sehen, daß wir sowohl dieses Rentensystem noch eine ganz lange Zeit werden transportieren müssen als auch den Einstieg in ein neues Rentensystem jetzt vorbereiten müssen. Die Stichworte „Grundrente“ und „Entkopplung der Finanzierung von der Erwerbsarbeit“ sind einfach zentrale Bausteine eines neuen Rentensystems. Die 100 Milliarden DM versicherungsfremde Leistungen, die gegenwärtig die Lohnnebenkosten hochdrücken, müssen systematisch abgebaut werden, sonst ist der Standort Bundesrepublik – in Ihrer Redeweise, Herr Döring – einfach nicht konkurrenzfähig. Deswegen muß man an dieser Stelle Verbrauchsteuern – und wir sagen: eine Ökosteuer – einsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Rapp REP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich hat es schon gestört, vorgestern im Fernsehen Herrn Döring zu sehen, als er, weil er noch nicht darüber informiert war, was die Bundesspitze der FDP in Bonn sagen wird, mehr oder weniger deutlich den Rücktritt von Herrn Blüm gefordert hat. Die Argumente waren, da komme dann eine neue Abgabe. Eine Blüm-Steuer haben Sie erfunden, Herr Döring.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? – Minister Dr. Döring: Stimmt doch gar nicht!)

Ich kann nur sagen, Sie waren nicht besonders solidarisch mit den Mitgliedern der FDP in der Steuerkommission. Solms und Rexrodt sitzen ja in der Einkommensteuer-Vorschlagskommission mit drin. Und in den Vorschlägen steht, daß entlastet werden muß, auch durch eine Erhöhung der Verbrauchsteuern.

(Kuhn)

Ich finde, daß Sie sich als Anti-Steuerpartei billig profilieren wollen. Letzten Endes haben Sie, Herr Döring, im Parteiensystem die Funktion eines politischen Schmarotzers eingenommen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP – Abg. Rapp REP: Harte Worte!)

und zwar nach dem Muster: Für die Wohltaten ist die FDP zuständig, die Belastungen, Zumutungen, die Entlastung finanzpolitischer Art sollen sich aber die anderen aussuchen.

Ich kann nur sagen: Sie, Herr Döring, haben eine Ablenkungsstrategie eines angezählten Wirtschaftsministers gewählt.

(Widerspruch bei der FDP/DVP)

– Ich werde es Ihnen gleich erläutern. – Und weil im Vordergrund dieser Debatten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht, finde ich, daß man nach einem Jahr Regierung schon fragen muß, was dieser Wirtschaftsminister im Land eigentlich gegen die Arbeitslosigkeit macht.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Backen aufblasen!)

Sie, Herr Döring, waren schwach bei der Mittelstandsförderung. Sie haben das CI-Programm gestoppt. Daran können Sie nicht vorbeireden, auch wenn dies der Ministerpräsident beim letzten Mal verwechselt hat. Sie sind blind beim Erkennen von Zukunftstechnologien. Ich nenne nur die Solartechnologie, bei der Sie die Förderung bis zur Unkenntlichkeit gekürzt haben. Die Verdoppelung muß man ja vor der Verkürzung sehen.

Sie haben noch immer kein Konzept, obwohl schon angekündigt, für Multimedia auf den Tisch gelegt. Wo ist denn das Folgekonzept für den Versuch?

Sie haben sich bislang in der Messepolitik wirr verhalten. Außer Bekenntnissen ist nichts gewesen. Ein Landesmessekonzert steht noch immer aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich frage mich: Was schaffen Sie eigentlich in Ihrem Ministerium?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben es nicht geschafft, Herrn Döring dazu zu bringen, einmal seine Erweiterungspläne konzeptionell zu begründen. Das heißt, es ist wieder ein gutes halbes Jahr verstrichen.

Sie waren bislang zu Strukturreformen unfähig. Bei der Entwicklungspolitik haben wir Sie jetzt hoffentlich auf den Weg gebracht. Sie haben bei einem Thema gekniffen, bei dem Sie sich noch im Wahlkampf profiliert haben, nämlich bei der Zwangsmitgliedschaft bei den Industrie- und Handelskammern. Sie haben nach meiner Auffassung gefährlich den sozialen Mietwohnungsbau als Auslaufprogramm angesetzt und viele andere Patzer und Pannen zusätzlich eingebracht. Ich will jetzt gar nicht Ihre diversen Wahlempfehlungen in Ihrem Wahlkreis ausführlich ansprechen.

Bislang – so das Fazit meiner Fraktion – erfüllt dieser Wirtschaftsminister die Anforderungen nicht. Spöri ist ohne Nachfolger.

(Beifall des Abg. Heiler SPD)

Ein Dampfplauderer, Herr Döring, wäre eine Fehlbesetzung, wenn es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht. Dies können wir uns in der Zukunft nicht mehr leisten.

Ich möchte nun noch einige Punkte zum Landeshaushalt anführen.

Herr Finanzminister, in der Debatte hat die Frage eine große Rolle gespielt, daß wir Grünen Vorschläge machen – Erhöhung des Wasserpennings, auch den halben Solarpennig –, die in der Summe baden-württembergische Haushalte jährlich mit zwischen 30 und 40 DM belasten würden. Sie haben immer mit diesem Populismus argumentiert: „Zusätzliche Belastungen sind nicht hinzunehmen.“ Ich will noch einmal sagen, wie hoch die Belastung für eine durchschnittliche Familie in Baden-Württemberg jährlich gewesen wäre: 40 DM.

Jetzt kommen Sie her und diskutieren in Bonn die Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte. Der Herr Ministerpräsident hat zwar etwas anderes versprochen, aber alle Versprechungen dieses Herrn stehen ja unter Haushaltsvorbehalt. Zwei Prozentpunkte Mehrwertsteuererhöhung bedeuten für eine Familie mit zwei Kindern und einem Durchschnittseinkommen nach einer Berechnung des DIW jährliche Zusatzbelastungen von 400 DM. Deswegen muß man ganz deutlich sagen, daß die ganze Argumentation, die Sie gefahren haben, an diesem Punkt absolut unredlich ist.

Wenn Ihnen aus konzeptionellen Gründen irgendwo im Ökobereich eine Abgabe nicht paßt, ziehen Sie die soziale Karte. Wenn es Ihnen aber recht ist – zum Beispiel bei der Senkung des Einkommensteuertarifs –, erhöhen Sie die Mehrwertsteuer herzhaft und munter.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Ich meine, daß dies nicht akzeptabel ist.

Nicht anders verhalten Sie sich bei der Schuldendiensthilfe für den Flughafen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen uns angewöhnen, diesen Prozeß des Sparens, der vor uns liegt, immer auch auf das zu reflektieren, was der Bevölkerung zuzumuten ist. Aber ich garantiere Ihnen: 10 Pfennig Erhöhung beim Wasserpennig, wenn das für einen guten Zweck geschieht – das heißt konkret für die Extensivierung der Landwirtschaft, für den Wasserschutz, für den Naturschutz –, ist in einer anderen Weise zumutbar als eine jährliche Belastung von 400 DM für die Senkung des Spitzensteuersatzes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage kritisch an Ihre Adresse, daß Sie das Verhältnis zu den Kommunen vergiftet haben. Wenn ich die Kreistags-

(Kuhn)

sitzungen hernehme, die in diesen Wochen stattfinden oder stattfanden – beispielsweise vorgestern in Konstanz –, dann muß ich sagen, daß die Beschlüsse, die Sie gefällt haben – Stichwort: Schülerbeförderung –, in den Kreistagen nicht ankommen. Herrn Maus ist es so gegangen, daß er in Konstanz seine Vorlage zurückziehen mußte. Übrigens: Die Kollegin Netzhammer, bei diesem Thema im Finanzausschuß noch wortstark, muß im Konstanzer Kreistag eher ein ganz stilles Mäuschen abgegeben haben. Jedenfalls hat sie die Beschlüsse des Landes nicht verteidigt.

Ich fordere die Landesregierung auf, im Umgang mit den Kommunen zu einer neuen Form von Höflichkeit und Respekt zurückzufinden. Denn das, was Sie sich da geleistet haben, ist auch vom politischen Stil her nicht akzeptabel.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Sie haben in der Debatte immer einen Punkt an die Spitze gestellt, Herr Oettinger: Ihre Sparpolitik bedeute Sparen für die junge Generation. Selbstverständlich ist Sparen ein Beitrag für die junge Generation. Wir haben das nie bestritten. Aber ich will deutlich sagen, daß Sie für die junge Generation in diesem Haushalt, in seinem gestaltenden Teil, zu kurz springen. Wer für Kinder und kommende Generationen ist, der muß nämlich im Finanziellen sparen, aber der muß auch massiver in Bildung und Arbeit investieren, der muß auch die Ökologie stärker berücksichtigen, der muß den Sozialstaat durch Strukturreformen umbauen, und der muß nach unserer Auffassung große Teile von Privatisierungserlösen zum Zurückzahlen von Schulden verwenden und darf sie nicht in einem Jahr oder in vier Jahren ausgeben, wie die Landesregierung dies beim LEG-Verkauf plant.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Oettinger, wir lassen es nicht durchgehen, daß Sie durch das Land rennen und sagen, die CDU sei die Partei der künftigen Generationen, der Kinder und Kindeskinde,

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

während sie auf der anderen Seite diese Schwächen bei den Investitionen und diese Schwäche bei der Ökologie hat. Wer, wie Sie, Ökologie auf die Rote Liste setzt, betreibt Staatsverschuldung von morgen.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Selbstverständlich. Schauen Sie sich einmal das Beispiel des Integrierten Donauprogramms an.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das haben Sie bis zur Unkenntlichkeit heruntergefahren. Ich kann nur sagen, daß wir uns beim nächsten Hochwasser wiedersehen. Dieses Hochwasserbeispiel ist ganz klar. Wer Hochwasserschutz unterläßt, wird beim nächsten Hochwasser die doppelte Zeche finanzieren müssen. Dies werden Sie tun. Hier ist Sparen keine Zukunftsvorsorge, sondern es wird einfach für den aktuellen Tageskommentar getan.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der hier auf meinem Manuskript mit der Überschrift „Sparen, bis es weh

tut“ steht. Der Finanzminister hat am Freitag, als er vom Sparen redete, fast einen gewissen sadomasochistischen Unterton hören lassen, und zwar immer, wenn er sagte, Sparen müsse weh tun.

Ich sehe ein, daß Sparen schwierig ist, meine Damen und Herren. Sparbereitschaft steigt aber, wenn wir zu einem Dialog zurückfinden und mit den Betroffenen Vermittlung, Ziele und Gestaltung des Sparens in Zukunft besser absprechen.

Von großem Schaden war Ihr Umgang mit den Sportverbänden. Die Sportverbände waren wirklich bereit, zwar nicht 38 Millionen DM, wie Sie wollten, aber doch 30,3 Millionen DM selber zu tragen. Sie haben trotzdem die harte Linie durchgezogen und damit an die Bevölkerung und an die Verbände ein Signal ausgesetzt, daß es sich bei dieser Landesregierung nicht lohne, wenn man selber eigene Sparvorschläge einbringe oder mittrage. Es werde trotzdem nach Gusto des Finanzministers – „Sparen, bis es weh tut“ – zusammengestrichen.

Das gleiche kann man bei der „Bremswegverlängerung“ im Hochschulbereich sagen. Die rüde Art, wie der Herr Hochschulminister auf die Anzeige der Professoren eingegangen ist, zeigt einem, daß man nicht den Dialog gesucht hat. Ich meine, Sie sollten dies in Zukunft tun.

Nun, Herr Oettinger – damit Sie es sich leichter merken können –, habe ich der Jahreszeit entsprechend unsere Kritik in einige Verse gefaßt.

(Abg. Rückert CDU: Oje! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Es kann ja nicht schaden. Bekanntlich kann man sich Reime besser merken als Prosa.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Es geht, Herr Drautz, um das Thema, wie der Teufel spart.

(Abg. Oettinger CDU: Ich bin klein, mein Herz ist rein!)

– Konzentrieren, Herr Oettinger, sonst können Sie es sich doch nicht merken.

Er spart und spart und spart und spart
auch diesmal auf besondere Art.
So langt er bei den Städten rein,
ein frommer Christ läßt's besser sein.

So schröpft er auch unsere Natur,
ÖPNV macht Hungerkur.
Das Grün, das er noch brauchen kann,
wächst mittelstreifs auf Autobahn'n.

CI-Programm, das bleibt ganz leer.
Auch neue Lehrer komm'n nicht her.
Mit „Erwin 2“, da will er locken,
doch das haut niemand von den Socken.

Bei der Verwaltung bleibt's, wie's ist,
man setzt ihr keine klare Frist.
So hört sich denn der Bürger dann
ein weit'eres Mal die Phrasen an.

(Kuhn)

Bei Lukas lernt der brave Christ:
Dem Kaiser, was des Kaisers ist.
Doch was für Weiterbildung und Kultur,
das sieht man mit der Lupe nur.

Was Neues fängt er selten an,
weil Altes doch nicht falsch sein kann.
Doch dabei übersieht er wohl,
daß Altes ohne Neues hohl.

Nichts investiert wird bei der Sonne,
dem Sparen gilt auch hier die Wonne.
Und schön wird's erst – so der MV –,
wenn's weh tut der geschlacht'nen Sau.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

(Abg. Oettinger CDU: Bitte kein Versmaß, Herr Kollege! – Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die nächste Büttrede!)

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eben ist mir als erstes durch den Kopf gegangen: Schuster, bleib bei deinem Leisten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Bleiben Sie lieber bei der Politik. Aber da würde ich Ihnen empfehlen, nicht anderen etwas vorzuwerfen, was Sie selbst für sich gelten lassen müssen. Sie zeigen mit dem Finger auf Herrn Döring und nennen ihn einen Dampfplauderer. Heute haben wir erlebt, was Sie eigentlich sind. Ihre Profilsucht ist manchmal unerträglich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Sie suchen sich Dinge heraus und meinen, damit sei die Welt zu retten. Alles, was Ihnen nicht in den Kram paßt, legen Sie beiseite und meinen, da sollten sich nur andere entsprechend hineinsetzen. Wissen Sie: Unsere Schwierigkeiten insbesondere die junge Generation betreffend liegen doch darin,

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Nicht jammern!)

daß wir in den zurückliegenden Jahrzehnten im Grunde genommen nicht das gemacht haben, was Ludwig Erhard, der gestern seinen 100. Geburtstag hätte feiern können, gesagt hat: daß der Staat nämlich das, was er ausgibt – was er an die Bürger ausgibt –, zuerst von den Bürgern holen muß.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Er hat das in einer Zeit gesagt, in der es uns wirklich gut ging. Wir belasten also die nachfolgenden Generationen mit Zins- und Tilgungsleistungen, die über das hinausgehen, was sie selbst an Vorteil aus den Zukunftsinvestitionen, die wir für sie gemacht haben, ziehen können. In dem Augenblick, in dem es zur Diskrepanz kommt zwischen dem, was wir zu Recht für die nachfolgenden Generationen mit Schulden finanziert haben, was für sie also von Vorteil ist, und dem, was wir nur zu unserem eigenen Wohlleben getan haben, sind die Kreditaufnahmen unverzeihlich.

Wenn Sie – gleichgültig, wer von Ihnen, ob von Rot oder von Grün – sagen, diese Steuerreform sei deshalb in sich nicht schlüssig, weil man letztendlich auch die Spitzensteuersätze und nicht nur die unteren Steuersätze herunterfahren wolle, dann muß man Ihnen einfach einmal sagen, daß in der Vergangenheit eben nicht nur das Kapital geflüchtet ist, sondern daß auch die Arbeit geflüchtet ist. Wir müssen doch sehen, daß wir beides wieder hereinholen. Das können Sie eben nicht dadurch erreichen, daß Sie den Steuersatz nur unten absenken, sondern Sie müssen ihn auch oben absenken.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist doch wohl eine Binsenweisheit. Sie können nicht wollen, daß auch hier im Land eine Politik gemacht werden soll, die das einfach vernachlässigt. Das ist einfach unsolid. Herr Kuhn, so, wie Sie sich hier gebärdet haben, grenzt das einfach an eine Unverschämtheit. Ich sage das einfach einmal in dieser Form.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Und gleichzeitig sagen Sie, wir sollten offen und ehrlich miteinander umgehen.

Ich möchte Ihnen sagen: Was Herr Döring in den zurückliegenden Monaten gemacht hat,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben halt einen schwachen Wirtschaftsminister! Das wissen Sie doch!)

hat die Achtung vieler gefunden. Vielleicht haben Sie das noch nicht gemerkt.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ja Ihr gutes Recht, ihn anzugehen. Ich möchte Sie dann aber einfach bitten, eine andere Wortwahl zu treffen. Das kann man nämlich auch anders tun. Denn der politische Schmarotzer sind doch Sie.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Ich will das an einem Beispiel belegen. Wenn Sie den Vorschlag machen, 115 Millionen DM zur Deckung der konkreten Ausgaben im Haushalt 1997 dadurch zu erreichen, daß Sie dazu auffordern, eine Bundesratsinitiative einzugeben, dann ist das von Grund auf unsolid. Das ist keine Deckung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Sie sagen, Sie trügen etwa 80 % dessen mit, was die Koalition an Kürzungen vorgegeben hat. Gleichzeitig distanzieren Sie sich ebenso wie Herr Brechtken heute wieder davon und sagen, da und dort hätte man noch mehr machen müssen. Ich könnte noch weitere Beispiele nennen.

(Abg. Brechtken SPD: Sehr präzise im Einzelfall machen wir das, Herr Kiel!)

– Herr Brechtken, auch zu Ihnen muß man sagen: Sie wissen doch als ehemaliger Staatssekretär im Wirtschaftsmini-

(Kiel)

sterium ganz genau, was im Land Baden-Württemberg innerhalb der Wirtschaft passiert ist, warum im Grunde genommen eine größere Flexibilität notwendig ist und wieso überall immer wieder die Blockaden kommen. Da muß man doch auch einmal bereit sein – Sie persönlich sind es ja weitestgehend. Das will ich Ihnen ganz persönlich ja zugestehen.

(Abg. Brechtken SPD: Sie belasten jetzt doch die Flexiblen!)

– Nein, das tun wir nicht.

(Abg. Brechtken SPD: Aber natürlich!)

So, meine Damen und Herren, das mußte ich am Anfang erst einmal loswerden.

(Abg. Brechtken SPD: Sie haben doch Vorschläge gemacht! Schwätzen Sie einmal mit Ihren Wahlkreiscollegen aus dem Mittelstand!)

Ich möchte mich jetzt noch gern einem anderen Thema widmen,

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

nämlich dem Verhältnis zwischen den Kommunen und dem Land.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das war ja bloß Luft! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Luft und Jammern!)

Wir sehen, daß es, um dieses Verhältnis wieder in Ordnung zu bringen, erneut notwendig ist, im Bereich der Finanzbeziehungen nachvollziehbare und verlässliche Kriterien festzulegen.

Erstens: Die Basis für die anstehenden Verhandlungen ist eine Einigung, die zwischen der Landesregierung und den Kommunen Ende 1994 zustande gekommen ist. Ich möchte einmal aus dem Protokoll des Finanzministeriums zitieren, das auch den kommunalen Landesverbänden zugegangen und insoweit von ihnen auch akzeptiert ist. Da heißt es unter anderem – ich zitiere jetzt –:

Das Land gleicht die durch den Rückgang der Zahllast des Landes Baden-Württemberg im Länderfinanzausgleich entstandene Überzahlung des Gemeindeanteils in den Jahren 1993 und 1994 durch eine Rückerstattung von 400 Millionen DM aus. Die bisherige Forderung der Kommunen an das Land in Höhe von 600 Millionen DM ist damit ebenso erledigt wie die Forderung des Landes für den Abrechnungszeitraum zwischen 1984 und 1994.

Weiter unten heißt es:

Der kommunale Anteil der Zahllast des Jahres im Länderfinanzausgleich, der sich aus der Steuerkraft der Kommunen errechnet, wird für 1995 und 1996 im nachhinein spitz berechnet. Die Abrechnung erfolgt, sobald der Bund den Betrag endgültig festgelegt hat, im nächsten Nachtragshaushaltsplan oder Haushaltsplan.

Zweitens: Daraus folgt meines Erachtens, daß eine Spitzabrechnung im Bereich des Länderfinanzausgleichs ohne Verquickung mit anderen Forderungen für 1995, 1996 und die folgenden Jahre zu erfolgen hat.

Drittens: Im Bereich der Sozialleistungen sind Gespräche insoweit notwendig, als das Land für sich einen Teil der Einnahmen aus der Pflegeversicherung reklamiert, obwohl die Lasten der Sozialhilfe einschließlich der Pflege bislang allein die Kommunen aufzubringen hatten. Die exorbitanten Erhöhungen der Wohlfahrtsumlage in den letzten Jahren, die ihren Niederschlag in immer höheren Kreisumlagen gefunden haben, sind allen Kommunen noch in aller schlechtester Erinnerung. Auch daran muß bei dieser Gelegenheit erinnert werden. Sollte sich jetzt das Land im Bereich der Soziallasten einschalten, muß auch in diesem Bereich ein fairer, zukunftsorientierter Ausgleich geschaffen werden. Die seit Ende 1994 bis heute gestiegenen Sozialleistungen müßten dann mit den Einnahmen der Kommunen aus der Pflegeversicherung verrechnet werden und als Grundlage weiterer Überlegungen dienen.

Wir meinen freilich, wir als Land müssen uns sehr genau überlegen, ob wir in dieses Boot mit einsteigen wollen oder lieber nicht. Eine Gegenüberstellung der die Kommunen direkt, ohne realistische Möglichkeit der Weitergabe treffenden Kürzungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung des Landes 1996 und 1997 mit dem bereits verabschiedeten bzw. in Vorbereitung befindlichen Kommunalentlastungsgesetz ist dringend erforderlich. Nicht nur dieses Kommunalentlastungsgesetz, Herr Oettinger, sondern auch das zweite Haushaltsstrukturgesetz wird gemeinsam von CDU und FDP/DVP auf den Weg gebracht werden. Meine Damen und Herren, erst dann wird sich zeigen, ob oder inwieweit die Kommunen von den vorgenommenen Kürzungen überproportional betroffen wurden und ob sie stärker zur Kasse gebeten wurden als andere Bereiche, die auf Landesmittel Anspruch haben bzw. angewiesen sind.

Eines jedenfalls ist unstrittig, und das muß auch gesagt werden: Das Land Baden-Württemberg hat im Vergleich mit anderen Bundesländern die Kommunen in der Vergangenheit außerordentlich gut behandelt. Wer etwas anderes sagt, der sagt nicht die Wahrheit. Dabei muß freilich bedacht werden, daß – erfreulicherweise – den Kommunen in Baden-Württemberg viel mehr Aufgaben zur Erledigung zugewiesen sind als in anderen Bundesländern. Daraus folgt natürlich auch, daß der Anteil der Kommunen an den Steuern des Landes höher als in anderen Bundesländern sein muß.

Achten wir darauf, daß das Verhältnis Land/Kommunen, das wir haben, nicht aufs Spiel gesetzt wird. Wir müssen auf jeden Fall aufpassen, daß wir im Ländervergleich bei der Behandlung unserer Kommunen nicht abrutschen. Denn wenn es unseren Kommunen anhaltend schlecht geht, kann es dem Land auf Dauer nicht gut oder nicht wieder gut gehen. Betroffen sind stets dieselben Bürger, es gibt keine Bürger in Baden-Württemberg, die nicht von der Finanzlage des Landes und der Kommunen in gleicher Weise betroffen wären.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Kiel)

Deshalb und gerade deshalb sind umfangreiche, offene und vertrauensvolle Gespräche zwischen Land und Kommunen einfach notwendig. Wir brauchen sie mehr denn je.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Nebelkerzen!)

Lassen Sie mich schließlich noch einige Sätze zur Finanzplanung sagen. Die Finanzplanung markiert – auch das wurde schon gesagt – außerordentlich ehrgeizige Ziele. Schon deshalb bleibt die Haushaltskonsolidierung, bleibt der Umbau von Strukturen in allen Verwaltungsbereichen eine Daueraufgabe. Niemand kann sich beruhigt zurücklehnen und meinen, mit dem heutigen Tag sei das Schlimmste bereits erledigt. Im Gegenteil: Nur mit erheblichen Eingriffen in bestehende Strukturen können wir dafür sorgen, daß uns das Schlimmste nicht noch bevorsteht. So unbequem und so unangenehm Strukturveränderungen im einzelnen auch sein mögen, wir kommen an ihnen nicht mehr vorbei.

Der Staat muß sich zurücknehmen. Was heißt das? Er kann nicht einfach flächendeckenden Leistungsabbau betreiben, sondern er muß einen Umbau in der Verwaltung erzwingen hin zu dezentralen Entscheidungsprozessen, hin zu mehr Leistungsbezug, hin zu Aufgabenkritik, Aufgabenabbau und gegebenenfalls Aufgabenverlagerung möglichst nach unten, um zu mehr Bürgernähe zu kommen. Ich glaube, das muß man immer wieder sagen, um das Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren.

Wir müssen ein weiteres Zeichen setzen, meine Damen und Herren. Wir als eine der kleineren Fraktionen sagen dies ganz bewußt, obwohl es uns am ehesten treffen kann. Wir müssen ein weiteres Zeichen in bezug auf die Verkleinerung des Landtags setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Das geht nur über den Weg einer Änderung des Landtagswahlrechts.

(Zurufe der Abg. Brechtken SPD und Rapp REP)

Dieses Vorhaben ist in der Koalitionsvereinbarung verankert, Herr Brechtken. Seine Realisierung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir wollen, daß darüber möglichst noch in diesem Jahr diskutiert wird.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Hinzu kommt eine konsequente Weiterführung der Modellversuche des Landes im Bereich neuer Steuerungsmodelle und dezentraler Budgetverantwortung. Die Modellversuche, so wurde uns gesagt, laufen gut. Wir müssen mit dem Haushalt 1998/99 erreichen, daß die dezentrale Budgetverantwortung in der gesamten Landesverwaltung Zug um Zug eingeführt wird.

Jetzt und für die weitere Zukunft gilt jedenfalls: Wir müssen zu einem Abbau der Personalkostenbelastung des Landeshaushalts kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir können die investiven Ausgaben des Landes nicht dauerhaft zurückfahren. Wir müssen Vorsorge treffen für den starken Zuwachs an Versorgungsleistungen, der unabänderlich auf uns zukommt. Herr Oettinger hat es bereits gesagt. Ich habe hier schon einmal vorgeschlagen – ich möchte es wiederholen –, daß es, wenn wir zu Privatisierungserlösen kommen, nicht nur erforderlich ist, Zukunftstechnologien zu fördern, überhaupt die Zukunft für junge Generationen in Schwung zu bringen, eine Offensive zu starten, sondern daß wir, damit verbunden, auch die Kreditbelastungen zurückführen müssen.

Wir müssen meines Erachtens des weiteren – darauf kann mit innerer Verrechnung zurückgegriffen werden, aber es muß etatisiert sein – einen Betrag einsetzen, der zumindest ein Untertunneln des Bergs an Pensionsleistungen, der vor uns steht, ermöglicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles erfordert äußerste Disziplin in allen Bereichen des Landeshaushalts. Die große Steuerreform, die in der Mifrifri noch nicht berücksichtigt ist, wird uns, wenn sie kommt, vor große Schwierigkeiten stellen. Aber wenn dies für die Haushalts- und Finanzpolitik des Landes auch bedeutet, eine schwierige Herausforderung zu bestehen, so muß man doch auch und vorrangig sagen: Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist sie eine Riesenchance. Die Wachstumskräfte können gestärkt werden. Dadurch wird wieder eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik, die in Erstarrung geblieben ist, in Gang gesetzt. Wir werden sie für mehr Investitionen, mehr selbständige Existenzen und vor allem für mehr Arbeitsplätze dringend benötigen. Deshalb sind wir dafür und sagen, auch in Richtung zu Ihnen, Herr Brechtken, und Ihrer Partei: Wenn sie machbar ist, sollte sie schon zum 1. Januar 1998 kommen. Aber das muß bedeuten, daß man sich spätestens bis zu den großen Ferien geeinigt hat. Andernfalls geht es für 1998 nicht, und sonst handelt es sich auch nur um eine Luftnummer. Dafür sind wir nicht zu haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushalt, der heute vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit, vor allem jedoch Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenknappheit beschlossen werden soll, beinhaltet aus der Sicht von uns Republikanern in seinen Grundzügen keine ausreichenden Elemente, die bestehenden Zustände zu ändern.

Alle Versuche der Landesregierung, das Problem der Massenarbeitslosigkeit als ein vorübergehendes Problem zu sehen oder sehen zu müssen, scheitern, wie sich zeigt, wenn man die Entwicklung der Statistiken einmal eingehend betrachtet. In den kommenden Monaten werden wir wieder erleben, daß junge Menschen, die sich nach einer geeigneten Lehrstelle umschaue, von Absage zu Absage gehen. Eine Industrie, die ihre Kräfte darauf konzentriert, ins Ausland abzuwandern, braucht eben keinen Nachwuchs und qualifizierte Arbeitskräfte hier in diesem Land, sondern leider dort, wo die Arbeit ist, und nicht dort, wo die Menschen sind, die diese Arbeit gern ausführen würden.

(Rapp)

Zukunft schaffen und gestalten müßte eigentlich die Maxime der Landesregierung bei der Aufstellung eines Haushaltsplans oder einer mittelfristigen Finanzplanung sein. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die Landesregierung mogelt sich von Streichliste zu Streichliste, von Haushaltssperre zu Haushaltssperre und von globaler Minderausgabe zu globaler Minderausgabe, aber sie ist in den vergangenen Jahren nie bereit gewesen, prinzipiell zu sagen: So wollen wir es, und anders machen wir es nicht.

Es wäre höchste Zeit, die Dinge deutlich anzusprechen, die wir uns vielleicht nicht mehr leisten können,

(Beifall bei den Republikanern)

und nicht immer nach der Salamitaktik zu verfahren, Herr Finanzminister, die sich wie folgt beschreiben läßt: Jetzt beschließen wir mal den Haushalt so hoch, wie er von der Einnahmeseite her sicherlich nicht ausfallen wird, und den Rest machen wir dann über die Streichlisten und globalen Minderausgaben. Die, die im Parlament sitzen, haben, wenn es nur ein Ausgabevolumen von 60 Milliarden DM oder 61 Milliarden DM gibt, ein Volumen von 62 Milliarden DM beschlossen, und der Finanzminister persönlich darf sich dann aussuchen, was der ihm wichtigste Teil des Beschlusses ist. So ist Finanzpolitik nicht immer machbar, meine Damen und Herren.

Die Steuerreformpläne aus Bonn bieten uns Gelegenheit, zu sehen, wie man es eigentlich nicht machen soll. Da wird eine Steuerreform beschlossen, und da wird beim Spitzensteuersatz – was ja wichtig ist – viel weggenommen. Darüber, ob das sein muß, kann man diskutieren. Ich bin auch bereit dazu. Aber man nimmt erst einmal von oben weg,

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

und zwar bei denjenigen, die ihre Firmengewinne höchstwahrscheinlich schon längst ins Ausland verlagert haben. Aber die Direktoren wollen ja auch noch ein paar Mark weniger Steuern zahlen.

Unten nimmt man genau den Satz weg, den das Bundesverfassungsgericht ohnehin als den richtigen Satz ansieht, und in der Mitte bleibt die ganze Steuerlast hängen.

Das heißt doch am Schluß, daß dieses Konzept – sollte es so beschlossen werden – noch mittelstandsfeindlicher ist, als es das bisherige war,

(Beifall bei den Republikanern)

weil eben der Mittelstand einseitig zum größten Steuerzahler in diesem Land wird. Und er wird es auch bleiben, Herr Finanzminister. Er wird es auch bleiben. Auch wenn Sie es jetzt noch so schön darstellen – ich weiß, Sie können das herrlich; Sie verstehen die Sache –, wird der Mittelstand der große Zahlmeister dieser Reform bleiben. Es ist leider so.

Dann kommt der Herr Ministerpräsident, und dann kommt der Wirtschaftsminister, und sie sagen: Eine Mehrwertsteuererhöhung nur über unsere Leiche; das kann überhaupt nicht passieren. Jetzt stellt sich der Herr Ministerpräsident aber langsam mit Worten schon darauf ein, wozu man normalerweise, wenn man es böse meinen würde, sagen würde:

Er ist ein Umfaller, weil er jetzt schon seine Aussagen relativiert hat und sagt: Na ja, wenn's denn nötig sein sollte, die Steuerausfälle, die wir durch die Lohnsteuer haben, irgendwo auszugleichen, dann werden wir wahrscheinlich nicht umhinkommen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

Es ist doch aber ein ganz unehrliches System, meine Damen und Herren, jemandem rechts etwas in die Tasche zu stecken und links etwas herauszuholen. Die Rentner, die überhaupt keine Steuern zahlen, werden über die Mehrwertsteuer dann einseitig belastet. Sozialhilfeempfänger und andere belasten Sie nur mit der Mehrwertsteuer, aber die Leute, die nichts verdienen und damit nicht lohn- oder einkommensteuerpflichtig sind, können keine Steuern sparen.

Vor Wahlkämpfen taucht immer wieder die Diskussion über Autobahngebühren auf. Wenn Sie mich fragen: 100 % ja. Denn in einem Europa, in dem Deutschland als das Transitland Nummer eins gilt, kann es doch gar nicht sein, daß wir mit dem nahezu teuersten Straßennetz die einzigen sind,

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

die dieses Straßennetz jedem auf dieser Welt zum Nulltarif zur Verfügung stellen. Die Diskussion darüber kommt immer wieder von der FDP/DVP, Herr Pfister, weil zu Ihrer Klientel wahrscheinlich nicht gerade Kraftfahrer und Berufsfahrer gehören. Über das Benzin können Sie das nicht machen, sonst müssen Sie an der Grenze wieder anfangen zu stochern und feststellen, was im Tank ist. Es geht nicht über den Kraftstoff, weil all die Lkws, die von Spanien, von Polen oder sonst irgendwoher kommen, natürlich nicht unseren teuren Diesel in Deutschland tanken

(Abg. Kluck FDP/DVP: Die Lkws zahlen doch schon!)

– ein paar Mark, ja –, sondern dort tanken, wo es am billigsten ist. Von denen bekommen Sie überhaupt nichts. Über das Benzin werden also die Hauptnutznießer nicht zur Zahlung herangezogen werden können, sondern nur über eine Vignette.

Wir Republikaner – das sage ich Ihnen ganz ehrlich – fordern diese Vignette bei Wegfall der Kfz-Steuer für das Auto in gleicher Höhe.

(Beifall bei den Republikanern)

Es darf für den deutschen Autofahrer keinen Pfennig teurer werden, und auch so etwas sollten Sie in eine Steuerreform mit aufnehmen: Wegfall der Kfz-Steuer bei gleichzeitiger Einführung der Vignette für Straßenbenutzung, und zwar für jeden, der unsere Straßen hier in Deutschland benutzt.

Ich sehe aber auch an Ihrem Haushalt, daß für Förderprogramme für den Mittelstand keine Mittel vorhanden sind. Die Landesregierung und die Bundesregierung setzen zwar den Mittelstand der Globalisierung mit all ihren Risiken aus – Herr Brechtken als Berufsbeamter weiß sogar noch, wie man an der Globalisierung verdienen kann; so mancher Manager weiß es auch, aber nur, wenn der Gewinn in die eigene Tasche fließt –, aber die Arbeiterschaft und die real

(Rapp)

6 Millionen Arbeitslosen in diesem Land haben im Prinzip von der Globalisierung überhaupt nichts gehabt, sondern es gingen nur Arbeitsplätze verloren.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist Fakt. Über diese Diskussion können Sie nicht hinwegsehen.

Sie setzen unsere Wirtschaft mit ihren völlig überalterten Strukturen – Zwangsmitgliedschaft in der IHK, Zwangsmitgliedschaft in den Berufsgenossenschaften – einer Globalisierung aus. Heute darf sich ein Unternehmer bei uns nicht aussuchen, wo er seine Mitarbeiter versichert. Er hat zu bezahlen, was zu bezahlen ist. Auf diese Weise können Sie doch keine ehrliche Mittelstandspolitik betreiben. Unser Mittelstand ist doch nicht konkurrenzfähig, wenn seine Grundaussgaben bereits höher sind als die woanders über den gesamten Monat zu zahlenden Kosten.

Meine Damen und Herren, die Horrormeldungen, die uns tagtäglich wegen leerer Rentenkassen erreichen, beweisen, daß es ein absoluter Fehler war, in der Vergangenheit den Rentenversicherungen versicherungsfremde Leistungen aufzubürden. Das war ein schwerer Fehler, und wir Republikaner fordern deshalb schon seit langem, die Rentenkassen von versicherungsfremden Leistungen zu befreien. Eine Rente kann letztendlich nur derjenige bekommen, der ein Leben lang Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat.

Wenn ich die Diskussion höre, habe ich den Eindruck, es hat sich schon jeder damit abgefunden, daß zwar möglicherweise die eigenen Abgeordnetenruhestandsbezüge auf altem Niveau bleiben sollen, daß aber die Rentner wieder bluten sollen. Das kann aus Sicht von uns Republikanern auf keinen Fall sein, meine Damen und Herren. Wenn der Staat Pflichten auf das Rentenversicherungssystem überträgt, die keine typischen Aufgaben der Rentenversicherung sind, dann muß er eben diese gewollte Entscheidung auch mit eigenen Mitteln, mit einer Einlage in die Rentenkasse finanzieren. Anders geht es nicht. Sie können den Bürgern nicht laufend höhere Beiträge abverlangen, aber schlechtere Leistungen bieten.

Gesetzlich Krankenversicherte sind nur verunsichert statt versichert; sie wissen nicht mehr, wo es lang geht. Ärzte trauen sich in diesem Land überhaupt nicht mehr, Medikamente und anderes zu verschreiben, weil sie Angst haben, dafür persönlich in Regreß genommen zu werden. Auch das ist etwas, was durch Entscheidungen in Bonn verursacht ist und was so nicht bleiben darf, meine Damen und Herren. Sie können doch nicht dauernd Beiträge heraufsetzen und letzten Endes Leistungen mindern. Das geht nicht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo sind denn Ihre Konzepte?)

Das System ist nicht mehr überblickbar.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wir Republikaner werden auch weiterhin auf das System des Sozialstaates bauen. Schwerwiegende soziale Einschränkungen und Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich nehmen wir nur dort hin, wo wir

wissen, daß Mißbrauch getrieben wurde oder getrieben wird. Dieser Verdacht des Mißbrauchs kann aber nicht auf alle, die irgendwann in ihrem Leben einmal soziale Hilfe in Anspruch nehmen, ausgedehnt werden.

Aber ich sage Ihnen folgendes – und damit kommen wir zum Thema Nummer eins –: Wir haben in Deutschland hunderttausendfachen Sozialhilfemißbrauch. Würde dieser angegangen, wären wir bereit, unsere Pflicht zu erledigen und diejenigen, die unser Sozialsystem mißbrauchen – Asylbewerber und Co. –, herauszunehmen, dann brauchte unser Land keine Nettoneuverschuldung, keine neuen Schulden.

Die Landesregierung hat anscheinend noch so viel Geld – die Antwort auf eine Anfrage, die wir Republikaner gestellt haben, hat das bewiesen –, daß sie keinen Grund sieht, die für Bürgerkriegsflüchtlinge abgegebenen Bürgschaften in Anspruch zu nehmen. Da geht es um lächerliche 100 bis 120 Millionen DM, aber wir sparen bei der Schülerbeförderung. Wir sparen bei der Schülerbeförderung, weil wir der Meinung sind, die Eltern könnten das tragen. Und diejenigen, die Bürgschaften für einen Zweck abgegeben haben, den sie wollten, sollen jetzt nicht in Haftung treten. Das darf nicht sein, meine Damen und Herren. Wer eine Bürgschaft unterschreibt, muß, wenn es zum Schwur kommt, dafür auch eintreten.

(Beifall bei den Republikanern)

Jetzt ist die Zeit da. Sie können es doch den Leuten nicht übelnehmen, wenn sie nicht mehr nach Hause wollen; es geht ihnen doch hier gut. Wer käme denn auf die Idee, das zu ändern!

Die wesentlichen Elemente, die wir von der Politik der Landesregierung fordern, sind Konsolidierung der Staatsfinanzen – die ist teilweise erfolgt, aber wirklich nur teilweise –, endlich eine Verwaltungsreform, die diesen Namen verdient – man sollte nicht bloß drei Posten hin- und herschieben und am Ende trotzdem höhere Ausgaben haben –, und eine wirkliche Sicherung des Standorts Baden-Württemberg. In allen diesen drei Punkten, meine Damen und Herren, sehe ich von den Regierungsfractionen nichts, in allen diesen drei Punkten haben Sie bisher jämmerlich versagt. Die Mittelstandsförderung ist reduziert worden, in der Verwaltungsreform ist bis auf die Lösung von Detailfragen nichts passiert, und bei der Sicherung des Standorts haben Sie meines Erachtens auch große Defizite. Herr Pfister, wenn Sie einmal hinausgehen und sich die Sorgen der Mittelständler anhören, dann stellen Sie fest, daß die Defizite wirklich da sind und nicht nur von den Republikanern herbeigeredet worden sind.

Wir Republikaner möchten an unserer Forderung festhalten, nach einer gelungenen Verwaltungsreform eine Verwaltungsebene herauszunehmen. Das ist wichtig, wenn wir auf Dauer Kosten sparen wollen. Wir möchten es der Phantasie der Landesregierung überlassen, hierzu ein Konzept vorzulegen, das uns dauerhaft Geld spart.

Zum Stichwort Pensionslawine: Da wird heute behauptet, wie wir es heute morgen gehört haben, die Pensionslasten seien in diesem Umfang nicht vorhersehbar gewesen. Meine Damen und Herren, wenn heute jemand Pension be-

(Rapp)

zieht, dann ist er, wenn er nicht gerade ewiger Student war, zuvor 35 bis 40 Jahre im Dienst gewesen. 30 bis 40 Jahre vorher weiß ich also, was etwa auf mich zukommt. Die Abweichung ist allenfalls plus/minus 5 %, je nachdem, was kommt. Man hätte es wissen müssen. Die Landesregierung hätte in den fetten Jahren zwischen 1980 und 1990, als das Geld mit vollen Händen ausgegeben wurde, als immer neue Schulden eingegangen wurden, reagieren und bei jedem, den sie eingestellt hat, an die Folgekosten denken müssen. Folgekosten sind nun einmal die Ausgaben für die Pension, die jemandem zusteht, wenn er ein Leben lang für den Staat gearbeitet hat.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Diskussion, die nun von Rotgrün oder nur von Grün mit der Zielrichtung geführt wird, nun einfach den Beamten ein Stück wegzunehmen und den Pensionären ein Stück wegzunehmen, ist aus meiner Sicht so nicht in vollem Umfang haltbar. Man kann nicht Menschen, die man zu Zeiten in den öffentlichen Dienst eingestellt hat, als keiner in den öffentlichen Dienst wollte, Versprechungen machen und später sagen: „April, April, wir zahlen euch das alles jetzt nicht.“ So, wie hauptsächlich die Grünen mit der Beamten-schaft umgehen wollen, spielen wir nicht mit. Das möchten wir auch nicht haben. Hier zeigt sich wieder ganz deutlich, wie wenig Verlaß auf Politik sein kann.

Ich möchte ganz zum Schluß es nicht versäumen, auf diejenigen einzugehen, die aus Sicht der SPD eine vernachlässigbare Minderheit darstellen: Das sind die Bauern. Wer die Nachtragsberatungen 1996 und die Haushaltsberatungen 1997 mitgemacht hat, stellt fest, daß die Bauern praktisch immer die typischen Prügelknaben der SPD sind, einfach deshalb, weil sie keine Klientel der SPD sind. Die Bauern werden aber langsam auch zu Prügelknaben der Landesregierung. Der Notstandsfonds ist seit 1995 von 38 Millionen auf 14 Millionen DM reduziert worden. Wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Pflichten auf diesem Sektor durch BSE, Schweinepest usw. auf uns zukommen, dann müssen wir ganz ehrlich zugeben, daß die Bauern hier wieder einmal die Hauptlast einer verfehlten Europapolitik, für die kein Bauer etwas kann, mittragen sollen. Das Problem BSE hätte man nämlich schon vor fünf Jahren lösen können, wenn es politisch gewollt gewesen wäre, wenn nicht immer Europa im Vordergrund gestanden hätte. Das erste Wort hätte „Gesundheit“ sein müssen und erst das zweite „Europa“ und nicht umgekehrt.

(Beifall bei den Republikanern)

Weil das nicht der Fall war, haben die Bauern heute ihre Probleme. Der Staat muß ihnen deshalb helfen, diese Probleme zu lösen.

Meine Damen und Herren, wenn Vertreter der kommunalen Landesverbände – und die Kommunen sind die Geprügelten dieses Haushalts – von einer „verwerflichen Haltung“ der Landesregierung sprechen oder der Landesregierung bzw. dem Finanzminister „unseriöses Verhalten“ unterstellen und Ausdrücke wie „Lumperei“ an der Tagesordnung sind, dann sollte sich diese Landesregierung einmal überlegen, was eigentlich aus dem Verhältnis zwischen

Kommunen und Landesregierung geworden ist. Ich glaube, so dürfen wir nicht weitermachen, daß wir die Kommunen einfach kurz vor Torschluß überfahren und ihnen sagen: „Ihr kriegt jetzt nichts mehr, jetzt streicht mal bei euch.“ Eine solche Politik können wir letztendlich nicht durchziehen. Es muß etwas Einmaliges gewesen sein, in einem solchen Ad-hoc-Verfahren einen solchen Haushalt durchziehen, meine Damen und Herren.

Wir Republikaner halten diesen Haushalt für sozial nicht ausgewogen, und wir lehnen ihn zum Teil auch deshalb ab.

Ich möchte noch ein wirklich allerletztes Wort zum Thema Sport verlieren. Etwas mehr als 7,8 Millionen DM waren es. Es ist schon beschämend, wenn eine Landesregierung auf der einen Seite auf 100 bis 120 Millionen DM an Bürgerschaften verzichtet und allen Sportlern in diesem Land etwas mehr als 7,8 Millionen DM streicht. Das zeigt, wo Sie Ihre politischen Schwerpunkte setzen.

Ich möchte auch noch ein letztes Wort zu den Einschreibgebühren für Studenten verlieren. Ich glaube, mit dem Zustand kann man leben. Wenn es bei diesen 100 DM bleibt, gibt es aus unserer Sicht kein Problem damit. Aber wir müssen Wert darauf legen, daß am Schluß auch jeder, der in den Genuß kommt, zu studieren, diese Einschreibgebühr bezahlt. Wir werden in Zukunft mit neuen Konzepten gerade in diesem Bereich uns Überlegungen machen müssen, wie viele Langzeitstudenten sich dieses Land noch leisten kann; denn so wie bisher kann es auch in diesem Sektor nicht mehr weitergehen. Die Studienzeiten müssen deutlich verkürzt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Mayer-Vorfelder.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Karl Valentin hat einmal gesagt: „Es ist zwar alles gesagt worden, aber noch nicht von jedem.“

(Abg. Rapp REP: Das würde gut auf die Landesregierung passen! – Abg. Weimer und Abg. Brechtken SPD: Das ist auch schon ein paar Mal gesagt worden!)

Hier muß man sagen: Wir sind beinahe so weit, daß alles von jedem gesagt worden ist. Der Valentin ist also noch ein Stück übertroffen worden.

(Abg. Brechtken SPD: An München ein Beispiel nehmen!)

Deshalb will ich nicht alles wiederholen, was schon x-mal gesagt worden ist, was der Ministerpräsident gesagt hat, was ich schon wiederholt in Entgegnungen auf die Ausführungen insbesondere bei der zweiten Lesung gesagt habe.

Zu ein paar Punkten will ich noch Stellung nehmen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sagen Sie doch einmal etwas zum „Pickerl“!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Im Grunde genommen ist es schon eine Besonderheit: Jeder, der hier spricht, kommt an der Erkenntnis nicht vorbei, daß gespart werden muß.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist einfach!)

Es wird immer zwischen den Zeilen, aber nicht deutlich genug angesprochen – ich will es deshalb noch einmal sagen –, daß sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß sich die öffentliche Hand auf allen Ebenen übernommen hat, auf allen Ebenen:

(Beifall des Abg. Bloemecke CDU)

der Bund, die Länder und die Kommunen in gleicher Weise. Deshalb ist es falsch, zu sagen: Wenn die Kommunen heute diese und jene Schwierigkeit haben, dann kommt das nur daher, daß das Land kein guter Partner ist. Es gibt auch hausgemachte Probleme bei den Kommunen.

Wenn ich das zusammenfasse, was von den Rednern gesagt worden ist, wo falsch gespart wird, wo richtig gespart werden müßte, dann wäre, wenn jeweils das Programm der einzelnen umgesetzt würde, das Geschrei der Klientel, die dann betroffen wäre, genauso groß. Glauben Sie bloß nicht, daß wir den großen Frieden erreichen würden, wenn jeweils die Konzeption durchgesetzt würde, die von einzelnen hier in bestimmten Teilen dargestellt worden ist.

Ich habe gedacht, Herr Brechtken, wir hätten uns am Ende der zweiten Lesung darauf geeinigt, daß wir nicht mehr versuchen, hier eine große Schuldzuweisung hinsichtlich der Schulden, die gemacht worden sind, breit darzustellen. Sie sind dann aber gleich rückfällig geworden. Aber es ist meistens so, daß man, wenn man sündig ist, auch rückfällig wird.

(Heiterkeit – Abg. Maurer SPD: Verstehen Sie da etwas davon? – Zuruf des Abg. Wieser CDU – Abg. Seimetz CDU: Felix culpa! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Brechtken, ich könnte Ihnen wirklich die Statistiken vorlegen und aufzeigen, wieviel Schulden in Zeiten der sozialliberalen Koalition in Bonn gemacht worden sind.

(Abg. Brechtken SPD: Wir reden von Baden-Württemberg! Da hat man noch keine! Das kommt vielleicht noch!)

Aber das bringt doch alles überhaupt nichts.

Fakt ist – und deshalb sage ich es noch einmal –, daß sich alle übernommen haben, weil man dachte, daß die Zuwachsraten unbegrenzt weiter nach oben gehen würden. Sie haben einmal „Zuwachs 8 %“ gesagt. In wirtschaftlich guten Zeiten war es einmal so, daß das Wirtschaftswachstum pausenlos gesteigert wurde und man deshalb auch Schulden in einer bestimmten Größenordnung aufnehmen konnte. Es ist – ich sage es noch einmal – gut, daß wir uns alle einig sind, daß wir die Zunahme der Nettokreditverschuldung weiter nach unten drücken müssen und daß wir irgendwann zu dem Ziel kommen müssen, keine Nettoneuverschuldung mehr zu haben. Das ist die Aufgabe, vor die alle hier in diesem Hause gestellt sind, gleichgültig, wo sie politisch stehen.

Nun sind einzelne Punkte genannt worden, was alles gemacht werden solle und was falsch sei. Ich möchte ein paar herausgreifen.

Wenn gesagt wird, daß die Personalkosten zu hoch seien, kann ich dazu nur sagen, daß das stimmt. Das bestreitet niemand, insbesondere bestreitet dies der Finanzminister nicht. Aber wahr ist auch, daß alle Parteien und alle Fraktionen dieses Hauses in den siebziger Jahren die Personalvermehrung insbesondere im Hochschulbereich und im Schulbereich und später im Polizeibereich begrüßt und gefordert haben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wir nicht!)

Deshalb ist es falsch, sich jetzt, wo die Pensionslasten vor der Tür stehen, davonstehlen zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das insbesondere, Herr Kuhn, auch zu denjenigen, die immer noch weitere Personalvermehrungen fordern und sagen, in diesem und jenem Bereich müsse noch mehr getan werden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Betriebsprüfer zum Beispiel!)

Es gibt noch etwas, was nicht geht: Es geht nicht, daß Sie über die Pensionslasten diskutieren und Zukunftsoffensiven machen wollen, aber gleichzeitig Schulden tilgen wollen; denn das, was Sie einnehmen, können Sie nur einmal ausgeben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da ist etwas dran!)

Sie können es nur einmal verwenden, nämlich für dieses oder für jenes. Ich habe schon letztes Mal gesagt: Es wird die politische Diskussion in der Mitte der Legislaturperiode sein, was hier zu geschehen hat.

Bei den Pensionen ist es jetzt immerhin so, daß die Bundesregierung mit dem neuen Dienstrecht einiges auf den Weg gebracht hat und noch in diesem Jahr die Umsetzung des Versorgungsberichts kommen wird, in dem gerade zu den Pensionen einiges ausgeführt wird.

Ich will noch einen Punkt herausgreifen, der immer wieder angesprochen wird, nämlich die Schülerbeförderung. Meine Damen und Herren, das ist genau der Punkt, an dem man nachweisen kann, wie wir uns übernommen haben. Ich habe schon einmal gesagt: Die Zuschüsse zur Schülerbeförderung sind im Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsplan II eingeführt worden. Es ging darum, daß die Hauptschulen und die Grundschulen zusammengefaßt worden sind und man von der einklassigen Schule zu einem gegliederten Schulwesen mit Jahrgangsklassen kam. Damals beliefen sich die Kosten auf 7 Millionen DM. Diese Kosten sind vom Land übernommen worden. Inzwischen sind es 430 Millionen DM geworden, weil man alles hineingenommen hat, auch die Schüler, die jetzt kürzere Entfernungen zu den Schulen haben. Sowohl die Realschulen als auch die Gymnasien sind näher zu den Schülern ge-

(Minister Mayer-Vorfelder)

kommen. Man hat aber auch die Kosten für diese Schüler übernommen. Es sind jetzt 430 Millionen DM geworden.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Man hat beschlossen, diesen Betrag um 100 Millionen DM herunterzufahren. Man kommt dadurch aber nicht zu den Horrorzahlen, die immer wieder genannt werden, sondern man kommt zu einer durchschnittlichen Belastung von etwa 50 DM im Monat – auch in Flächenkreisen – pro Schüler.

(Abg. Zeller SPD: Ist das nichts, oder wie?)

Nun ist es möglich, Härtefallregelungen zu treffen. Das ist alles Aufgabe der Kreise.

Aber ich persönlich sage hier: Dieses ist, wenn man den Bildungsanspruch für sein Kind erhebt, auch vertretbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Maurer, Sie bewegen sich immer noch in einem Bereich, wo Sie sagen, man müsse sparen, aber nicht sagen, wo. Das, was Sie sagen – das habe ich Ihnen schon x-mal gesagt –, ist nicht machbar.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen, Herr Maurer.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Der hat doch heute gar nicht geschwätzt! – Abg. Dr. Repnik CDU: Der hat doch nichts mehr zu sagen! – Zuruf von der CDU: Der hat schon oft genug gesprochen!)

Nehmen Sie unser Bildungssystem. Herr Brechtken hat gesagt, es seien Barrieren aufgerichtet worden. Herr Brechtken, wissen Sie, was eine Barriere ist? Über eine Barriere kommen Sie nicht hinüber. Dann ist es eine Barriere. Aber über das, was hier aufgebaut ist, um in Ihrem Bild zu bleiben, komme ich doch mit einem kleinen Hupferle hinüber, wenn ich es nur will.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Sie schon!)

– Ja, gut, Sie machen auch nicht jedes Jahr das Sportabzeichen. Ich mache es.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Heiterkeit – Lebhaftige Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Bebbler: So kann man die kleinen Leute verarschen!)

Ich will es noch einmal sagen: Wir müssen, wenn wir sparen wollen – jetzt hören Sie her! –, ein Stück Belastung an die Bevölkerung zurückgeben. Das ist völlig klar. Überlegen Sie sich aber einmal, in welcher Art und Weise meine Generation ihre Bildungschancen wahrnehmen mußte, unter welchen Voraussetzungen!

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Gemessen daran, muß ich sagen, geht es der jetzigen Generation exzellent und ausgezeichnet.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Republikaner – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Zeller – Abg. Weimer SPD: Sie sind jetzt 100 Jahre zurückgegangen!)

– Es ist ja gut, daß Sie eine andere Meinung haben. Das bleibt doch das Geschäft. Manchmal habe ich nur befürchtet, daß Sie bald gar nicht mehr da sind. So geht es bei Ihren Auffassungen mit Ihnen abwärts.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal sagen: Wenn wir zu der Grunderkenntnis kommen, daß sich alle Ebenen übernommen haben, dann muß die andere Grunderkenntnis sein, daß wir Leistungen zurückfahren müssen. Wenn diese Grunderkenntnis stimmt, daß wir Leistungen zurückfahren müssen, dann trifft das natürlich auch den einzelnen Bürger. Das ist doch die Logik. Dabei stellt sich nur die Frage: Ist das, was jetzt gemacht wird, überproportional, ist das nicht mehr erträglich?

Deshalb meine ich schon: Wenn wir hin und wieder sagen, wir müßten uns auch ein Stück auf die Tugenden der Generationen vor uns zurückbesinnen, dann heißt das auch, ein Stück Belastung tragen können und zu tragen bereit sein und vielleicht einmal auf einen Tag Urlaub oder auf acht Tage Urlaub verzichten. Das heißt das.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

An dieser Wahrheit – das ist der Eindruck der Diskussionsrunde, die ich gehabt habe –, an diesem Fakt möchte sich jeder vorbeimogeln, aber er kann sich nicht vorbeimogeln, wenn er in diesen Fragen Ernst machen will.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe schon in der letzten Diskussion gesagt: Die Zeiten werden nicht einfacher. Ich habe heute die ersten Zahlen für den Steuereingang des Monats Januar bekommen. Es wird eine Katastrophe werden,

(Abg. Wieser CDU: Wieder!)

sowohl im Umsatzsteuerbereich wie im Körperschaftsteuer- und im Einkommensteuerbereich.

Deshalb sage ich noch einmal: Herr Rapp, Sie sagen, wir sollten da und dort etwas ändern und dann sei der Katze gestreut. Nein, der Katze ist nicht gestreut! So werden die Anforderungen und die Herausforderungen für uns in den nächsten Monaten und Jahren noch größer werden.

Die Steuerreform und die Rentenreform sind angesprochen worden. Ich habe schon beim letzten Mal gesagt: Es hat keinen Wert, eine Steuerreform in 5 Minuten abhandeln zu wollen, sondern der Landtag soll einmal rite et recte diese Frage diskutieren. Dann werden auch bestimmte Punkte, Herr Brechtken, richtig eingeordnet und nicht einfach in der Sozialneidkampagne herausgezogen und als Kernpunkt hingestellt.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Das ist doch nicht wahr.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Traurig!)

– Ja, ich komme nachher noch darauf.

Diese Steuerreform wurde auf den Weg gebracht, um gewisse Voraussetzungen, die bislang gegeben waren, zu ändern oder zu beseitigen.

Man hat erstens gesagt, die Steuerlast sei zu hoch. Das bestreitet niemand. Die Steuerlast ist nicht nur für die Unternehmen zu hoch, sondern auch für die Bürger.

Zweitens wurde gesagt – Herr Brechtken, da beziehe ich mich ausdrücklich auf Herrn Voscherau, der das immer wieder gesagt hat –, daß es dieses Steuerrecht Millionären ermögliche, an der Steuer vorbeizukommen. Er hat immer von 200 Millionären gesprochen. Ich habe ihn einmal gebeten, er solle mir die 200 nennen.

(Abg. Weimer SPD: 2 000 hat er gesagt! – Abg. Brechtken SPD: 2 000!)

Das konnte er natürlich nicht.

Das zweite war also die Absicht, Steuerschlupflöcher zu schließen, Steuersparmodelle zu beseitigen, die nur für die Reichen oder die sogenannten Reichen in Betracht kommen konnten, für den Mittelverdiener aber überhaupt nicht.

(Abg. Brechtken SPD: Richtig! Sehr gut! Da sind wir uns völlig einig! Abhaken!)

Es hat drittens geheißen, man müsse die Lenkungsmaßnahmen herausnehmen, weil es unsinnig ist, über Steuersparmodelle Geld irgendwohin zu lenken, wo man es haben will, aber im Grunde genommen ohne punktgenaue Schärfe. All das war so, einverstanden.

(Abg. Bebbler SPD: Warum macht ihr es nicht?)

Jetzt schauen Sie sich an, was man gemacht hat. Man hat die Steuerlast erheblich gesenkt, den Spitzensteuersatz auf 39 % und den Eingangssteuersatz auf 15 %. Mit einem Eingangssteuersatz von 15 % – überlegen Sie sich das einmal – wird der Anreiz gegeben, überhaupt wieder arbeiten zu gehen,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

weil der Steuersatz so niedrig ist. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Bis jetzt war alles richtig!)

Wenn Sie den Steuersatz für Unternehmensgewinne auf 35 bzw. auf 25 % senken, wird das dazu führen, daß Arbeitsplätze geschaffen werden können. Es wird ein Wirtschaftswachstum kommen. Wenn es trotz dieser Steuersenkung nicht mehr kommt, sind die staatlichen Mittel erschöpft. Das ist es.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, an Einzelpunkten herumzureden ist deshalb der jämmerliche Versuch, einen großen Wurf kaputtreden zu wollen. Das ist es.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Fehlt nur noch Majestätsbeleidigung!)

Das Allerbescheidenste ist es, wenn sich jetzt da oder dort einer aus der Wirtschaft erhebt und fragt, ob er überhaupt noch etwas davon habe, wenn man ihm die Abschreibungsmöglichkeiten wegnehme. Da sage ich: Wir haben gut gehandelt, wenn es so ist.

(Abg. Drexler SPD: Was? Was?)

Wenn es so ist, haben wir gut gehandelt. Denn die Wirtschaft wird selbstverständlich etwas davon haben.

Jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Kuhn. Wenn wir nicht mehr daran glauben, daß sich durch Veränderungen der Rahmenbedingungen in der Wirtschaft etwas ändert, brauchen wir im Endergebnis nichts mehr zu tun.

(Abg. Oettinger CDU: Genau so ist es!)

Ich persönlich glaube, daß sich die Wachstumskräfte innerhalb der Wirtschaft beleben werden, wenn wir die Rahmenbedingungen ändern. Es gibt im Grunde genommen nur zwei Bereiche: Der eine ist die Steuer, und der andere

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und die Lohnnebenkosten!)

sind die Lohnnebenkosten.

Bei den Lohnnebenkosten geht die Rechnung natürlich dann nicht auf, wenn Sie nur einen Verschiebebahnhof auf die öffentlichen Haushalte machen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wie soll man das denn hinbekommen? Herr Waigel hat für das nächste Jahr ein Loch von 70 Milliarden DM.

(Abg. Weimer SPD: Schon wieder?)

Jetzt wollen Sie noch einen großen Verschiebebahnhof machen. Da soll mir mal einer erklären, wie das geht. Dann sind Sie natürlich bei der Gegenfinanzierung.

Jetzt dazu ein Wort. Zunächst die Entlastung: Sie beträgt über 80 Milliarden DM. Es wird in einer Größenordnung von etwa 40 Milliarden DM gegenfinanziert. Es bleiben rund 45 Milliarden DM übrig. Was können nun – das ist die politische Entscheidung – in dieser Situation die öffentlichen Haushalte verkraften?

Nun können Sie natürlich – so, wie das in den Beiträgen anklang – sofort die Waffen strecken und sagen: Das können wir alles gar nicht verkraften; wir gehen wieder in die Verschuldung. Herr Kuhn, das ist zuwenig intelligent. Da bin ich von Ihnen anderes gewöhnt.

(Abg. Wieser CDU: Oi!)

Ich bin es nicht von Ihnen gewöhnt, daß Sie da sofort die Waffen strecken und sagen, das gehe nicht mehr, die mittelfristige Finanzplanung sei in dem Augenblick Makulatur, in dem eine zusätzliche Belastung in Höhe von 1,5 Milliarden DM auf das Land zukomme.

(Minister Mayer-Vorfelder)

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Logisch! –
Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Genau darüber lassen Sie uns reden, wenn es soweit ist. Dann wollen wir sehen, was wir packen können und was wir nicht packen können. Ich persönlich bin der Meinung – – Insofern wird der Ministerpräsident völlig falsch angegriffen. Der Ministerpräsident hat sich zu einem Zeitpunkt gegen eine Mehrwertsteuererhöhung gewandt, als überhaupt noch nicht feststand, wie hoch die Entlastung sein wird. Das ist doch klar.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die
Grünen)

– Herr Kuhn und Herr Maurer,

(Abg. Weimer SPD: Das hat allmählich Methode!
– Unruhe)

ich spreche jetzt das neue Traumpaar an: Kuhn und Maurer.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Haasis CDU: Der Kuhn guckt schon so! – Abg.
Wieser CDU: Der sieht aber nicht glücklich aus! –
Abg. Dr. Repnik CDU: Der ist aber nicht glücklich!
– Gegenruf des Abg. Maurer SPD: Repnik,
jetzt feiere doch einmal Hochzeitstag! – Unruhe)

Lassen Sie mich das jetzt noch einmal sagen. Was ist von Ihnen alles gesagt worden, als die Koalition, insbesondere die CDU/CSU und die FDP, sich aufgemacht hat und gesagt hat: Wir machen eine Steuerreform. Wenn Sie ehrlich sind, hätten Sie dieser Koalition nie zugetraut, daß eine Steuerreform herauskommt, bei der auf jeden Fall eine Nettoentlastung von 45 Milliarden DM bleibt. Das hätten Sie ihr nicht zugetraut.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ja wohl etwas!)

Bei 45 Milliarden DM werden Sie überlegen müssen, ob Sie das verkraften oder ob Sie mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt gegenfinanzieren müssen.

(Abg. Birzele SPD: Also Sie halten eine Mehrwertsteuererhöhung für möglich?)

Ich sage Ihnen noch einmal: Ich persönlich bin zehnmal mehr für eine Mehrwertsteuererhöhung zur Gegenfinanzierung einer gewaltigen Steuerentlastung als für eine Mehrwertsteuererhöhung zur Gegenfinanzierung einer Rentenreform.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha! – Zuruf
des Abg. Maurer SPD)

Da bin ich dagegen.

(Zurufe)

– Hören Sie her. Ich bin nicht in einer Kaderpartei. Ich habe nicht strammzustehen, sondern ich habe meine Meinung als Finanzminister, und die sage ich Ihnen hier.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, u. a.
Abg. Birzele: Und was ist Meinung der Regierung?)

Ich rede nicht über die Rentenreform. Das ist nicht mein Metier. Da bin ich nicht Experte und maße mir auch nicht an, Experte zu sein. Ich habe manchmal den Eindruck, daß es sich hier um so lockerer redet, je weniger man Experte ist.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Deshalb will ich nicht so locker über die Rente reden. Das sollen die Experten unter sich ausmachen.

Ich sage nur: Ich wende mich gegen Verschiebeparkplätze zu Lasten der öffentlichen Haushalte, weil sie das Problem nicht lösen. Dagegen wehre ich mich. Wenn man etwas mit Familienkassen und dergleichen mehr machen will – das ist meine persönliche Meinung; die habe ich immer vertreten –, dann soll man doch einmal überlegen, ob unser Rentensystem, bei dem derjenige, der keine Kinder hat, genauso bedient wird wie diejenigen, die Kinder haben, gerecht ist. Es gibt Familien, die vier Kinder haben. Es gibt Familien, die vier Kinder haben und bei denen die Frau nicht arbeiten geht. Hinterher erhalten die e i n e Rente, aber die vier Kinder haben dafür zu sorgen, daß auch die Renten der Kinderlosen finanziert werden. Das sollte man sich einmal überlegen, wenn man über Familienkassen nachdenkt. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Wir können über die Steuerreform – –

(Lebhafte Zurufe – Unruhe)

– Wenn man Ihnen die Wahrheiten sagt, dann schreien Sie immer auf.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die
Grünen – Unruhe)

Ich will Ihnen noch einmal sagen: Wir werden noch miteinander über die Steuerreform zu diskutieren haben. Dann werden wir das alles noch einmal im Zusammenhang darstellen. Herr Brechtken, wenn Sie diese Steuerreform an der Frage der Sonn- und Feiertagszuschläge festmachen, dann müssen Sie sich doch einmal überlegen, was die Entstehungsgeschichte dafür war. Bei der Vollbeschäftigung in den fünfziger Jahren wollte niemand mehr schichten oder nachts arbeiten.

(Abg. Bloemecke CDU: Das will heute auch keiner mehr!)

– Ein paar Bäcker noch, Herr Bloemecke, ja. – Im übrigen bekommt ja der Selbständige diese Befreiung nicht. Das muß man sich auch einmal überlegen. Wo hat der freie Selbständige, der Freiberufler eine Steuerentlastung, wenn er nachts arbeitet? Er hat keine.

(Abg. Wieser CDU: Und der Politiker? Der Politiker hat auch keine! – Heiterkeit bei der CDU)

– Herr Wieser, da denkt das Volk manchmal, es wäre besser, er arbeitete nicht nachts.

(Minister Mayer-Vorfelder)

(Abg. Wieser CDU: Das gilt für alle, Herr Minister!)

Aber gut. Er hat das nicht.

Nun hat man da mit einer Steuerbefreiung einen Anreiz gegeben. Wo gibt es von der Steuersystematik her eine innere Rechtfertigung dafür, daß gewisse Dinge in dieser Art und Weise von der Steuer freigestellt werden? Das müssen Sie sich einmal überlegen.

(Abg. Brechtken SPD: Bei der Vermögensteuer auf Privatvermögen haben Sie ganz anders argumentiert!)

Sonst rufen Sie pausenlos nach den Tarifvertragsparteien. Das ist eine Sache, die die Tarifvertragsparteien auszuhandeln haben, aber nicht eine, die in das Steuerrecht gehört. Das ist die innere Logik, von der Sie ausgehen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Brechtken, ich verfolge, weil ich in dieser Kommission war, mit großem Interesse all das, was jetzt gesagt wird. Ich finde es gut, daß die SPD und die Koalition jetzt aufeinander zugehen, um zu schauen, was sie gemeinsam hinkriegen. Wir haben im Bundesrat eine andere Mehrheit.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist richtig!)

Wenn man etwas hinkriegen will, muß man eben bereit sein, Kompromisse zu schließen. Aber das, was Herr Lafontaine derzeit von sich gibt,

(Abg. Drexler SPD: Ist gut!)

das kann ich mir nicht vorstellen. Wie er das hinbringen will –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Hervorragend ist das!)

– Ich wende mich an die, die etwas davon verstehen.

(Abg. Brinkmann SPD: Gibt es da außer Ihnen noch jemand?)

Wie will er das hinbringen? Er sagt, bei 90 000/180 000 DM sei zuwenig entlastet, müsse stärker entlastet werden. Aber der Spitzensteuersatz darf nicht gesenkt werden. Bei einem linear-progressiven Tarif steigt die Kurve so steil an, daß die mit 90 000/180 000 DM zusätzlich belastet werden, sonst kommt man nicht auf 53 %. Aber das ist eine Frage der Logik, genauso wie bei den Start- und Landegebühren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Weimer SPD: Oh!)

Deshalb bitte ich, zur Logik zurückzukehren.

(Abg. Brinkmann SPD: Die haben Sie gepachtet! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Gott sei Dank sind Sie kein Softie!)

Damit bin ich bei einem anderen Punkt, der mich beschäftigt. Ich habe das schon in der letzten Diskussion angespro-

chen. Nein, ich sage es erst nachher. Gerade finde ich noch etwas, zu dem ich auch noch etwas sagen will.

Wo ist denn Herr Kiel? Er ist gar nicht da.

(Abg. Weimer SPD: Der ist im Rathaus! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Der hat sich erschöpft!)

Mit dem wollte ich mich auseinandersetzen, was die Lektüre von Protokollen anlangt.

Herr Kiel war natürlich bei den Besprechungen, die der Ministerpräsident in der Zeit der großen Koalition mit den kommunalen Landesverbänden geführt hat – da war Herr Birzele dabei, ich war dabei –,

(Zurufe von der SPD: Der Kiel nicht! – Abg. Brechtken SPD: Der behauptet aber immer, er sei überall dabei!)

nicht dabei. Deshalb kann ihm leicht ein Interpretationsfehler unterlaufen.

(Abg. Kurz CDU: Herr Kiel kommt gleich!)

Es ist damals klar gesagt worden: Bis 1994 machen wir einen Pauschalbetrag von 400 Millionen DM, den wir den Kommunen zurückgeben. Das ist im Haushalt 1997 vollzogen und in der mittelfristigen Finanzplanung für 1998 und 1999 wie abgesprochen eingeplant.

Es wurde dann gesagt – das ist im Protokoll ganz klar nachzulesen –: Die Jahre 1995 und 1996 werden in diesem Fall spitz gerechnet, damit man die Größenordnung hat, nicht damit man sie bezahlt.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD – Abg. Birzele SPD: Aber nein!)

– Soll ich es Ihnen vorlesen? Ich kann es Ihnen vorlesen.

(Abg. Bloemecke CDU: Sinnlos!)

Lieber nicht. Sonst artet das noch aus in eine Überprüfung, ob ich lesen kann.

(Abg. Birzele SPD: Rechnen Sie mit einer Überprüfung ohne Folgen?)

Da steht ausdrücklich drin, das sei in eine Gesamtbetrachtung einzubeziehen,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aha!)

in welcher Art und Weise die kommunalen Finanzen sich entwickelt hätten. Die kommunalen Finanzen haben nämlich zwischenzeitlich eine Fülle von entlastenden Faktoren. Ich nenne nur einen, den größten, die Pflegeversicherung, wo man sich nur darüber streitet, ob die Entlastung für die Kommunen und für die Träger 700, 800 oder 900 Millionen DM war. Dies wird in eine Gesamtbetrachtung einbezogen. Bei Bund und Ländern heißt es Deckungsquote, hier heißt es kommunale Leistungsfähigkeit. Da wird dies ein Faktor sein, der in die Gesamtbetrachtung einbezogen wird.

(Minister Mayer-Vorfelder)

Darüber hinaus gibt es weitere Entlastungen. Ich sage nur: Alles, was gemacht wird, wird als selbstverständlich angenommen. Wenn ein Sonderprogramm zum Schulhausbau über 500 Millionen DM gemacht wird, ist das doch eine gewaltige Entlastung für die Kommunen, weil sie sonst drei oder vier Jahre hätten warten müssen, bis sie die gleichen Beträge bekommen hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich sage das, damit alles wieder in die normale Dimension gerückt wird.

Natürlich – das habe ich beim letzten Mal schon ausführlich dargelegt – haben sich die Kommunen geärgert. Ich weiß aber nicht, ob es die Art Kommunikation ist, die wir uns vorstellen, daß sie dann gleich ein Rundschreiben an alle Gemeinderäte, Gemeindeväter und Bürgermeister geschickt haben, in dem es heißt:

Wenn Sie protestieren wollen, kann dies besonders wirkungsvoll per Telefax gehen an Büro Ministerpräsident, Faxnummer . . . , Büro Minister Mayer-Vorfelder, Faxnummer . . . , Büro Fraktionsvorsitzender Oettinger, Faxnummer . . . , Büro Fraktionsvorsitzender FDP/DVP, Faxnummer . . .

(Abg. Brechtken SPD: Multimedia ist das!)

Ich habe mit Bürgermeister Brucker gesprochen. Wir sind so verblieben – das ist mit dem Ministerpräsidenten abgestimmt –, daß nun auf der Ebene des Finanzministers und der Präsidenten die Zahlen abgestimmt werden, damit man unstrittiges Zahlenmaterial hat, wenn man zum Ministerpräsidenten geht – er hat zu diesem Gespräch bereits eingeladen –, um dann einen Abgleich zwischen der kommunalen und der staatlichen Seite zu finden.

Ich wiederhole aber das, was ich vorhin gesagt habe: Wenn wir in weitere Sparrunden gehen, werden auch die Kommunen einbezogen werden müssen, und zwar in der Relation, in der die Kommunen Anteile am Staatshaushalt haben. Das ist immer eine Größenordnung von über 10 Milliarden DM. Daß man bei Sparmaßnahmen an diesen 10 Milliarden DM nicht vorbeikommt, ist klar. Wir wollen uns nur bemühen, das Verfahren etwas zu ändern. Aber dazu habe ich auch schon einiges angesprochen.

Lassen Sie mich am Schluß im Zusammenhang mit dem Jahressteuergesetz, das uns beschäftigen wird, noch eines sagen. Zwischenzeitlich habe ich mir die Termine geben lassen, auch die der Steuerschätzung. Es ist leider wahr: Wenn sich der Landtag nicht noch einmal überlegt, wie man die Termine anders legen kann, werden wir in die gleiche Situation wie im Jahr 1996/97 kommen. Uns ist mitgeteilt worden, daß die Steuerschätzung am 10./11. November 1997 erfolgen wird. Am 5. November wird der Haushalt eingebracht, und am 12. November findet die Aussprache statt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schöne Aussichten! – Abg. Weimer SPD: Und dann noch Steuerreform! Dann wird es schwierig!)

Das ist das Tuffengleiche. So, wie es aussieht, wird das Jahressteuergesetz, wenn es denn kommt, schon für 1998 anvisiert. Das ist ein Punkt, der vor allem steuerpraktische Fragen auslöst, ob die Finanzverwaltung überhaupt in der Lage ist, ein solches Gesetz innerhalb von zwei Wochen umzusetzen. Dahinter mache ich aus Erfahrung ein großes Fragezeichen. Aber da die Politik darauf oft keine Rücksicht nimmt, wird dieses Gesetz aller Voraussicht nach auch im September/Oktober kommen, so daß du die Aufstellung des Haushalts voll mit Basisdaten, die anschließend vielleicht keine Bedeutung mehr haben, durchgezogen hast.

Deshalb muß ich wiederholen, was ich das letzte Mal gesagt habe: Ich kann nicht ausschließen, daß die Beratung und die Verabschiedung des Haushalts wieder unter ähnlichen Vorzeichen stehen werden wie in diesem Jahr. Ich sage das schon heute, damit die Vorwürfe, die gegenüber dem Verfahren in diesem Jahr erhoben wurden, nicht wiederholt werden können. Denn es handelt sich um Fakten, auf die wir relativ wenig Einfluß haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir nun den Haushalt verabschieden, sollten wir bei aller Diskussion, allem Streit, aller Auseinandersetzung nicht vergessen – ich betone das auch und gerade in Richtung SPD –, daß vieles von dem, was wir jetzt hinsichtlich der Konsolidierung des Haushalts wieder etwas voranbringen, von der großen Koalition auf den Weg gebracht worden ist und nun von einer anderen Koalition, einer Koalition mit der FDP/DVP, fortgesetzt wird. Das ist mühsam. Wir sollten aber nicht vergessen: Wir können auch etwas stolz darauf sein, daß wir den Mut haben, dies in einer Welt zu tun, die nicht einfacher wird, und in einer Gesellschaft, die allgemein immer dafür ist, aber im Speziellen mit großem Engagement und Unterstützung durch politische Kräfte dagegen ist. Lassen Sie uns deshalb ruhig etwas Stolz empfinden, daß wir diesen Weg gemeinsam gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Oettinger CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich selbst acht Jahre lang Vorsitzender einer Oppositionsfraktion war, habe ich Verständnis für den Auftritt von Herrn Kuhn heute morgen. Er hat das gemacht, was man als Opposition tut, nämlich gesagt: Die Regierung ist schlecht; am schlechtesten ist der Döring; weg mit ihm! – Ein Mindestmaß an intellektueller Redlichkeit hätte ich allerdings gerade von Ihnen schon erwartet, Herr Kuhn.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ein Mindestmaß an intellektueller Redlichkeit!

Wenn Sie eine ganze Latte abfragen oder abzufragen versuchen, tun Sie das natürlich gar nicht im Ernst, sondern Sie stellen Behauptungen in den Raum, die durch die Bank falsch sind, und Sie stellen selbstverständlich auch keine sinnvollen und brauchbaren Alternativkonzepte in den Raum, sondern Sie holzen durch die Lande.

(Minister Dr. Döring)

Ich will Ihnen das der Reihe nach noch einmal sagen. Ein bißchen verwundert bin ich vor allem deshalb, weil wir hier in der Debatte, als der Wirtschaftshaushalt dran war, die allermeisten Punkte, die Sie angeführt haben, in aller Klarheit, mit Zahlen belegt, angesprochen haben, beginnend bei der Mittelstandsförderung, die von 1992 bis 1996 um 50 % gekürzt wurde und jetzt um nahezu 20 % erhöht wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kein Wort war zu hören!
– Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Von Ihrer Seite kam überhaupt nichts. Also schon mal ein Rückzug bei der Mittelstandsförderung; Sie müssen einräumen, daß Sie da schieflogen. Die Hauptsache ist, Sie haben eine Attacke geritten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: CI-Programm gestrichen! – Abg. Pfister FDP/DVP: Er war nicht da!)

– Über das CI-Programm haben wir uns breit und ausführlich unterhalten. Wir sind, wie ich meine, mit den anderen Fraktionen – auf Sie wird man da nicht rechnen können – auf gutem Weg. Ich bin mir sicher, daß wir mit CDU und FDP/DVP hier ein Programm hinbekommen, das das CI-Programm a) sichert und b) langfristig garantiert. Das ist mit dem, was Sie hier in die Lande stellen, überhaupt nicht möglich. Deswegen sollten Sie als erster hierzu stillschweigen, weil Sie gar nichts dazu aufbringen – gar nichts! –,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

um irgend etwas an dieser Stelle voranzubringen. Können Sie mir, Herr Kuhn, weil Sie ja Ihren allergrößten Gegenfinanzierungsvorschlag bei all den Luftbuchungen, die Sie da in die Landschaft hineinstellen, im Ökopfennig sehen, ein Bundesland nennen, in dem der Ökopfennig erhoben wird? Können Sie mir nur ein einziges rot oder rotgrün regiertes Bundesland nennen, in dem dieser Ökopfennig erhoben wird? Genau das ist die Unredlichkeit, Herr Kuhn.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Sie stehen hier hin, machen Ihre gesamten Haushaltsanträge, aber die Gegenbuchung, den Ökopfennig, gibt es aus gutem Grund auch in rotgrün regierten Ländern nicht, und dann sagen Sie: Wir hätten hier natürlich viel mehr gemacht, und diese Versager und vor allem der Versager hier müssen sich das jetzt vorwerfen lassen. – Absolute Luftbuchungen! Nirgends gibt es das Konzept; nirgends wird es in den von Ihnen regierten Ländern umgesetzt. Machen Sie daher hier nicht so dicke Backen in diese Richtung, sondern gestehen Sie ein, daß das, was Sie hier anbieten wollen, untauglich auf der breiten Linie ist, Herr Kuhn.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

– Nein!

Präsident Straub: Herr Dr. Döring, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ich habe Herrn Kuhn heute morgen auch nicht gestört; er möge mich daher jetzt auch nicht stören.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben aber gerade eine Frage gestellt!)

Ich gehe bei den Konzepten, die Sie angemahnt und bei denen Sie gefragt haben, wo sie eigentlich sind, der Reihe nach vor.

Herr Kuhn, Sie haben gefragt: Was schafft der eigentlich? Also, wenn ich Sie immer so ausgeschlafen hier herumhängen sehe, dann ist es aus meiner Sicht eine ganz besondere Unverschämtheit, wenn Sie mich danach fragen: Was schafft der eigentlich?

(Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Gehen wir der Reihe nach vor:

Messekonzept: Das Messekonzept liegt vor. Am 17. Februar im Kabinett.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ein Jahr verpennt!)

Wir gehen den Weg, den wir abgesprochen haben. Haben Sie Verständnis dafür, daß wir den Weg einhalten, der der richtige Weg ist, den man als Regierungsmitglied geht. Das Messekonzept liegt vor. Auch beim Messekonzept müssen Sie sich einmal eines anhören: An jeder einzelnen Stelle, an der es um die Errichtung oder die Erweiterung einer Messe geht, stehen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen und schreien, was das für eine Sauerei sei, daß hier wieder eine Messe errichtet werden solle. Hier aber kommen Sie her und schreien danach: Wo ist das Messekonzept?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist die intellektuelle Unredlichkeit, mit der Sie hier auftreten. Das Motto, nach dem Sie heute morgen verfahren sind, lautet: Je heftiger die Beleidigung, um so größer in der Zeitung. In der Sache haben Sie nichts, aber auch überhaupt nichts zur Debatte oder dazu beigetragen – was viel wichtiger gewesen wäre –, das Land in irgendeiner Weise voranzubringen. Es ging Ihnen lediglich darum, nach dem Motto: „Der Döring ist grad’ dran; auf ihn mit Gebrüll!“, hier nur irgend etwas hinzulegen. Sachlich null! Absolut nichts! Den Ökopfennig habe ich schon erwähnt gehabt.

Das Multimediakonzept liegt vor. Im Lenkungsausschuß wird es am 7. Februar 1997 sein. Auch hier wird der Weg, der in der Regierungskoalition vereinbart wurde, völlig korrekt eingehalten. Wir halten uns an diesen Weg, und genau so werden wir der Reihe nach die Themen abarbeiten, die zur Abarbeitung anstehen.

Ich brauche Sie als allerletzten dazu, um auf diesem Weg voranzuschreiten und die Politik des Wirtschaftsministers zu erledigen – Sie als letzten.

Zur Lehrstellensituation: Wir haben im vergangenen Jahr Lehrstellengespräche mit dem Ergebnis geführt, daß alle

(Minister Dr. Döring)

diejenigen, die einen Ausbildungsplatz suchten und ein Mindestmaß an Flexibilität mitbrachten, im Jahr 1996 eine Lehrstelle gefunden haben.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist einfach nicht wahr!
Das stimmt doch gar nicht!)

Das nächste Lehrstellengespräch ist terminiert. Wir warten nicht erst, bis es fünf vor zwölf ist, sondern wir führen diese Lehrstellengespräche in allernächster Zeit, um auch hierbei zu Ergebnissen zu kommen.

(Widerspruch bei der SPD)

Zum nächsten Punkt, den Sie angesprochen haben, zu den Strukturveränderungen. Sie haben diese Strukturveränderungen, Personalreduzierungen und die Verschlinkung der Verwaltung thematisiert. Das Wirtschaftsministerium ist als erstes Ministerium darangegangen und hat Abteilungen und Referate zusammengelegt und geschlossen, um bei der Verschlinkung der Verwaltung mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir handeln und reden nicht nur darüber, Herr Kuhn.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ihnen muß man es offensichtlich zweimal sagen, weil es einmal nicht reicht: Wir haben im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm die Niedrigenergiebauweise durchgesetzt.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Das war unser Antrag!)

Unsere Vorgänger haben das jahrelang nicht gemacht, wir haben es jetzt getan. Wir haben gehandelt.

– Herr Witzel, wenn Sie dann auch noch sagen, das sei Ihr Antrag, dann verstehe ich nicht, warum Sie sich hier hinstellen und sagen, es geschehe überhaupt nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Dann haben wir ja einen Teilantrag von Ihnen mit auf den Weg genommen, um auf diese Weise voranzukommen, und deswegen komme ich unter dem Strich zu folgendem Ergebnis:

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Seien Sie froh, daß ich keine Redezeit mehr habe!)

Diese Landesregierung, dieses Wirtschaftsministerium handeln und unterbreiten konkrete Vorschläge. Sie Ihrerseits kommen hierher, bringen Anträge ein, die unrealistisch sind, die Sie mit reinen Luftbuchungen gegenfinanzieren, die auf der ganzen Fläche untauglich sind.

Wir werden die Politik der Landesregierung fortsetzen, weil wir damit Erfolg haben werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Herr Dr. Döring, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Maurer?

(Zuruf von der CDU: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz zu den Ausführungen des Kollegen Mayer-Vorfelder. Er hat bezüglich der Mehrwertsteuer eine diametral andere Haltung als der Ministerpräsident eingenommen. Das will ich nur einmal feststellen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Ich will jetzt aber etwas ansprechen, was wir bereits am vergangenen Donnerstag behandelt haben. Ich habe gehört, daß sich der Herr Ministerpräsident vor der Debatte über die Vignette drücken will.

(Mißfallensäußerungen bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe gehört, daß der Herr Ministerpräsident nach der Abstimmung eine persönliche Erklärung abgeben wird und damit dem Parlament keine Chance gibt, mit ihm darüber zu diskutieren. Dies ist zwar trickreich, Herr Ministerpräsident, aber kein fairer und redlicher Umgang mit dem Parlament – das muß ich Ihnen schon sagen –,

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

vor allen Dingen, nachdem Herr Oettinger und Herr Pfister uns zugesagt haben, daß Sie auf unsere Fragen antworten würden.

Ich möchte Ihnen deshalb fünf Fragen stellen und hoffe, daß Sie auf diese Fragen nachher Rede und Antwort stehen und wir dazu auch Stellung nehmen können.

Erstens: Trifft die Aussage von Herrn Verkehrsminister Schaufler am 31. Januar 1997 während der Plenardebatte zu, daß zu Beginn Ihres Gesprächs mit der CDU-Landesgruppe im Bundestag beschlossen wurde – ich zitiere aus dem Protokoll –, „daß man über die Vignette an diesem Abend nicht spricht“?

Zweitens: Wie erklären Sie uns den Widerspruch zwischen dieser Aussage und der Aussage Ihres Regierungssprechers, der an der Sitzung in Bonn teilgenommen hatte und davon sprach, daß dort keinesfalls das Ruhen der Forderung nach einer Autobahnvignette beschlossen worden sei? „Teufel“ – so wird der Regierungssprecher zitiert – „habe vielmehr Argumente gegen die Vignette widerlegt und ihre Notwendigkeit unterstrichen.“

(Abg. Weimer SPD: Was gilt jetzt?)

Entweder stimmt die erste Aussage oder die zweite; entweder hat der Regierungssprecher die Unwahrheit gesagt oder Herr Schaufler dem Parlament die Unwahrheit aufgetischt.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Zuruf von der CDU – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

– Was? Wie war das?

(Unruhe)

(Drexler)

Drittens: Wie beurteilen Sie das Fazit, das der CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende verkehrspolitische Sprecher seiner Fraktion Georg Brunnhuber aus dieser Sitzung zog, daß die Einführung einer Vignette für ein paar Wochen oder auch Monate nicht mehr öffentlich verfolgt werden solle?

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Viertens: Wie beurteilen Sie den Umstand, daß drei Teilnehmer der Bonner Sitzung, darunter ein Bundesminister, unabhängig voneinander ein völlig anderes Ergebnis dieser Sitzung als Sie und Ihr Sprecher in der Öffentlichkeit verkündet haben?

Fünftens: Wie lautet genau der Arbeitsauftrag, den der baden-württembergische Verkehrsminister für die Einführung einer Vignette erhalten hat?

(Abg. Dr. Repnik CDU: Ist heute Fragestunde?)

– Nein, Sie haben das am Donnerstag zugesagt, und deswegen wurde der Herr Ministerpräsident nicht hierherzitiert.

(Beifall bei der SPD)

Wenn jemand die deutschen Autofahrer milliarden schwer belasten will, ohne daß die CDU-Landesgruppe in Bonn das überhaupt unterstützt – ich weiß ja nicht, ob Sie, die CDU-Landtagsfraktion, es unterstützen; die FDP/DVP sagt offensichtlich nein; ich höre immer, Baden-Württemberg und Bayern machten das gemeinsam –, dann möchte ich einmal wissen, wer hier Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der SPD)

Ist das Herr Teufel alleine, oder wer ist das? Ich glaube, Herr Teufel hat sich hier in einer weißblauen Weinseligkeit über den Tisch ziehen lassen – –

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Abg. Dr. Repnik CDU: Die Bayern trinken Bier!)

– Natürlich hat er seinem Spezi Stoiber zugesagt: „Das machen wir.“ Anders kann man es doch gar nicht verstehen. – Daß Sie noch hier sitzen, Herr Kollege Repnik, und nicht daheim bei Ihrer Frau sind, wundert mich eigentlich.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Meine Frau kommt hierher!)

– Ach, sie kommt hierher.

Nachdem schon Herr Kollege Kuhn zum Schluß einen Vers zum besten gegeben hat und wir Faschingszeit haben, will ich diese Episode zum Abschluß auch noch einmal würdigen:

(Abg. Dr. Repnik CDU: Ich glaube, bei Ihrer Fraktion ist immer Fasching!)

Der Edmund sagt zu Erwin: „Du, jetzt schlagen wir gemeinsam zu.“

(Abg. Dr. Repnik CDU: Narri, narro!)

Mit der Vignette, hoch die Tasse, hol'n wir Milliarden in die Kasse.“

Der Erwin, ein Naiver, Braver,
fällt herein auf das Palaver.
Doch eines Tags, nach Bonn enteilt,
ist es vorbei mit seinem Schneid.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Narri!)

Der Matthias und der Theo,
auch viele andre rufen: „Heho,
der Edmund hat dich schwer geleimt“.
Kein Wunder, daß der Erwin schäumt:
„Die bayrische Bagage
ist schuld an der Blamage.“

Narri, narro!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Weimer SPD: Was? – Große Unruhe bei der SPD)

Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse Zweiter Beratung, Drucksachen 12/980 und 12/981.

Wir stimmen zunächst über den

Staatshaushaltsplan 1997

ab. Hierzu ist die Drucksache 12/980 die Abstimmungsgrundlage. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wie in früheren Jahren in der Dritten Beratung nur noch die Einzelpläne im ganzen aufgerufen werden.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 01 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 02 ist bei Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 03 ist bei Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Straub)

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch diesem Einzelplan ist bei Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch hier ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch hier ist bei Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium Ländlicher Raum

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch diesem Einzelplan ist bei Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Sozialministerium

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt und Verkehr

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das

Staatshaushaltsgesetz 1997

Abstimmungsgrundlage ist die Drucksache 12/981. Kann ich die §§ 1 bis 13 gemeinsam aufrufen?

(Abg. Moser SPD und Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

– Nein.

Dann rufe ich auf

§ 1

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen zugestimmt.

§ 2

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

§ 3

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

§ 4

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

§ 5

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Straub)

§ 6

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

§ 7

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

§ 8

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

§ 9

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

§ 10

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen und Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

§ 11

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

§ 12

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

§ 13

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 14

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/994.

Zu diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/994, ist namentliche Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer dagegen ist, möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten will, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Ich darf die Schriftführerin, Abg. Dr. Inge Gräßle, bitten, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf um Ruhe bitten, damit man die Antworten hier vorn versteht, was sonst sehr schwierig ist.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich darf die Schriftführer bitten, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/994, bekannt:

An der Abstimmung haben sich 152 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 83 Abgeordnete;
14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Bebber, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Dr. Caroli, Drexler, Marianne Erdrich-Sommer, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Stephanie Günther, Hackl, Hausmann, Heiler, Dr. Hildebrandt, Jacobi, Junginger, Kielburger, Birgit Kipfer, Kretschmann, Kuhn, Lorenz, Maurer, Moser, Dr. Walter Müller, Nagel, Oelmayer, Pfeifle, Dr. Puchta, Renate Rastätter, Redling, Reinel, Annemie Renz, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Sabine Schlager, Schmiedel, Schöffler, Helga Solinger, Dr. Spöri, Stai-ger, Stolz, Teßmer, Renate Thon, Walter, Weimer, Wettstein, Wint-ruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Bloemecke, Dr. Carmina Brenner, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Glück, Göbel, Dr. Inge Gräßle, Haas, Haasis, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Ho-fer, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klun-zinger, Köberle, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Schmid, Schuh-macher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teufel, Tölg, Traub, von Trotha, Veigel, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Weiser, Wieser, Winckler, Zeiher, Zimmermann.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

Dagenbach, Deuschle, Eigenthaler, Hauser, Herbricht, Huchler, Käs, König, Krisch, Rapp, Dr. Schlierer, Schonath, Troll, Wilhelm.

*

Das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung erteile ich Herrn Abg. Krisch.

(Unmutsäußerungen bei der SPD)

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist der Meinung, daß die Zuschüsse zur Schülerbeförderung nicht gekürzt werden sollen. Wir haben deshalb in den Ausschüssen und in den Sitzungen

(Krisch)

der letzten Woche eigene Anträge eingebracht. Wir haben verlangt, die Zuschüsse zu der Schülerbeförderung nicht zu kürzen. In einer namentlichen Abstimmung war die SPD nicht in der Lage, unseren Antrag zu unterstützen.

(Unruhe)

Den danach folgenden SPD-Antrag haben wir mehrheitlich unterstützt. Das war das Ende der Sitzungen der letzten Woche.

Heute von der SPD den gleichen Antrag nochmals einzubringen, ist nach der Geschäftsordnung möglich. Das geschah deshalb auch. Sachlich, technisch und politisch ist die nochmalige Einbringung dieses Antrags lächerlich. Das ist ein Schaulaufen der SPD.

Das wäre noch kein Grund, den Antrag abzulehnen. Da der Antrag aber in der Finanzierung äußerst fragwürdig ist und sogar noch in der letzten Zeile im Schlußsatz der Begründung einen Rechenfehler enthält,

(Abg. Dr. Schlierer REP: Ich sage nur: Mengenlehre!)

ist dies, meine Damen und Herren, ein Beweis für das nicht mehr handlungsfähige Verhalten der SPD.

(Beifall bei den Republikanern)

Aus diesen Gründen haben wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen.

Wir setzen nun die Abstimmung über das Staatshaushaltsgesetz 1997 fort.

Ich rufe § 14 zur Abstimmung auf. Wer § 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Gegenstimmen ist § 14 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 15

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen und Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 16

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen und Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Februar 1997 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Staatshaushaltsgesetz 1997)“. – Sie stimmen dieser Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Gesetz ist mehrheitlich angenommen.

Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunkts 1.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf – –

(Abg. Drexler SPD meldet sich zu Wort.)

– Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Drexler das Wort.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Zweiter Vers! Noch ein Gedicht!)

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege Oettinger und Herr Kollege Pfister, Sie haben dem Parlament am vergangenen Donnerstag bezüglich der Autobahnvignette folgendes versprochen – ich zitiere –:

Und Sie haben die klare Zusage des Kollegen Oettinger – und dafür will ich mich auch verbürgen –, daß der Ministerpräsident am nächsten Mittwoch in der dritten Lesung hier Stellung nimmt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das Wort von Herrn Oettinger ist nicht viel wert!)

Herr Kollege Oettinger, auf die Einhaltung diese Zusage warten wir, auf die haben wir vorhin schon gewartet. Wir haben gedacht, sie komme jetzt. Wenn sie nicht kommt, können Sie offensichtlich Ihre Zusage gegenüber dem Parlament nicht mehr einhalten.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das ist Wortbruch! – Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Außer Teilwahrheiten und dummen Reimen hat der Kollege Drexler heute nichts zu bieten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Und sonst auch nichts! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Der hat Sie zitiert!)

Das Thema der Kraftfahrzeugbesteuerung, die Sicherung von dauerhaften Einnahmen zum Straßenbau und damit auch die Vignette sind ernsthafte Themen.

(Abg. Bebbler SPD: Die Frage ist, was Ihre Zusage wert ist!)

Die CDU und die Landesregierung stellen sich diesem Thema in diesem Gremium zu jeder Zeit.

(Oettinger)

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Mit Ihrer Zusage! – Abg. Bebber SPD: Was sind Ihre Zusagen wert? – Unruhe)

Deswegen ist dieses Thema auch wichtig, aber nicht auf diese miserable Tour zu behandeln.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebber SPD: Was sind Ihre Zusagen wert?)

Wir hatten in der letzten Woche am Mittwoch mehrere Stunden Gelegenheit

(Zuruf von der SPD)

– wenn dies das einzige Erfolgserlebnis sein soll, das Sie sich in diesem neuen Jahr gönnen können, tut es mir leid um Sie, meine Herren –, beim Einzelplan des Herrn Ministerpräsidenten – Staatsministerium – über die Landespolitik zu beraten. Dort hat das Thema für Sie keine entscheidende Rolle gespielt.

(Unruhe bei der SPD)

Sie haben seit Juni letzten Jahres gewußt, daß der Ministerpräsident für Donnerstag nachmittag und abend sowie für Freitag letzter Woche entschuldigt ist.

(Abg. Bebber SPD: Sie lenken ab!)

Deswegen war Ihr Versuch, den Ministerpräsidenten herbeizuzitieren, scheinheilig und abwegig.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebber SPD: Sie lenken ab!)

Wir haben Ihnen dies anhand des Protokolls nach der Sitzung am letzten Donnerstag abend auch nachweisen können.

(Abg. Bebber SPD: Sie lenken ab! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Vor was haben Sie denn Angst?)

Nachdem Erwin Teufel nicht dasein konnte, hat Herr Kollege Maurer, nachdem der Kollege Pfister und ich erklärt haben, Erwin Teufel stehe jederzeit Rede und Antwort, gesagt, er wolle ersatzweise den Verkehrsminister befragen.

Der Verkehrsminister hat für die Landesregierung umfassend Antwort gegeben, und der Kollege Maurer hat gesagt, diese Antwort befriedige ihn nicht, aber er müsse dies so akzeptieren. Trotzdem hätte man heute überlegen können, das Thema sachlich aufzuwerfen. Allein, mit Ihren Narreteien wollen wir nichts zu tun haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Dümmliche Schüttelreime und inquisitorische Fragen sind dieses Hauses nicht würdig

(Lachen bei der SPD)

und werden deswegen mit Nichtantwort belohnt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe – Abg. Nagel SPD: Bei Aldi gibt es wenigstens noch Qualität!)

– Herr Nagel. – Ich kann ja vieles verstehen, Herr Oettinger; aber wenn man in der letzten Woche sagt: „Ich verbürge mich, daß Herr Teufel dazu eine Auskunft gibt“ – Herr Pfister war das –,

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

meine ich, daß man wirklich eine dicke Lippe riskiert, wenn man das jetzt so wegtut, wie Sie das tun.

(Abg. Fleischer CDU: Weil es anders gelaufen ist!)

Jetzt nehmen Sie einen Vers als Begründung dafür, daß der Ministerpräsident nicht auf Verse oder so einen Zirkus antwortete.

(Abg. Haasis CDU: Das ist doch ein Zirkus! Alaaf ist morgen abend, nicht heute mittag!)

Es gibt doch eine einfache politische Debatte. Die politische Debatte heißt: Sie werfen Teilen des Hauses immer vor, sie wollten Abgaben erhöhen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Aber hier und heute ist keine Fasnet!)

Nun trifft es sich, daß der Ministerpräsident gemeinsam mit dem bayerischen Ministerpräsidenten eine Erhöhung vorgeschlagen hat, dann bei der CDU irgendwie nicht weiterkam, in Widersprüche verwickelt wurde und sich jetzt nicht so richtig dazu äußern will.

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

Herr Teufel, haben Sie denn so viel Angst vor diesem Haus, daß Sie jetzt einfach einmal – –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hans-Michael Bender: Merken Sie, wie der Herr Ministerpräsident vor Ihnen zittert? – Unruhe)

Es ist doch eine ganz einfache Geschichte, einmal den ganzen Spaichinger Mut zusammenzunehmen und zu sagen, wie Sie es nun mit der Vignette halten. Das kann man in 2 Minuten machen. Das kann man in 5 Minuten machen. Wir versprechen vielleicht auch, darauf nicht zu antworten, wenn es in die Mittagszeit hineingeht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es geht einfach darum, daß das einmal heraus ist. Es muß ans Licht dieses Parlaments, Herr Ministerpräsident.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Stächele CDU: Oberschauspieler! – Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident! – Anhaltende Unruhe)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Maurer.

(Unruhe)

Abg. Maurer SPD: Kommen Sie doch jetzt runter von den Bäumen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Selber herunterkommen!)

Es geht um eine Maßnahme, die die Landesregierung, wie ich gelesen habe, mit der Landesregierung von Bayern verabredet hat. Es geht dabei um eine erhebliche zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger, und es geht um einen Vorgang, der, wie ich auch gelesen habe, in beiden Landesregierungen so beschlossen worden sei. Wenn es also nicht mehr möglich ist, dazu eine Auskunft durch den Regierungschef zu erhalten, frage ich: Wo sind wir denn dann, lieber Kollege Oettinger?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich weiß auch überhaupt nicht, Herr Kollege Teufel, was Ihnen da soviel Mühe bereitet. Ich bin bereit – Herr Kollege Kuhn hat das ja vorgeschlagen –, darauf zu verzichten, auf Ihre Ausführungen zu reagieren, wenn es Ihnen das leichter macht.

(Ministerpräsident Teufel: Weil er gar nicht kann! Das ist herrlich!)

Aber daß ein Regierungschef nicht in der Lage sein soll, zu erklären, was mit einer von ihm selbst befürworteten und durch das Kabinett beschlossenen Maßnahme nun wirklich los ist – – Also wirklich, Herr Ministerpräsident: Erheben Sie sich und sagen Sie dem Parlament, was es mit der Vignette auf sich hat und ob Herr Schaufler uns die Wahrheit gesagt hat oder ob uns der Sprecher des Bundesverkehrsministers die Wahrheit gesagt hat. Woran sind wir? Das kann doch nicht so schwer sein. Kommen Sie her, dann ist das in ein paar Minuten erledigt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Ministerpräsident Teufel: Es ist ein blanker Blödsinn, daß man diese Debatte führt! – Unruhe)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen am letzten Donnerstag gesagt, ich ginge davon aus, daß sich der Herr Ministerpräsident zu diesem Thema zu Wort melden werde.

(Abg. Bebbler SPD: Sie haben sich verbürgt! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat sich soeben zu Wort gemeldet. Ich ziehe deshalb meine Wortmeldung zurück.

(Lachen bei der SPD – Unruhe)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß sehr wohl – das ist ja auch gestern schon angeklungen –, daß für heute bei einigen Abgeordneten noch wichtige Termine im Kalender stehen und es das Bedürfnis gibt, die Debatte nicht unendlich auszuweiten. Ich gehe jetzt auch davon aus, daß sich der Herr Ministerpräsident äußern wird.

Eines erlaube ich mir allerdings noch anzumerken. Herr Pfister, Sie sollten aus diesem Vorgang lernen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Warum denn?)

sich nicht so voreilig für etwas zu verbürgen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er hat sich zu Wort gemeldet!)

Seit gestern eiern Sie mit der Einlösung Ihres voreilig gegebenen Wortes herum. Aber ich halte Ihnen zugute, daß Sie in Ihrer neuen Rolle noch mangelnde Erfahrung haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er hat sich zu Wort gemeldet, also was soll's?)

Vielleicht machen Sie sich das nächste Mal vorher schlau. Der Kollege Oettinger hat sich sehr viel sorgfältiger und wahrscheinlich auch zurückhaltender geäußert, weil er sich die Dinge offengehalten hat. Sie haben einen gewissen Zwang erzeugt. Ich bin Ihnen aber trotzdem dafür dankbar, weil wir auf diese Art und Weise vielleicht doch zu einer klärenden Äußerung des Ministerpräsidenten kommen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Mir habt ihr es zu verdanken!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

(Abg. Weimer SPD: Na also! – Abg. Haasis CDU: Die SPD wartet auf ein Wort des Ministerpräsidenten!)

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zur Sache an diesem Pult vor exakt einer Woche im Rahmen der zweiten Lesung in umfassender Weise Stellung genommen.

(Beifall bei der CDU)

Da ich meine Meinung nicht wechsele wie das Hemd, habe ich in einer Pressekonferenz am vergangenen Montag auch lupenrein das gleiche gesagt.

(Abg. Brinkmann SPD: Wer hat denn die Unwahrheit gesagt?)

Daran erinnern sich auch noch alle Abgeordneten, und den wenigen, die sich nicht daran erinnern, stelle ich heute nachmittag das Protokoll der Sitzung vom letzten Mittwoch zur Verfügung.

(Beifall des Abg. Haasis CDU – Abg. Stächele CDU: Sehr gut!)

(Ministerpräsident Teufel)

Ich denke nicht daran – das kann niemand von mir verlangen –, mich auf das Niveau einer miserablen Büttredenrede des Abg. Drexler zu begeben.

(Beifall bei der CDU)

Wem es heute, einen Tag vor dem Schmotzigen, um Narretei zu tun ist,

(Abg. Weimer SPD: Nein, nein!)

den lade ich ein.

(Abg. Weimer SPD: Es geht um fünf konkrete Fragen!)

In 10 Minuten beginnt der Narrenempfang des Ministerpräsidenten in der Villa Reitzenstein. Herzliche Einladung an alle.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Weimer SPD: Peinlich! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Für euch ist es peinlich! – Abg. Birzele SPD: Er kneift schon wieder!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und da die weiteren Beratungen noch länger als eineinhalb Stunden gehen, stellt sich die Frage, ob wir jetzt eine kurze Mittagspause machen.

(Überwiegend Widerspruch – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Dr. Schlierer REP: Abstimmen!)

– Nach den Äußerungen ist die Mehrheit für Fortsetzung.

Ich rufe daher **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes – Drucksache 12/816

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/977

Berichterstatter: Abg. Redling

Ich frage Herrn Abg. Redling, ob er das Wort wünscht.

(Abg. Redling SPD: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, für die Allgemeine Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt. Wem darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? – Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heinz.

(Abg. Haasis CDU: Muß nicht ausgeschöpft werden!)

Mit aufgerufen ist der Änderungsantrag der Abg. Manfred List CDU, Ewald Veigel FDP/DVP, Reinhard Hackl Bündnis 90/Die Grünen, Julius Redling SPD, Drucksache 12/999.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen beantragen, daß das Personalvertretungsgesetz in zwei Punkten geändert wird. Zum einen wollen wir im Umwelt- und Verkehrsministerium die beiden Hauptpersonalräte bestehenlassen, auch wenn die beiden Häuser vereinigt worden sind. Es gibt entsprechende Vorgänge in anderen Ministerien.

Zum zweiten wollen wir den Beamten beim Verband der Teilnehmergeinschaften, die abgeordnet sind, ermöglichen, den dortigen Personalrat mitzuwählen, so daß sie also sowohl das aktive wie auch das passive Wahlrecht erhalten.

Im Innenausschuß wurde diesen Vorschlägen mit großer Mehrheit zugestimmt. Außerdem haben wir uns dort mit einer Anregung des Herrn Kollegen Hackl beschäftigt, die dieser wiederum von der Gewerkschaft der Polizei übermittelt bekommen hatte. Wir sind in den Beratungen mittlerweile so weit, daß wir meinen, diese Anregung aufgreifen zu können, nämlich für die Außenstelle der Landes-Polizeischule in Wertheim einen eigenen Personalrat zu bilden und die Wahl eines solchen Personalrats zu ermöglichen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Die große Entfernung von 300 km rechtfertigt eine solche Entscheidung. Ich denke, daß man vor diesem Hintergrund auch die geringen Mehrkosten vernachlässigen kann.

Ich freue mich, daß alle Fraktionen – mit Ausnahme der Republikaner – den Änderungsantrag Drucksache 12/999 heute wohl mittragen werden. Ich bitte Sie, diesen Änderungen entsprechend zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mich dem Kollegen anschließen, was die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf angeht. Wir haben über den Gesetzentwurf am vergangenen Freitag nochmals intensiv beraten.

Ich möchte auch die Zustimmung zu dem Änderungsantrag, der uns als Drucksache 12/999 vorgelegt wurde, erklären. Darin geht es um die Personalvertretungsmöglichkeiten der Außenstelle Wertheim der Landes-Polizeischule.

Wie gesagt: Die SPD-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf an sich zu. Ich möchte nur zum Verfahren die Eiligkeit kritisieren, mit der der Gesetzentwurf durch die betreffenden Gremien „gepeitscht“ wurde. Der eigentliche Entwurf wurde erst im Dezember vorgelegt. Einige Tage später, in die Weihnachtsferien hinein, wurde ein Änderungsantrag eingebracht. Insofern war eine richtige und korrekte Beratung an sich nicht möglich. Vor allem war es auch nicht möglich, mit den Personalvertretungen und den einzelnen Institutionen Rücksprache zu nehmen. Das möchte ich an dieser Stelle für meine Fraktion ausdrücklich bemängeln.

(Fischer)

Ich bitte, in Zukunft, wenn wieder so etwas ansteht, auch dem Plenum genügend Zeit zu geben, das richtig vorzubereiten. Wir stimmen dem Verfahren aber so zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicherlich ist dieser Gesetzentwurf kein Meilenstein in der Gesetzgebung dieses Landes.

Er enthält aber einige sinnvolle Rechtsänderungen, die für die anstehenden Personalratswahlen notwendig sind: die Sicherung der Mitbestimmung in den Teilnehmergemeinschaften bei der Flurneuordnung, die Sicherung einer fachlich spezifischen Mitbestimmung im Bereich Umwelt und Verkehr und – auch einmal ein kleines Lob für die Regierungsfaktionen – sogar die Übernahme der grünen Anregung im Bereich der Polizei,

(Abg. List CDU: Großer Erfolg!)

daß die Außenstelle Wertheim der Polizeischule Freiburg einen örtlichen Personalrat bilden kann.

Die Personalräte müssen also nicht wegen jeder noch so kleinen Personalratsangelegenheit 330 km quer durch Baden-Württemberg reisen. Offensichtlich sind auch die Regierungsfaktionen manchmal logischen Argumenten gegenüber aufgeschlossen.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Oh!)

Wir wollen Sie heute aber auffordern, nicht nur in kleinen Dingen großzügig zu sein, sondern guten Argumenten auch sonst öfter zuzustimmen.

Zwei Anmerkungen: Die Grünen mahnen an, bei den Gesetzentwürfen zum Landespersonalvertretungsgesetz die Berufsverbände zu beteiligen. Ich meine ebenso wie mein Vorredner von der SPD: Dies ist notwendig und eine Frage des guten Stils. Die Beteiligung ist hier unterblieben. Wir wollen dieses Prinzip an diesem Beispiel aber nicht zu Tode reiten, weil die anstehenden Regelungen unter vernünftigen Menschen eigentlich unstrittig sind. Die Nichtbeteiligung hier darf jedoch nicht die Regel werden. Ich möchte die Regierungsfaktionen und die Regierung auffordern, diese Beteiligung in Zukunft zu gewährleisten.

Kommen wir zu den unvernünftigen Menschen, zur Behandlung des Gesetzentwurfs durch die Republikaner im Ausschuß. Sie lehnen die Sicherung der Mitbestimmung, die Sicherung der Reste innerbetrieblicher Demokratie in der öffentlichen Verwaltung aus Kostengründen ab. Demokratie kostet also nur Geld. Mit diesem Argument könnte man auch die Parlamente abschaffen. Denn sie verursachen auch nur Kosten. Aber Sie von den Republikanern haben es ja eh mit dem Führerprinzip. Ihnen ist nicht mehr zu helfen.

(Zurufe von den Republikanern, u. a. Abg. Deuschle: Jetzt komm!)

Meine Damen und Herren, inhaltlich hat unsere Fraktion im Bereich der Mitbestimmung weiter gehende Vorstellungen.

Der vorliegende Gesetzentwurf beschränkt sich ja auf organisatorische Fragen. Gerade in Zeiten von Verwaltungsreformen, notwendigem Personalabbau und Behördenschließungen ist allerdings auch mehr inhaltliche Mitbestimmung notwendig.

Lassen Sie sich, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, noch folgendes ins Stammbuch schreiben: Eine Verwaltungsreform kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitgetragen wird. Hier hat die Landesregierung – denken Sie an die Forstverwaltung, denken Sie an die Vermessungsverwaltung – noch großen Nachholbedarf.

Zurück zum Gesetz: Für dieses gilt, daß man bei dieser Landesregierung schon froh ist über kleine Brötchen, wenn sie nicht zu hart sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Veigel.

Abg. Veigel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Sachverhalt des Gesetzentwurfs ergibt sich klar aus der Zielsetzung und der Begründung. Die Tätigkeit der beiden Hauptpersonalräte hat sich bewährt. Die schnelle organisatorische Sachbearbeitung ist aufgrund klar abgegrenzter Zuständigkeiten weiterhin gegeben.

Die Eilbedürftigkeit, Herr Kollege Hackl, ergibt sich aus den Personalratswahlen, die bekanntlich im April 1997 stattfinden. Ohne diese schnelle Lösung müßte ein Personalrat gebildet werden, was natürlich erhebliche organisatorische Veränderungen mit sich brächte.

Im übrigen bleibt das Detailwissen der jetzigen Personalräte erhalten. Notwendige Einarbeitungszeiten neuer Personalräte können entfallen.

Zur Gleichbehandlung kann angeführt werden, daß im Innenministerium und im Ministerium Ländlicher Raum zwei Hauptpersonalräte und im Kultusministerium sogar deren vier bestehen.

Es gibt also keinen vernünftigen Grund, das Ministerium für Umwelt und Verkehr und die dort Beschäftigten anders zu behandeln.

Der Gesetzentwurf ist mit den zuständigen Ministerien, den Hauptpersonalräten und dem Beamtenbund abgestimmt. Es hat also dort eine Abstimmung stattgefunden. Der Entwurf wird übrigens von dort nachhaltig unterstützt. Wir haben auch die Frage der Mehrkosten von mehreren Personalräten in der Fraktion diskutiert und uns mit dem Innenministerium in Verbindung gesetzt; entsprechende Zweifel konnten ausgeräumt werden.

Im übrigen hat der Innenausschuß dem Gesetzentwurf zugestimmt und empfiehlt die Annahme in der heutigen Sitzung. Die Einfügung des § 97 a – Verband der Teilnehmer-

(Veigel)

gemeinschaften Baden-Württemberg – und die von den Grünen angeregte Ergänzung in § 90 für die Außenstelle Wertheim der Landes-Polizeischule sind für uns kein Thema. Das tragen wir mit. Im übrigen stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. List CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wilhelm.

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeden Tag lernt man etwas Neues. Heute habe ich von Herrn Hackl gelernt, daß die Ablehnung eines Gesetzentwurfs demokratiefeindlich sei oder daß diejenigen, die einen Gesetzentwurf ablehnten, gar dem Führerprinzip anhängen.

Also, Herr Hackl: Ich habe von Ihnen schon intelligentere Ausführungen gehört – zugegebenermaßen nicht sehr viele –, aber Sie haben schon bessere Ausführungen gemacht.

Meine Damen und Herren, da hier sowieso nicht mehr allzu viele anwesend sind, möchte ich es kurz machen und kurz erklären, warum wir Republikaner diesen Gesetzentwurf ablehnen. Wenn man die Begründung des Gesetzentwurfs durchliest, springen einem gleich zwei Dinge ins Auge, die beide gleichermaßen ärgerlich sind.

Wir haben heute den Haushalt beschlossen. Seit Wochen und Monaten hören wir nichts anderes als: „Einsparungen, Einsparungen und nochmals Einsparungen“. Dann liest man in der Begründung dieses Gesetzentwurfs, daß zwar keine nennenswerten Mehrkosten entstünden – wobei das „nennenswert“ natürlich nicht näher definiert ist –, aber auch keine Einsparungen gemacht werden könnten.

Jetzt frage ich mich natürlich: Welchem Sinn und Zweck dient die Zusammenlegung von Ministerien, wenn nicht Einsparungen?

(Beifall bei den Republikanern)

Das kann sich doch nicht nur auf den Ministerposten als solchen beschränken, sondern das muß doch durchgereicht werden bis unten hin.

Zum zweiten Argument, daß keine nennenswerten Mehrkosten entstehen, frage ich mich erstens, was „nennenswert“ ist, und zweitens, warum es demokratiefeindlich sein soll.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Weil Sie damit die Mitbestimmungsmöglichkeiten verschlechtern!)

– Wenn Sie so argumentieren, Herr Hackl, brauchen wir uns zukünftig über Stelleneinsparungen überhaupt nicht mehr zu unterhalten.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Oh, no!)

Hinzu kommt – Herr Hackl, passen Sie auf –

(Abg. Dr. Mauz CDU: Besser nicht!)

folgendes: Ein Personalrat hat unseres Erachtens nicht die Aufgabe, sich um die Arbeit zu kümmern, die jeder einzelne Sachbearbeiter auf dem Schreibtisch liegen hat, sondern er hat sich um das Personalrecht zu kümmern.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Aber dafür hat er auch Zeit!)

Da macht es überhaupt keinen Unterschied, welchem Ministerium er angehört.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Oh! Das tut ja weh!)

Meines Wissens, Herr Hackl, ist es ganz einfach so, daß die Personalräte beider Ministerien zusammengelegt werden können. Sie schaffen hier indirekt auch neue Stellen, weil die dienstliche Arbeit eines Hauptpersonalrats, der das hauptberuflich macht, dann liegenbleibt. Ich meine, es besteht überhaupt keine Gefahr, daß Mitbestimmungsrechte in Frage gestellt werden. Das ist einfach zu kurz gegriffen. Sie haben hier mal wieder auf den Putz gehauen, natürlich – wie üblich – voll daneben.

Meine Damen und Herren, wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem, mit Ausnahme bei den Republikanern, bezüglich dieses Gesetzentwurfs bei allen Fraktionen eine so erfreuliche Einigkeit hier in diesem Haus herrscht, will ich den Konsens auch gar nicht mehr lange durch eine Rede stören,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der SPD)

sondern das tun, was die Mitglieder dieses Hohen Hauses immer gern von den Regierungsmitgliedern verlangen, nämlich mich extrem kurz fassen.

Ich bedanke mich für die Diskussion und für die Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g**. Deren Grundlage ist die Beschlußempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 12/977, rechte Spalte.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wir stimmen über Nummer 1 ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen wurde Nummer 1 so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe den Änderungsantrag Drucksache 12/999 auf, der eine neue Nummer 2 einzufügen begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist diesem Änderungsantrag zugestimmt.

Ich rufe aus Artikel 1 die bisherigen Nummern 2 bis 4, die jetzt die Nummern 3 bis 5 sind, auf. Wer diesen Nummern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die neuen Nummern 3 bis 5 sind bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist Artikel 2 mehrheitlich so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Februar 1997 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt. Das Gesetz ist somit angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 2 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3 a** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Thomas Meyer-Falk, Stuttgart, vom 25. März 1996 – Drucksache 12/888

Berichterstatter: Abg. Stächele

In diesem Wahlprüfungsverfahren sind die Abg. Dr. Spöri und Frau Lichy Beteiligte im Sinne des Landeswahlprüfungsgesetzes. Sie sind deshalb gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 von der Mitwirkung im Plenum ausgeschlossen. Ich stelle fest, daß beide nicht anwesend sind.

Wir kommen zur Abstimmung über den Wahleinspruch. Ihnen liegt die Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses, Drucksache 12/888, vor. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dieser Beschlußempfehlung ist einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe **Punkt 3 b** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Günter Deckert, Bruchsal, vom 2. April 1996 – Drucksache 12/889

Berichterstatter: Abg. Birzele

In diesem Wahlprüfungsverfahren sind die Abg. Wacker, Junginger und Dr. Freudenberg Beteiligte im Sinne des Landeswahlprüfungsgesetzes. Sie sind deshalb gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 von der Mitwirkung im Plenum ausgeschlossen. Ich stelle fest, daß die genannten Kollegen nicht anwesend sind.

Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Beschlußempfehlung ist einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe **Punkt 3 c** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Dr. Dieter Salomon, MdL, Freiburg, vom 9. Mai 1996 – Drucksache 12/890

Berichterstatter: Abg. Rech

(Lebhafte Zurufe: Raus! Dr. Salomon, raus!)

– Herr Dr. Salomon, ich bitte Sie, den Saal zu verlassen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen verläßt den Sitzungssaal.)

Wir stimmen über die Beschlußempfehlung Drucksache 12/890 ab. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 3 d** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Henning K. Oppermann, Edingen-Neckarhausen, vom 15. Mai 1996 – Drucksache 12/891

Berichterstatter: Abg. Hans-Michael Bender

In diesem Wahlprüfungsverfahren sind die Abg. Wacker, Junginger und Dr. Freudenberg Beteiligte im Sinne des Landeswahlprüfungsgesetzes. Ich verweise auf meine vorigen Ausführungen. Ich stelle fest, daß die Kollegen nicht anwesend sind.

Wer der Beschlußempfehlung Drucksache 12/891 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 e** auf:

Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Alexander Schoch, Waldkirch, vom 29. März 1996 – Drucksache 12/892

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart

(Stellv. Präsident Birzele)

Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Haas CDU: Gibt es da keine Befangenheit?)

– Es ist mir nichts vermerkt.

(Abg. König REP: Da gilt genau dasselbe!)

– Ja, richtigerweise müßte da Herr Abg. Stächele – –

(Widerspruch des Abg. Stächele CDU)

– Nein? Ist das nicht Ihr Wahlkreis?

(Abg. Haas CDU: Nein, Wonnay und Haas!)

– Entschuldigung, Herr Haas und Frau Wonnay.

(Abg. König REP: Dieselben wie bei Drucksache 12/891!)

– Herr Kollege Haas, einen Moment noch. Frau Abg. Wonnay ist nicht im Saal. Ich kann im Moment nicht zweifelsfrei klären, Herr Abg. Haas, ob Sie befangen sind oder nicht. Wenn Sie sich freiwillig entfernen, dann leidet die Beschlußfassung in keinem Fall unter irgendwelchen rechtlichen Einwänden.

(Abg. Haas CDU verläßt den Saal.)

Ich stelle die Beschlußempfehlung zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe **Punkt 3 f** auf:

Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Horst Kolb, Simonswald, vom 22. April 1996 – Drucksache 12/893

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart

(Abg. Redling SPD: Da müßten auch Haas und Wonnay befangen sein!)

Das ist der gleiche Wahlkreis. Die in Frage kommenden Abgeordneten sind nicht anwesend. Wir brauchen also die Rechtsfrage nicht zu klären.

Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 g** auf:

Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Rudi Allenberger, Bruchsal, vom 9. April 1996 – Drucksache 12/894

Berichterstatter: Abg. Bebber

In diesem Wahlprüfungsverfahren sind die Abg. Stratthaus und Wettstein Beteiligte im Sinne des Landeswahlprüfungsgesetzes. Beide Abgeordneten sind nicht im Saal.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 h** auf:

Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Michael Obert, Karlsruhe, vom 15. Mai 1996 – Drucksache 12/895

Berichterstatter: Abg. Oelmayer

(Abg. König REP: Da ist die ganze FDP/DVP befangen!)

Da kommen eventuell die Abg. Frau Blank und Herr Fischer für eine Befangenheit in Frage. Wer noch?

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Frau Rastätter!)

Wir ersparen uns eine Rechtsprüfung dadurch, daß die Kolleginnen und Kollegen den Saal freiwillig und unbeeinflußt verlassen.

(Heiterkeit)

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 4**:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 27. November 1996 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 12/670, 12/773

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Der Berichterstatter, Herr Abg. Herrmann, wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat hier eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt.

Herr Abg. Stächele, Sie haben das Wort.

Abg. Stächele CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die 5 Minuten müssen nicht ausgeschöpft werden. Deswegen in der gebotenen Kürze:

Erstens: Die CDU-Fraktion wird sich der Beschlußempfehlung des Ständigen Ausschusses anschließen.

Zweitens: Der Antrag der SPD wird von uns zurückgewiesen.

(Abg. Weimer SPD: Oh!)

Es geht um die politische Bewertung, und es geht um die rechtliche Bewertung.

Die politische Bewertung ist ganz eindeutig. Dort, wo das Land mit Gesamteigentum oder Teileigentum beteiligt ist, ist es nicht mehr als recht, daß in den Aufsichtsorganen un-

(Stächele)

sere Minister, unsere Mitglieder der Landesregierung unseren Einfluß geltend machen. Ein Faktum, eine Tatsache – unbestritten und für jedermann einsichtig.

Dann taucht immer wieder die Frage auf: In welcher Zahl sollen diese Mandate gehäuft werden? Ich stelle fest: Mitglieder der Landesregierung müssen belastbar sein. Da können durchaus einmal mehrere Mandate zusammenkommen. Ich bin da zuversichtlich, daß diese Belastung auch subjektiv von jedem einzelnen Mitglied der Landesregierung durchgehalten wird.

Das zweite ist die Rechtsfrage, über die wir uns immer wieder neu unterhalten. Ich weiß, es gibt da eine interessante Minderheitsmeinung, die besagt: Wenn man einrückt und die Genehmigung des Landtags erst später eingeholt wird, dann ist dies nicht rechtmäßig, dann verstößt das gegen die Verfassung.

(Abg. Heiler SPD: Wo steht „Genehmigung“, Herr Stächele?)

Es ist und bleibt eine Minderheitsmeinung.

Lieber Kollege Heiler, es ist schwierig, dazu in der ganzen Kommentarliteratur überhaupt etwas zu finden.

(Abg. Heiler SPD: Wenn man ein paar Wochen lang daran arbeitet, dann schon!)

Aber ich bin fündig geworden: Braun, Landesverfassung:

Die Rechtswirkungen dieses Beschlusses verpflichten das Regierungsmitglied, bei Versagen einer Ausnahme das Amt, die berufliche Betätigung oder die Organstellung aufzugeben.

Eindeutig ist, was mit dieser Ausnahme gewollt ist, nämlich daß es als selbstverständlich erachtet wird, daß man die Regierungsmitglieder in die Aufsichtsorgane einziehen läßt, und daß nur dann die Ausnahme nicht greifen würde, wenn man die Ausnahmegenehmigung tatsächlich versagen würde. Die Verantwortung in den Aufsichtsorganen soll wahrgenommen werden können, die Kontinuität gewahrt bleiben. Im Grunde nimmt man jetzt auch in der Kommentarliteratur an, es wäre dann nur eine „Aufgabe“ und nicht eine nachträgliche Rechtswidrigkeit, die man feststellte.

Ich will darüber hinaus noch einmal auf das hinweisen, was im Ständigen Ausschuß vorgetragen wurde: die gängige Praxis. Seit 20 Jahren, seit 1976, wird das so gehandhabt. Warum soll es plötzlich anders sein?

Kurzum: Alles, was an Literatur zu dieser Rechtsfrage vorhanden ist, bestätigt den bisherigen Kurs, den wir als CDU gehalten haben. Das ist so in Ordnung, und das kann auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Heiler.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Aber mach's kurz!)

Abg. Heiler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, es kurz zu machen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Wir haben Zeit!)

Mit dem Herrn Kollegen Stächele habe ich die stillschweigende Vereinbarung, daß er mir einen Teil seiner Redezeit geschenkt hat.

(Heiterkeit)

Der Landtag soll heute darüber entscheiden, welche Minister und Staatssekretäre Organen wirtschaftlicher Unternehmen angehören können. Damit soll der Landtag eine Ausnahme vom verfassungsrechtlichen Grundsatz erteilen, daß Regierungsmitglieder grundsätzlich nicht dem Organ eines wirtschaftlichen Unternehmens angehören können.

Herr Kollege Stächele, ich werde mich jetzt mit Ihrer absoluten Einzelmeinung in der Rechtsprechung und Kommentierung auseinandersetzen.

(Heiterkeit – Abg. Stächele CDU: Erstes Semester Jurastudium, mein Lieber! – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt gibt es ein juristisches Oberseminar! – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Das gibt es bei euch Lehrern, aber nicht bei Juristen!)

– Jetzt unterhalten wir uns darüber.

Das Staatsministerium hat uns mitgeteilt, daß verschiedene Regierungsmitglieder in der neuen Legislaturperiode bereits an Sitzungen von Organen diverser wirtschaftlicher Unternehmen teilgenommen haben, obwohl – was ja unstrittig ist – eine Ausnahmegenehmigung durch den Landtag noch gar nicht ausgesprochen wurde, denn dies soll ja erst heute erfolgen. Für uns stellt dies, Herr Kollege Stächele, entgegen Ihrer Einzelmeinung einen Verstoß gegen die Verfassung dar. In Artikel 53 der Landesverfassung heißt es – ich darf zitieren –:

Kein Mitglied der Regierung darf der Leitung oder dem Aufsichtsorgan eines auf wirtschaftliche Betätigung gerichteten Unternehmens angehören.

Es gibt im Grundgesetz und in vielen anderen Landesverfassungen entsprechende Bestimmungen. Ich zitiere aus einem Kommentar zur Verfassung des Freistaats Bayern:

Bindungen dieser Art

– nämlich zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen –

müssen bei Amtsantritt sofort gelöst werden. Verstöße gegen die Verpflichtung sind Verfassungsverletzungen.

Wenn solche Bindungen zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen bei Amtsantritt sofort gelöst werden müssen, dann kann es doch erst recht nicht sein, daß solche Bindungen bei Amtsantritt eingegangen werden, ohne daß zuvor der Landtag gefragt wird.

Es kann dann aber nach unserer Auffassung auch nicht sein, daß der Landtag solche Bindungen nachträglich genehmigt, denn dies wäre – diese Kommentierung ist sicher-

(Heiler)

lich zutreffend – die Genehmigung eines Verfassungsbruchs. Das wäre ein paradoxes Ergebnis. Mit dieser Auffassung, Herr Kollege Stächele, korrespondiert übrigens auch der neue von Paul Feuchte herausgegebene Kommentar zur baden-württembergischen Verfassung. Ich zitiere auch hier:

Die erteilte Ausnahme

– des Landtags –

gilt nur für die laufende Legislaturperiode.

Auch dies kann im Ergebnis nur dazu führen, daß die Ausnahmegewilligung des Landtags mit dem Ende einer jeden Legislaturperiode automatisch erlischt, und nicht etwa, wie Herr Kollege Rückert in der Fragestunde am 18. Juli 1996 hier äußerte, daß die Zugehörigkeiten zu bestimmten Organen wirtschaftlicher Unternehmen übergangslos ohne Beteiligung des Landtags auf den jeweiligen neuen Minister übergehen. Deshalb kann nach unserer Auffassung ein Regierungsmitglied erst dann in einem Organ eines wirtschaftlichen Unternehmens tätig werden, wenn der Landtag eine Ausnahme zuläßt, und zwar für die Zeit ab Beschlußfassung durch den Landtag und nicht etwa rückwirkend.

Wir sind der Überzeugung, daß die Zulassung von Ausnahmen keine Rückwirkung entfaltet und anderes gegen die Verfassung verstößt. Wir haben deshalb einen entsprechenden Antrag eingebracht, über den wir nachher auch abstimmen lassen möchten.

Zweitens will ich etwas zu Herrn Dr. Döring sagen. Es gab ja einmal – Sie schauen so erwartungsvoll – einen Antrag des FDP/DVP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Döring, der Landtag solle nur zwei Aufsichtsratsmandate pro Minister zulassen. Damals war Herr Dr. Döring allerdings noch nicht Minister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Doch neu im Amt, nahm er vier solche Mandate an. Wahrscheinlich hat er gerechnet: Zwei als Wirtschaftsminister,

(Abg. Stächele CDU: Die Belastbarkeit wächst in der Regierung! – Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Wettstein SPD)

zwei als stellvertretender Ministerpräsident. Das gibt vier.

(Anhaltende Unruhe)

Dann hat er, als etwas Druck kam, auf eines verzichtet, wohl nach der unschlagbaren Döringschen Formel: Vier minus eins ist zwei. Und als Krönung hat Herr Döring diese Aufsichtsratssitze entgegen den Offenlegungsregeln des Landtags verschwiegen.

(Widerspruch bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Bleiben Sie fair! – Zuruf des Abg. Kiesswetter FDP/DVP – Gegenrufe von der SPD)

– Zu früh, zu früh.

Ich will Herrn Dr. Döring ausdrücklich in Schutz nehmen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt ist es recht!)

denn er hat offenbar als einziges Mitglied der Landesregierung verstanden, daß er ja noch gar nicht Mitglied in diesen Gremien sein kann, weil der Landtag als zuständiges Organ die Ausnahmegewilligungen noch gar nicht erteilt hat.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Wir gehen deshalb auch davon aus, daß Herr Dr. Döring unserem Antrag zustimmen wird. Es ist übrigens seine einzige Chance, den Vorwurf des Verstoßes gegen die Offenlegungsregeln zu entkräften.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Herr Döring dann auch noch auf ein Aufsichtsratsmandat verzichtet,

(Minister Dr. Döring: Was?)

stimmt auch die Rechnung wieder: Vier minus zwei ist zwei. Und dann hätte er auch bewiesen, daß er als Wirtschaftsminister die mathematischen Grundrechenarten beherrscht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wettstein SPD: Das Sein bestimmt das Bewußtsein! Auch bei Herrn Döring! – Abg. Maurer SPD: Aber doch nicht die Mathematik!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute steht die Beschlußvorlage des Ständigen Ausschusses zur Abstimmung. Ich darf für unsere Fraktion kurz begründen, warum wir den Antrag der Landesregierung zur Bestellung von Regierungsmitgliedern in Organe wirtschaftlicher Unternehmen ablehnen werden. Wir haben dies auch schon im Ständigen Ausschuß getan. Zuerst eine grundsätzliche Überlegung und dann etwas Konkretes zum Antrag der Landesregierung.

In Artikel 53 Abs. 2 unserer Landesverfassung, der ja mit § 5 Abs. 1 des Ministergesetzes unseres Landes korrespondiert, ist die Möglichkeit der Entsendung von Regierungsmitgliedern in Organe wirtschaftlicher Unternehmen als Ausnahme festgeschrieben. Wir stellen nun fest, daß die Entsendung in diesem Haus und in diesem Land nicht mehr als Ausnahme gehandhabt wird, sondern daß die Entsendung zur Regel wird. Allein der Umstand, daß auch in dieser Legislaturperiode wieder 28 hauptamtliche Regierungsmitglieder in solche Organe entsandt werden sollen,

(Zuruf von der CDU: So viele? Das geht nicht!)

ist unseres Erachtens mit der Verfassung nicht vereinbar. Wenn Sie dies so wollen, müssen Sie die Verfassung ändern, und dazu brauchen Sie dann auch eine entsprechende Mehrheit in diesem Haus. Aber ich glaube, daß Sie diese nicht bekommen werden. Ich darf Ihnen auch begründen, warum ich glaube, daß Sie die nicht bekommen werden.

(Oelmayer)

Wir halten die Verquickung von politischem Amt auf der einen Seite und der Tätigkeit in wirtschaftlichen Unternehmen auf der anderen Seite für eine unselige Verquickung. Warum? Ganz einfach deshalb, weil ein Regierungsmitglied in seiner Eigenschaft als Regierungsmitglied oftmals über Fragen zu entscheiden hat, die möglicherweise genau das Unternehmen betreffen, in dem es im Aufsichtsrat sitzt. Das ist also ein Interessenkonflikt, der meines Erachtens so gar nicht lösbar ist.

Ein Weiteres kommt hinzu: das Zeitmoment. Damit wäre ich auch schon bei den konkreten Einwendungen gegen den Antrag der Landesregierung. Wenn man sich das einmal anschaut: Fünf Ämter für den Finanzminister, vier Ämter für den Verkehrsminister, drei Ämter für den Wirtschaftsminister. Etwas muß darunter leiden, meine Damen und Herren.

(Abg. Stächele CDU: Das sind fleißige Leute!)

Auch ich habe neben meiner Abgeordnetentätigkeit noch eine Berufstätigkeit, und ich kann Ihnen sagen: Das geht bis an die Grenze der Belastbarkeit.

(Abg. Döpfer CDU: Man sieht es!)

Ich möchte gern einmal wissen, wie die hauptamtlichen Regierungsmitglieder das so einfach nebenher mal schauen, in fünf Aufsichtsräten tätig zu sein. Eines von beidem muß doch darunter leiden: entweder die Regierungstätigkeit oder, Herr Kollege Reinhart, die Tätigkeit in den Aufsichtsorganen der Unternehmen. Beides ist abträglich für das Land, und deswegen ist das ein weiterer Grund, warum wir nicht mitgehen können.

Eines muß ich natürlich noch sagen; der Kollege Heiler hat das schon getan: Die FDP/DVP spielt in dieser Frage eine unsägliche Rolle.

(Widerspruch bei der FDP/DVP)

– Ja, wir haben heute die FDP/DVP auf der Tagesordnung. Dann setzen wir das auch bis zum Schluß fort.

(Heiterkeit – Abg. Herrmann CDU: Nur deshalb?)

Bei diesem Punkt bietet sich das auch förmlich an.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt übertreiben Sie nicht!)

Es gibt eine Gesetzesinitiative Ihrer Fraktion, Herr Pfister,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist bekannt!)

aus der letzten Legislaturperiode. Es war ja ein Schritt in der richtigen Richtung. Sie haben damals beantragt, die Ämter von Regierungsmitgliedern in Organen wirtschaftlicher Unternehmen auf zwei zu beschränken. Das war eine Initiative aus Ihrer Mitte. Der Kollege Schöning, der jetzt ja nicht mehr unter uns weilt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Leider!)

hat damals ausgeführt, die Initiative gehe zurück – –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Der Schöning lebt noch!)

– Ja, aber er weilt nicht mehr hier als Abgeordneter unter uns.

Er hat damals ausgeführt, dies gehe auf die Initiative des Rechnungshofs zurück, der in einer beratenden Äußerung gesagt hatte, man müsse die Zahl dieser Ämter beschränken.

Wissen Sie, was der Kollege Schöning dann hier in diesem Parlament sagte? Ich sage das, um Ihnen auch einmal klarzumachen, daß spitze Formulierungen nicht nur von Grünen gemacht werden. Ich zitiere aus dem Protokoll:

Es wäre auch im Grunde eine Schande für dieses Parlament, wenn aus dieser beratenden Äußerung des Rechnungshofs nichts herauskäme.

Meine Damen und Herren von der FDP/DVP, wenn Sie Ihren Kollegen von damals ernst nehmen wollen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das tun wir sehr!)

dann müssen Sie zunächst einmal bei Ihrem Wirtschaftsminister anfangen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Warten Sie einmal ab!)

und dafür Sorge tragen, daß er zumindest eines der Ämter wieder abgibt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Warten Sie doch einmal ab! – Abg. Drautz FDP/DVP: Sie müssen abwarten!)

– Ja, ich warte ja ab. Ich fordere das aber. Vielleicht tun Sie es dann auch.

Ein letzter Punkt – auch das wurde schon vom Kollegen Heiler angesprochen –: Im Ständigen Ausschuß haben wir die Frage diskutiert, ob es denn angehen kann, daß sich eine im Juni bestellte Landesregierung jetzt die Bestätigung für die Regierungsmitglieder, die schon in den Organen wirtschaftlicher Unternehmen tätig sind, einholt. Was passiert denn in der Zwischenzeit? Diese Frage mußte zunächst niemand zu beantworten.

Jetzt haben wir vom Staatssekretär im Staatsministerium die schriftliche Nachricht bekommen, daß bei diesen Unternehmen sehr wohl Sitzungen der Organe stattgefunden haben. Ich gehe davon aus, daß dort auch Beschlüsse gefaßt worden sind.

Meine Damen und Herren, die Legitimation für die Regierungsmitglieder in diesen Unternehmen leitet sich vom Parlament ab. Wenn sich das Parlament gefallen läßt, daß Regierungsmitglieder, die noch gar nicht den Segen des Parlaments haben, schon in den Ausschüssen und Aufsichtsräten tätig sind, dann wird die Hoheit und werden die Hoheitsbefugnisse und die Rechte des Parlaments untergraben. Ich denke, es gilt für alle Abgeordneten, daß man sich gegen eine solche Praxis zur Wehr setzen muß. In diesem Sinn unterstützen wir auch die beiden Anträge der SPD-Fraktion.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn der SPD eine sachliche Kritik an dem erfolgreichen und anerkannten Wirtschaftsminister Dr. Döring ausgeht,

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit bei allen Fraktionen – Abg. Dr. Schlierer REP: Tamda, tamda!)

meint sie, mit Pseudoskandalen die politische Landschaft erschüttern zu können.

(Große Unruhe)

Daß es sich hierbei um ein klassisches Eigentor der SPD handelt, ist offensichtlich.

(Anhaltende Unruhe)

Der erhobene Vorwurf, Herr Minister Dr. Döring habe die Offenlegungspflicht seiner drei Aufsichtsratsmandate verletzt, ist töricht und absurd,

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Bebbler)

da bereits im Oktober in der Presse diese Aufsichtsratsmandate diskutiert wurden.

(Weitere Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Weimer: Das ist nicht von der SPD, sondern von der Zeitung!)

– Das ist von der SPD.

(Abg. Weimer SPD: Herr Günther ist von der SPD?)

– Nein, die Mitteilung kommt von der SPD.

(Abg. Weimer SPD: Bitte?)

Der Ministerrat hat in seinen Sitzungen am 11. November und 27. November 1996 über die Mitgliedschaft von Mitgliedern der Landesregierung in Organen wirtschaftlicher Unternehmen beraten. Dabei wurde beschlossen, daß Herr Dr. Döring in seiner Funktion als Wirtschaftsminister Mitglied in drei Aufsichtsräten werden soll.

Daraufhin wurde das Staatsministerium beauftragt, die Ausnahmegenehmigung gemäß Artikel 53 Abs. 2 der Landesverfassung beim Landtag zu beantragen. Außerdem wurden Innenministerium und Finanzministerium beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Herr Dr. Döring konnte selbstverständlich davon ausgehen, daß diese Unterrichtung des Landtags durch das Staatsministerium mit Sicherheit auch erfolgen würde und er seinerseits nichts mehr unternehmen mußte.

In das Handbuch des Landtags können diese Posten erst aufgenommen werden, wenn der Landtag heute seine Zustimmung erteilt.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Der Vorwurf seitens der SPD ist somit entschieden zurückzuweisen, da sich der Wirtschaftsminister, im Gegensatz zu Herrn Abg. Brechtken, der seine Mitgliedschaft im Kuratorium der Landesgirokasse Stuttgart bis heute nicht angegeben hat, korrekt verhielt.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Brechtken SPD: Was? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Kiesswetter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

Abg. Brechtken SPD: Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß es einen Brief des Abg. Brechtken an den Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg gibt –

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Von wann?)

da läßt sich das nachlesen, und ich ermächtige Sie ausdrücklich, dieses nachzulesen –, in dem ich alle Mandate, die ich habe, angegeben habe? Ich habe zum Beispiel nach wie vor auch ein Aufsichtsratsmandat bei den Schwäbischen Hüttenwerken, das ich früher als Staatssekretär übernommen habe. Dies alles habe ich dem Herrn Landtagspräsidenten mit einem Schreiben, das mindestens zwei, zweieinhalb Monate zurückliegt, angegeben.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das waren mehr als zwei Mandate!)

– Ich hatte als Staatssekretär natürlich mehr als zwei Mandate.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Dann soll es recht sein. Mir ist nur bekanntgeworden, daß Sie dieses nicht – –

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Was ist denn jetzt mit dem Döring? – Abg. Weimer SPD: Und mit den vier Mandaten vom Mehrländer?)

– Langsam! Ich wollte ja nur – – Auch noch vier.

(Zurufe)

In der Koalitionsvereinbarung steht, daß Minister in der Regel nur zwei Aufsichtsratsmandate innehaben sollen. Der Wirtschaftsminister ist im Verwaltungsrat der Landeskreditbank Baden-Württemberg, im Aufsichtsrat der Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg sowie im Aufsichtsrat der Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ihnen, meine sehr verehrten Abgeordneten, ist bekannt, daß die LEG noch im Jahr 1997 in die L-Bank überführt werden soll.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt auch die Zusage, daß es so geschieht. Der Aufsichtsrat der Landesentwicklungsgesellschaft wird dann aufgelöst, und der Minister ist dann nur noch – wie vereinbart – in zwei Aufsichtsräten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Na also! Jetzt ist er noch in zweieinhalb! – Unruhe)

(Kiesswetter)

Mir fehlt jegliches Verständnis an der Kritik daran, daß der Minister für diese kurze Zeit, bei der die Bedeutung der Überführung der LEG in die L-Bank nicht übersehen werden sollte, dieses dritte Aufsichtsratsmandat wahrnimmt. Auch dies zeigt, daß der SPD jegliches Gespür für die Realität abhanden gekommen ist.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es! – Abg. Weimer SPD: Da klatscht nicht einmal die eigene Fraktion!)

Zur Frage, ob Regierungsmitglieder schon vor der Erteilung der Ausnahmegenehmigung durch den Landtag an Sitzungen von Organen wirtschaftlicher Unternehmen teilnehmen dürfen oder nicht, hat das Staatsministerium erklärt, daß eine entsprechende Praxis seit Jahrzehnten gilt. Diese Praxis hat sich in der Vergangenheit bewährt, weil sie sich an den Realitäten orientiert. Es kann nicht sein, daß Regierungsmitglieder sieben bis acht Monate den Aufsichtsratssitzungen fernbleiben.

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

Normalerweise gelten Genehmigungen auch rückwirkend. Die aufgeworfene Frage würde sich nur stellen, wenn der Landtag einer Genehmigung nicht zustimmen würde.

Der in der „Schwäbischen Post“ als „Superjurist“ zitierte Abg. Birzele möge dieses Rechtsproblem deshalb mit sich selbst austragen. Es ehrt ihn selbstverständlich, daß er vor vier Jahren sein Amt als Aufsichtsratsmitglied erst antrat, als der Landtag die Genehmigung aussprach. Diese sehr honorige Haltung wird das Ansehen des Herrn Abg. Birzele erheblich steigern, insbesondere auch dann, wenn er das Gerücht widerlegt, er habe für die Zeit des Nichtstuns die damit verbundenen Bezüge trotzdem eingestrichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem heute zu behandelnden Antrag gibt es im wesentlichen zwei zu vertiefende Fragen. Die erste Frage ist die bereits angesprochene Problematik, wie in der sogenannten Übergangszeit mit diesen Mandaten verfahren werden soll. Es geht, Herr Kollege Heiler, überhaupt nicht um die Frage, ob Mandate aus der vorangegangenen Wahlperiode fortgesetzt werden oder nicht. Es ist unstrittig, daß dies nicht möglich ist. Dazu brauche ich auch keinen Kommentar zu zitieren. Die Frage ist nur: Wirkt die entsprechende Entschließung des Landtags *ex tunc* oder nur *ex nunc*? Dieses Problem können Sie aus den Kommentaren nicht belegen. Das haben Sie übrigens auch nicht getan.

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

Das einzige, was Sie machen können, ist, hier den Kommentar von Feuchte zu nehmen und den Satz vorzubringen: „Die erteilte Ausnahme gilt nur für die laufende Legislaturperiode.“ Die „laufende Legislaturperiode“ geht vom Anfang bis zum Ende der Legislaturperiode. Dann wirkt das *ex tunc* mit Beginn der Legislaturperiode. Damit sind Sie

schon wieder selbst widerlegt. Da Sie jetzt sprachlos sind, nehme ich an, daß bei Ihnen das Nachdenken beginnt.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt ist die alte Grundsatzfrage, ob Mitglieder der Landesregierung mit Mehrfachmandaten in Landesunternehmen beteiligt sein sollen. Wir sind der Ansicht, daß sich die Grundsatzfrage in der Beurteilung nicht geändert hat: Wir lehnen dies ab, so, wie dies auch in den Beratungen in der letzten Legislaturperiode der Fall war. Selbstverständlich muß das Land in seinen Unternehmungen in den entsprechenden Aufsichtsgremien vertreten sein. Es ist aber falsch, an Regierungsmitglieder, die sowieso schon hoch belastet sind, noch weitere Mehrfachmandate zu vergeben.

Ein besonderes Anliegen ist mir natürlich schon, heute noch einmal die Haltung der FDP/DVP deutlich zu machen. Herr Kiesswetter, Sie haben kein Wort über das verloren, was Sie seinerzeit in Ihrem Antrag vom Juni 1993 geschrieben haben. Ich erlaube mir, kurz aus dem Antrag Drucksache 11/2150 zu zitieren:

Wie der Rechnungshof ist die FDP/DVP-Fraktion der Ansicht, daß sich eine Anhäufung von Mandaten bei einer Person verbietet,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

denn „die regelmäßige Teilnahme der Mitglieder an den oftmals mehrstündigen Sitzungen der Überwachungsorgane ist unabdingbar für eine wirksame Kontrolle . . .“

usw. usf. Und dann heißt es zum Schluß:

Schon allein aufgrund der starken Belastung durch ihre Regierungstätigkeit ist deshalb eine Begrenzung der Mandate pro Regierungsmitglied notwendig.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Im April dieses Jahres lesen wir dann noch einmal in diesem Sinn – „Südwest-FDP gegen Ämterhäufung“ –, daß Sie sich dafür eingesetzt haben, Ihre alte Forderung aus Oppositionszeiten aufzunehmen. In der Vorlage sehen wir dann, daß Sie sich überhaupt nicht daran gehalten haben; denn Herr Döring hatte schon allein seine drei Mandate.

(Abg. Krisch REP: Hört, hört!)

Dann kam die Erklärung des Kollegen Kiesswetter: Wahrscheinlich, er wisse es aber nicht so genau, werde Herr Döring dann eventuell noch ein Mandat abgeben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, natürlich!)

Sie wußten es zu diesem Zeitpunkt nicht exakt. Da kann ich nur eines sagen: Es zeigt sich, daß Sie selbst nicht beim Wort bleiben. Heute so, morgen so, frei nach dem Motto: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern.“

(Beifall bei den Republikanern)

(Dr. Schlierer)

Nun noch eine kurze Bemerkung zum Antrag der SPD. Wir sehen die Problematik bei der Rückwirkung innerhalb der laufenden Legislaturperiode nicht. Wenn die SPD der Meinung ist, man müsse dies rechtlich klären, dann soll sie dies bitte durch den Staatsgerichtshof tun. Wir sehen aber im Moment nicht das Problem, daß die Wahrnehmung in dieser Übergangszeit rechtswidrig oder verfassungswidrig wäre. Deswegen werden wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen.

Daß wir den Antrag der Landesregierung ablehnen, ist klar und braucht nicht weiter vertieft zu werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Mayer-Vorfelder.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage mit den Aufsichtsratsmandaten von Vertretern der Landesregierung ist so ein Wanderpokal. Der Wanderpokal wird aber bei unterschiedlichen Gelegenheiten herausgeholt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist immer so!)

Zunächst hat man einmal in die Runde gestreut, daß sich die Minister oder Staatssekretäre da ein zweites finanzielles Standbein schafften. Das war eindeutig bössartig.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Dann wäre es ja eine Neiddiskussion!)

weil es durch die Beschlüsse, die die Landesregierung immer gefaßt hat, widerlegt wird. Die Landesregierung hat die Beschlüsse gefaßt, daß entsprechend der Landesneben-tätigkeitsverordnung alles, was über 12 000 DM im Jahr – nicht im Monat – hinausgeht – und die 12 000 DM müssen selbstverständlich versteuert werden –, an die Landeskasse abgeführt wird. So wird es auch gehandhabt.

Dann hat man gesagt – das war der zweite Grund, das immer wieder hervorzuholen –, im übrigen sei es völlig falsch, daß Regierungsmitglieder in solchen Gremien tätig seien. Das ist vielleicht ein Problem, das sich irgendwann von selbst löst. Je mehr die Dinge privatisiert werden, um so geringer wird die Zahl der Mandate werden.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Also! Wieder ein Grund!)

Aber es dauert natürlich noch ein Weilchen, weil das Tempo sicherlich nicht so hoch sein wird, wie es dieser oder jener hofft. Deshalb ist es notwendig, daß man dazu noch einmal deutlich etwas sagt.

Solange es Landesbeteiligungen gibt, ist es meines Erachtens geradezu zwingend – das ist immer meine Meinung gewesen und ist es noch heute –, daß Vertreter der Landesregierung in diesen vom Land zum Teil beherrschten, zum Teil mit einer starken Beteiligung versehenen Unternehmen sind,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Aber das ist nicht nur Ihre Auffassung, das ist auch unsere!)

und zwar auch deshalb, weil letzten Endes für das Gebaren dieser Unternehmen die Landesregierung und insbesondere der dafür zuständige Minister verantwortlich gemacht werden. Deshalb gibt es, was ja auch gerügt wird, immer eine gewisse Häufung von Mandaten dort, wo die Landesbeteiligungen sind, also beim Finanzministerium.

Der Finanzminister hat, wie Sie sauber errechnet haben, fünf Mandate. Der Staatssekretär, dem gerade dieser Bereich ausdrücklich zugewiesen ist, hat einige Mandate mehr. Die Verantwortung für die Beteiligungen gehört zu den Obliegenheiten des Finanzministeriums. Deshalb würden, wenn etwas schief liefe, zu Recht das Finanzministerium bzw. seine politischen Repräsentanten verantwortlich gemacht werden.

Ich will dazu noch sagen, daß zwei der fünf Mandate, die ich habe, bei den Energieversorgungsunternehmen sind. Ich wage die Behauptung, daß die Fusion der Energieversorgungsunternehmen nicht so weit wäre, wie sie jetzt ist, wenn ich diese Mandate nicht ausüben würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Das nehme ich für mich in Anspruch.

Deshalb finde ich wenig Habhaftes daran, wenn man sagt: „Nein, die Minister müssen da raus.“ Nehmen Sie das Beispiel des Verkehrsministers, der vier Mandate hat, alle im Bereich des Verkehrs. Ich halte es für zwingend, daß er angesichts der Probleme bei der Umgestaltung des Nahverkehrs und der Probleme im Flugverkehr diese Mandate auch ausübt.

Ich komme zum Wirtschaftsminister, den Sie jetzt an Äußerungen festmachen, die die FDP/DVP in der Zeit gemacht hat, als sie in der Opposition war. Es ist immer sehr charmant und nett, wenn man Äußerungen hervorkramt, die in der Oppositionszeit gemacht worden sind.

(Abg. Dr. Schlierer REP: So lange ist das auch noch nicht her!)

Nun ist es schon wieder eine Weile her, daß die SPD in der Opposition war, bevor sie in der Regierung war und jetzt wieder in der Opposition ist. Auch dort las man vor Tisch manches anders.

Beim Wirtschaftsminister ist es speziell so, daß er in zwei der Positionen kraft Amtes drin sein muß. Bei der Landeskreditbank steht es im Gesetz, bei der GWZ steht es im Vertrag, daß der Wirtschaftsminister dort zu sein hat. Es bleibt letzten Endes also nur die LEG. Ich habe in persönlichen Gesprächen den Wirtschaftsminister ausdrücklich gebeten, dort hineinzugehen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wegen der Abwicklung!)

weil die LEG auf die L-Bank übertragen werden soll

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

und weil die LEG in der Diskussion, die über die geplante Übertragung geführt worden ist, gefordert hat, daß 45 % privatisiert werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt ist es richtig!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Dies kann, ohne daß dann Vorhaltungen an den Koalitionspartner gemacht werden, am besten geleitet, gelenkt und überwacht werden, wenn der Wirtschaftsminister, der ja der FDP/DVP angehört, dort Aufsichtsratsvorsitzender oder Verwaltungsratsvorsitzender ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Insofern ist in diesen Bereichen eine innere Logik.

Ich bin sogar gespannt, nachdem der Wirtschaftsminister irgendwo ganz locker gesagt hat: „Dann gebe ich eines ab“, welches er abgibt. Zwei kann er nicht abgeben. Er kann nur das Mandat bei der LEG abgeben. Wenn er dies tut, kann er anschließend aber keine „Mengenkes“ mehr machen, wenn die Privatisierung ein Stück weit scheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb bitte ich, das alles in die richtige Ebene zu hängen.

Jetzt kommt der dritte Punkt. Nun hat man festgestellt, daß man – – Wenn man die Pokale herausgeholt hat, staubt man sie ab, und dann stellt man sie wieder hinein. Dann hat man gesagt: „Jetzt muß man einmal etwas anderes tun.“ Nun hat man etwas anderes gefunden und gesagt: „Die Genehmigung des Landtags, die zweifellos erforderlich ist, erfolgt ja zu einem Zeitpunkt, zu dem der eine oder andere schon in das betreffende Organ eingerückt ist.“ Man kann sich über Rechtsfragen immer trefflich streiten. Wenn drei Juristen beieinander sind, haben sie sicher vier Meinungen über eine solche Frage.

Ich habe für mich persönlich mit meinem juristischen Sachverstand nie ein Problem darin gesehen, daß dies nicht ex nunc, sondern ex tunc wirkt, wenn die Genehmigung des Landtags erteilt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist meine Auffassung. Nun kann jemand eine andere Auffassung vertreten. Ich weiß nicht, ob man das einmal höchstrichterlich klären lassen kann. Aber die Auffassung, daß das ex tunc wirkt, ist auf jeden Fall rechtlich nicht so abwegig, als daß sie nicht vertreten werden könnte.

Das gilt um so mehr, als es seit dem Jahr 1976 so praktiziert worden ist, daß man jeweils gesagt hat: Die Entscheidung des Parlaments wird eingeholt, aber diejenigen, die dann in die Aufsichtsgremien entsandt werden, werden dort gewählt. Sie müssen ja auch gewählt werden. Es besteht nicht überall ein Bestimmungsrecht des Landes. Das wird dann so betrachtet, als ob das ex tunc wirkt.

Über diese Frage kann man sich, wie gesagt, streiten. Man kann auch die Auffassung vertreten, Herr Kollege Birzele, daß das Recht ohnehin nicht über eine Mehrheit bestimmt werden kann. Dann brauche ich ein umfangreiches Gutachten. Vielleicht will es jemand einmal einholen. Dann kann man sich daran halten.

Auf jeden Fall ist dies für mich kein Anlaß, hier eine große Grundsatzdebatte darüber zu führen, weil man über immerhin zwei Jahrzehnte so verfahren ist. Deshalb kann daraus überhaupt keine böse Absicht oder ein böser Wille oder sonst etwas der gegenwärtigen Regierung abgeleitet wer-

den. Denn seit 1976 haben wir verschiedene Koalitionen gehabt.

Ich fasse zusammen: Ich halte den Streit über die Teilnahme von Regierungsmitgliedern an Aufsichtsräten für müßig, wenn die Genehmigung erteilt wird.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Sie ist erteilt worden. Ich erachte den Streit auch deshalb für müßig, weil ich es für erforderlich halte, daß die politische Repräsentanz in landesbeteiligten Unternehmen Verantwortung trägt, eine Verantwortung, die sie auch gegenüber dem Parlament wahrzunehmen hat.

Ich halte die Rechtsfrage für interpretierbar, aber die Meinung, die die Mehrheit des Hauses vertritt, für rechtlich haltbar, um so mehr, als sie durch die Handhabung seit zwei Jahrzehnten eine Unterlage findet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache. Bevor wir zur Abstimmung kommen, erteile ich Herrn Abg. Birzele zu einer persönlichen Erklärung das Wort.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Äußerungen des Herrn Abg. Kiesswetter veranlassen mich zu dieser persönlichen Erklärung.

Erstens: Ich habe stets die Auffassung vertreten, daß es richtig und sinnvoll ist, wenn Minister in solchen Gremien von Landesunternehmen tätig sind. Denn – da stimme ich mit dem Herrn Finanzminister völlig überein – sie tragen die politische Verantwortung. Es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, zum Beispiel mit Bediensteten eines Ministeriums erst Fragen zu klären und gegebenenfalls Weisungen zu erteilen und dann nicht selbst in solche Gremien zu gehen.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Zweitens: Ich habe stets die Auffassung vertreten, daß der Beschluß des Landtags keine Rückwirkung entfalten kann. Ich habe mich auch bei meinen Mandaten so verhalten.

Drittens: Herr Kollege Kiesswetter, Sie können sich darauf verlassen, daß nach rechtlicher Überprüfung auch die Frage der Entschädigungen einer einwandfreien Lösung zugeführt wird, falls hier vorher Entschädigungen bezahlt worden sind. Im übrigen halte ich diese Art von Argumentation für weit unter Ihrem Niveau und dem des Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/995. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über die Beschlußempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 12/773, ergänzte Fassung. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den

(Präsident Straub)

bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Beschlußempfehlung ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 10. Oktober 1996 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1994 durch den Landtag – Drucksachen 12/550, 12/845

Berichterstatter: Abg. Brechtken

– Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 2. Dezember 1996 – Zustimmung des Landtags zur Veräußerung des Grundstücks Flst. Nr. 807/3 der Gemarkung Baden-Baden durch SKH Markgraf Max von Baden – Drucksachen 12/795, 12/839

Berichterstatter: Abg. Moser

– Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/603, 12/880, 12/881, 12/882, 12/883, 12/884

Hierzu erteile ich Herrn Abg. Haasis das Wort.

Abg. Haasis CDU: Ich möchte zu Protokoll geben, daß ich gegen die Beschlußempfehlung zu Nummer 37 der Drucksache 12/880 stimme.

Präsident Straub: Gut, mit dieser Maßgabe darf ich die Zustimmung des Hauses zu den Beschlußempfehlungen feststellen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/774

– Sie stimmen den Beschlußempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. August 1996 – Beteiligung baden-württembergischer Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen an den Forschungs- und Technologieprogrammen der Europäischen Union – Drucksachen 12/327, 12/685

Berichterstatter: Abg. Göbel

– Sie stimmen auch insoweit zu.

Meine Damen und Herren, die nächste Plenarsitzung findet statt am Mittwoch, den 19. Februar 1997, um 10.00 Uhr. Die Tagesordnung wird Ihnen zugehen.

Ich wünsche Ihnen allen einige erholsame närrische Tage. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß: 13.53 Uhr